



Politische Berichte

Nummer 5 / 13. Jahrgang

28. Februar 1992

G 7756 D Preis 1,50 DM

**Eine Grundgesetz-
änderung ist mit
der SPD so gut
wie sicher**

Am 20.2.91 stand im Bundestag der „Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung des Asylverfahrens“ zur Debatte. Ziel des Entwurfs ist es, das Asylverfahren zu beschleunigen, d.h. einen Großteil der Anträge innerhalb von sechs Wochen durchzuziehen. Der vorgelegte Gesetzentwurf ist von den Fraktionen der CDU/CSU, der FDP und der SPD unterzeichnet und sieht folgendes vor:

Ein Asylantrag muß künftig unmittelbar bei einer Außenstelle des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge (bisher beim Ausländeramt) gestellt werden. Diese Außenstellen werden direkt in von den Ländern zu schaffenden Sammelagern eingerichtet, die mindestens 500 Plätze haben müssen. Alle ankommenden Flüchtlinge werden dort zunächst kaserniert. Sofort nach ihrer Ankunft werden sie erkennungsdienstlich (Fingerabdrücke und Lichtbild) behandelt. Paß oder Paßersatz sind abzugeben. Ebenso alle Urkunden, Beweismittel und sonstigen Unterlagen. Bisher waren diese nur vorzulegen. Die erkennungsdienstlichen Unterlagen werden an das Bundeskriminalamt weitergeleitet, dort aufbewahrt, besonders gekennzeichnet und können zur Verfolgung von Straftaten oder zur „Abwehr einer Gefahr für die öffentliche Sicherheit“ benutzt werden.

Danach muß der Asylbewerber „unverzüglich“ bei der Außenstelle des Bundesamtes zur Stellung seines Asylantrags persönlich erscheinen. In der nichtöffentlichen Anhörung muß er „alle Tatsachen vortragen, die seine Furcht vor politischer Verfolgung begründen“, ebenso alle Tatsachen und Umstände, die einer Abschiebung im Wege stehen. Späteres Vorbringen auch von Fluchtgründen (bisher nur bei Abschiebungshindernissen) kann unberücksichtigt bleiben. Das Bundesamt entscheidet möglichst innerhalb von zwei Wochen. Hält es einen Asylantrag für „unbeachtlich“ (wenn der Flüchtling bereits in einem anderen Staat sicher war) oder „offensichtlich unbegründet“, (z.B. wirtschaftliche Gründe, allgemeine Not-situation oder Krieg) muß der Flüchtling innerhalb einer Woche (bisher zwei) ausreisen. Eine Klage dagegen hat, wie bisher, keine aufschiebende Wirkung. Diese muß gesondert innerhalb einer Woche eingeklagt werden. Neu ist: alle Beweismittel müssen sofort angegeben werden. Innerhalb einer Woche muß also in einer Gemeinde, die man nicht verlassen darf und in der noch hunderte

Unmenschliche Lager durch neues Asylrecht

weitere Flüchtlinge leben, ein Rechtsanwalt gefunden werden, der sofort den Antrag samt Beweismitteln formuliert und rechtzeitig zum Verwaltungsgericht bringt. Dies alles vorausgesetzt, der Asylbewerber durchschaut, daß er nicht nur seinen Asylantrag, sondern auch die aufschiebende Wirkung einklagen muß.

Das Verfahren vor den Verwaltungsgerichten wird so gestrafft, daß es zur reinen Farce wird. Alle Einreichungsfristen werden um die Hälfte gekürzt, der Einsatz von Einzelrichtern erheblich erleichtert, die Berufungsmöglichkeit weiter eingeschränkt und eine Revision künftig grundsätzlich ausgeschlossen. In teilweise vorentscheidenden Nebenverfahren, wie z.B. wegen Prozeßkostenhilfe, sind Rechtsmittel grundsätzlich ausgeschlossen.

Der Aufenthalt im Sammelager kommt einer Internierung gleich. Der Asylbewerber muß jederzeit erreichbar sein. Eine Erwerbstätigkeit ist verboten. Der Bezirk darf nicht verlassen werden. Neu hinzugekommen ist, daß Zuwanderungen gewaltsam und ggf. durch Verhaftung durchgesetzt werden. Zuständig sind neben Polizei, Grenz- und Ausländerbehörde auch die „Aufnahmeeinrichtungen“. Die Lagerverwaltungen werden damit mit Polizeibefugnissen und Festnahmerecht ausgestattet. Flüchtlinge, die nicht innerhalb einer Woche nach ihrer Zuweisung oder nach

ihrem Verlassen wieder im Sammelager eintreffen, werden zur Fahndung ausgeschrieben. Sie können mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr bestraft werden.

Eine ganze Reihe weiterer Gehässigkeiten und Schikanen kann hier gar nicht aufgezählt werden, aber schon die Zusammenfassung der wesentlichsten Verschärfungen macht den Charakter dieses Machwerks deutlich. Es soll eine straff zentralisierte, lückenlose und polizeistaatlich organisierte Kontrolle der Flüchtlinge ermöglichen. Das Gesetz ist brutal und unmenschlich. Der „Republikanische Anwaltsverein“ sprach von einem „Kampfgesetz“, Assoziationen zu Gefängnis- und Lageraufenthalten in der Vergangenheit seien vermutlich beabsichtigt. Für „Pro Asyl“ ist es ein „Notstandsgesetz gegen Flüchtlinge“. Die PDS-Bundestagsabgeordnete Jelpke stellte Politiker, die diesen Gesetzentwurf begrüßen, in die Nähe von Neofaschisten und wurde dafür von der Bundestagspräsidentin gerügt.

Die Begründungen aber sind von faschistischen Organisationen übernommen. Das Gesetz sei nötig, weil „Asylbewerber in Konkurrenz zu deutschen Wohnungssuchenden treten“, die öffentlichen Haushalte belasten, von der Bevölkerung nicht akzeptiert würden etc.

Mit der Zustimmung zu diesem Gesetz kündigt die SPD humanistische Grundpositionen auf. Auch einer

Grundgesetzänderung wird sie sich mit solchen Positionen nicht mehr lange widersetzen. Der im alten Asylverfahrensgesetz enthaltene Bezug auf Artikel 16 des GG wurde in dem Entwurf schon durch den §51 Abs.1 Ausländergesetz (Verbot der Abschiebung politisch Verfolgter) ersetzt.

Die CDU/CSU-Fraktion wird noch Mitte März — vor den Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Schleswig Holstein — einen Antrag auf Änderung des Artikel 16 Grundgesetz im Bundestag einbringen und droht mit einem Scheitern der Ratifizierung des Schengener Abkommens am gleichen Tag.

Das Schengener Abkommen sieht u.a. eine gegenseitige Anerkennung von Asylentscheidungen vor und steht deshalb in diesem Punkt im Gegensatz zum individuell garantierten Grundrecht auf Asyl nach Art. 16 GG. Das FDP-Präsidium hat inzwischen erklärt, daß die FDP im Rahmen einer europäischen Lösung an einer Grundgesetzänderung „mitwirken“ werde. SPD-Sprecher erklärten, die SPD würde sie bei einer gesamteuropäischen, nicht nur die Schengenstaaten einschließende Lösung hinnehmen. Damit hat die CDU sowohl die Grundgesetzänderung als auch die Landtagswahlen so gut wie im Sack.

Quelle: Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung des Asylverfahrens, Bundestagsdrucksache 12/2062 vom 12. 2. 1992 — (rac)

Landmannschaft und Bundeswehr in Kaliningrad

„Bundeswehr hilft Königsberg“ — Unter diesem Motto wurden letzte Woche 20 Tonnen „Hilfsgüter“ nach Kaliningrad geflogen. Mit von der Partie war der parlamentarische Staatssekretär im Verteidigungsministerium, Hennig. Dieser, durch Geburt in „Königsberg“ und als langjähriger Sprecher der ostpreussischen Landmannschaft der Vertriebenen für diese Aufgabe prädestiniert, will dort mit dem Befehlshaber der ehemals sowjetischen Baltikumsflotte über die militärische Situation und über wirtschaftliche Kooperation sprechen. Die polnische Regierung hat bekräftigt, man betrachte die Grenzen in Europa als endgültig. Das hat die BRD nicht erklärt. Bild begeistert sich schon für den Aufbau dieses „fast vergessenen Zipfels verödeten Landes“. Die NZZ (21.2.92) berichtet, daß bereits mehrere tausend „Wolga-Deutsche“ im Gebiet der Kaliningradska Oblast angesiedelt worden seien. — (evc)

Zweite Urabstimmung bei Stahl abgeschlossen

45,5 % der IG Metall-Mitglieder in der nordwestdeutschen Stahlindustrie haben sich für den Tarifabschluß ausgesprochen, 28,4 % lehnten ihn ab, 26,1 % beteiligten sich nicht. So lautet das Ergebnis der zweiten Stahl-Urabstimmung, mit der der Tarifabschluß angenommen wurde. Obwohl der Abschluß mit einem Volumen von knapp 6,4 % deutlich höher war, als die Kapitalisten wollten, hätte also ein verhältnismäßig hoher Teil der IG Metall-Mitglieder einen Streik in Kauf genommen. Für größere Teile der Belegschaften, vermutlich u.a. die ausländischen Arbeiter, kann der Abschluß den Reallohn nicht sichern. Die Tarifkommission hatte demgegenüber fast einstimmig zugestimmt. — (wof)

Kurdischer Protest gegen Hetze der „Quick“

25 kurdische Vereine und Dachorganisationen haben gegen einen Artikel der „Quick“ protestiert, die den kurdischen Befreiungskampf und die PKK in Verbindung mit Drogendealern zu bringen versucht. Verantwortlich dafür, das Kurden in die Hände von Drogenbanden fallen, seien die Kolonialmächte: „... so hat der türkische Staat tausende kurdische Menschen gezwungen, nach Europa auszuwandern, und eine Basis dafür geschaffen, daß diese Menschen in Europa in verschiedene Dealer-Ringe geraten ... Gegen die Verwahrlosung von Menschen, dagegen, daß sich Menschen auf den Straßen mit Heroin, Haschisch u.ä. beschäftigen, in den Händen von Dealern jegliche Art von Unsittlichkeit durchleben, hat unsere Bewegung den größten Kampf geführt und führt ihn immer noch ...“

Quelle: Kurdistan-Rundbrief 5/92 — (rül)

Politische Gefangene: wenig Neues von der BAW

Eine politische Gefangene, Claudia Wannersdorfer, ist jetzt entlassen worden. „Sie ist“, schreiben Anwälte politischer Gefangener in einer Presseerklärung, „seit Jahren haftunfähig erkrankt gewesen. Das OLG Stuttgart hat ... ihre Reststrafe von knapp elf Monaten zur Bewährung ausgesetzt — bei einer Bewährungszeit von drei Jahren. Ende '92 hätte Claudia Wannersdorfer sowie entlassen werden müssen.“ Mehr ist bisher nicht geschehen. Bisher zwei Gespräche der Bundesanwaltschaft mit je einem Anwalt hatten zum Ergebnis, daß die BAW von den Gefangenen verlangt: „Es müsse erkennbar sein, daß sich der Gefangene mit seiner ‚Tat‘ auseinandergesetzt habe ... Außerdem muß der Gefangene erklären, daß er die Durchsetzung politischer Ziele mit Gewalt ablehne und ein straffreies Leben führen werde — d.h. der Gefangene soll für alle Zukunft das staatliche Gewaltmonopol akzeptieren.“ Dokumente zur Auseinandersetzung um die Freilassung politischer Gefangener im Angehörigen-Info Nr. 87. — (scs)

Wieder PDS- Büros durchsucht

Unter den am 24. Februar beschlagnahmten Akten befinden sich auch Mitgliederlisten und Unterlagen des Betriebsrates. Die Immunität der Büros von Bundestags- und Landtagsabgeordneten wurde mißachtet. Ein Staatsanwalt war nicht anwesend; eine Inventarisierung wurde abgelehnt. Besucher wurden kontrolliert. Die PDS legte Beschwerde ein; sie bat internationale Menschenrechtsorganisationen um Unterstützung. — (har, Bild: ND)



Steuerpolitik gegen Ausländer Kaum „Familiententlastung“ für Arbeiter aus dem Ausland

Im Steuerstreit mit der SPD-Opposition und den von SPD-Regierungschefs regierten Bundesländern hat die Bundesregierung gesiegt. Die Landesregierung von Brandenburg, durch die andauernde Hetze gegen ihren Chef Stolpe sowieso unter Druck und in dieser Auseinandersetzung von der Bundes-SPD weitgehend allein gelassen, knickte ein und stimmte der Anhebung der Mehrwertsteuer zu.

Auf die Lohnabhängigen mit niedrigen Einkommen — insbesondere, wenn sie kinderlos und ledig sind — kommen damit weitere Einkommensenkungen zu. Einmal als Folge der Kürzung und/oder Verteuerung öffentlicher Leistungen im Gefolge von Waigels Steuerpaket, zum zweiten infolge der Anhebung der Mehrwertsteuer.

Am härtesten werden dabei erneut die Lohnabhängigen aus dem Ausland getroffen. Ihnen nützt auch der sogenannten „familienpolitische“ Teil von Waigels Steuerpaket wenig bis gar nichts. Lohnabhängige aus Jugoslawien und der

Türkei etwa beziehen schon seit mehreren Jahren nur ein minimales Kindergeld, wenn ihre Kinder im Heimatland aufwachsen. (1) Derzeit beträgt dieses Kindergeld ganze 10 DM für das 1. Kind, 25 DM für das 2. Kind, je 60 DM für das 3. und 4. Kind und 70 DM für jedes weitere Kind. Die Sätze sind festgelegt in bilateralen Abkommen, was zur Folge hat, das die im Steuerpaket beschlossenen Anhebungen des Kindergelds für diese Lohnabhängigen völlig folgenlos bleiben.

Ähnlich sieht es bei den Kinderfreibeträgen aus, die von 3024 DM auf 4 104 DM im Jahr angehoben wurden. (2) Auch hier gilt seit dem Steueränderungsgesetz von 1986 völkisches Steuerrecht. Das bedeutet: Lohnabhängige aus dem Ausland, die in der BRD ausgebeutet werden, deren Familien aber noch im Herkunftsland leben, werden steuerrechtlich eingestuft wie „Ledige“, d.h. in die (höchste) Steuerklasse I. Sie bekommen — solange die Kinder im Herkunftsland aufwachsen — überhaupt kei-

nen Kinderfreibetrag. Stattdessen können sie im Lohnsteuerjahresausgleich beantragen, daß ihnen — nach Herkunftsland unterschiedlich hohe — „außergewöhnliche Belastungen“ anerkannt und nachträglich vom versteuerten Einkommen erstattet werden. Bei Lohnabhängigen aus Osteuropa, z.B. Polen, Jugoslawien, sowie aus der Türkei — d.h. bei der großen Mehrheit der ausländischen Lohnabhängigen in der BRD — gilt als höchster Satz: zwei Drittel des (inländischen) Kinderfreibetrags. Statt dem (automatisch mit Feststellung der Kinderzahl auf der Lohnsteuerkarte) gewährten Kinderfreibetrag von künftig 4 104 DM im Jahr können diese Lohnabhängigen also im Nachhinein höchstens 2736 DM „Belastungen“ erstattet bekommen — wenn sie überhaupt in der Lage sind, einen Lohnsteuerjahresausgleich einzureichen.

Quellen: (1) Abkommen zur „sozialen Sicherheit“ mit der Türkei und Jugoslawien; (II) „Bundessteuerblatt 1990, Teil 1, Seite 463f. und Seite 503f. — (rül)

Postvertriebsstück G 7756 D
Gebühr bezahlt

Aktuell in Bonn

Töpfer, Siemens und kein Ende

Während die Siemens AG wegen der Stilllegung ihres Hanauer Brennelemente-Werks nun eine Entschädigungsklage in Millionenhöhe gegen den hessischen Umweltminister angekündigt hat, ist der nächste „Zwischenfall“ aufgefliegen. 110 Kilogramm Brennelemente wurden in einem als „leer“ deklarierten Behälter kreuz und quer durch die Bundesrepublik gefahren. Zwei Siemens-Manager mußten am Wochenende zu Töpfer ins Ministerium, ausgerechnet Bayerns Minister Gauweiler untersagte vorübergehend Transporte aus und in die Brennelemente-Fabrik, die mit ähnlichen „Zwischenfällen“ schon zweimal in den letzten Jahren aufgefallen war.

Staatsbürgerrecht für Nicht-Deutsche

Die Abgeordneten der Gruppe „Bündnis 90/Die Grünen“ im Bundestag haben einen Gesetzentwurf eingebracht, der die Einschränkung der Rechte von Menschen aus dem Ausland etwas zu mildern versucht. Sie kritisieren die völkisch-rassistische Definition des „deutschen Staatsbürgers“ in Artikel 116 Grundgesetz, beantragen aber nicht etwa ihre Aufhebung und Ersetzung durch das Wohnsitz-Prinzip, sondern die Schaffung einer neuen Kategorie von Menschen, die zwar die gleiche Rechtsstellung wie „deutsche Staatsangehörige“ haben soll, aber irgendwie doch — ja, wie eigentlich? — anders ist. Neben deutschen Staatsbürgern soll es künftig „Bürgerinnen“ und „Bürger“ geben. Diesen Status sollen Menschen aus dem Ausland bekommen, wenn sie fünf Jahre lang legal in der BRD gelebt haben. Alle Bürgerinnen und Bürger sollen künftig das „Volk“ bilden. Quelle: Bundestagsdrucksache 12/2088 vom 13. 2. 1992.

Niederlassungsgesetz-Entwurf

Die Gruppe „Bündnis 90/Die Grünen“ hat den Entwurf eines „Niederlassungsgesetzes“ eingebracht. Niederlassungsrecht soll allen Ausländern gewährt werden, die fünf Jahre rechtmäßig in der BRD leben. „Niederlassungsberechtigte sind Deutschen gleichgestellt...“ (Art. 1, § 5) Niederlassungsberechtigte und Einwanderer sind „nach einem rechtmäßigen Aufenthalt von fünf Jahren im Bundesgebiet auf Antrag einzu-bürgern“ (Art. 2, § 1). Auch auf dem Arbeitsmarkt sollen Beschränkungen wie die des Art. 19 AFG (Vermittlung vorrangig für Deutsche) und der Zugang zu Beamtenstellen nur für Deutsche aufgehoben werden. In Artikel 3 wird dann freilich eine umstrittene Regelung gefordert: Die Einführung eines „Einwanderungsrechts“, das an eine „Einwanderungsbewilligung“ gekoppelt werden soll, die vor der Einreise von BRD-Behörden — sprich Konsulaten und Botschaften im Ausland — erteilt werden muß. Schließlich verlangt die Gruppe die Abschaffung des „Bundesvertriebengesetzes“. (Ds. 12/1714, neu)

Rohstoffplündern „Friedenspolitik“?

Am 19. Februar hat das Bundeskabinett die Bundeswehrreformplanung Stoltenbergs endgültig gebilligt. Zu den Beschlusdokumenten gehörte auch ein Papier mit „sicherheitspolitischen Grundsätzen“, in dem u.a. auch der weltweite „Zugang zu Rohstoffen“ als „deutsches Sicherheitsinteresse“ definiert ist, das die Bundeswehr nach der von der Regierung angestrebten Verfassungsänderung zu schützen habe. SPD-Sprecher kritisierten an dieser imperialen Aggressionsplanung nur lau, Stoltenberg gefährde den „sicherheitspolitischen Grundkonsens der Bundesrepublik“.

Krise durch Löhne?

Der Präsident von Gesamtmetall, Hans-Joachim Gottschol, nahm am 25. Februar 1992 in der *Süddeutschen Zeitung* eine Vorwegschuldzuweisung für eine kommende Rezession vor. Die IG Metall-Forderung nach einer Lohnerhöhung von 9,5 Prozent sei das „falsche Signal“, denkbar sei nur ein Abschluß in Höhe der Produktivitätssteigerung, die bei „einem bis zwei Prozent“ liege. Auf den Einwand, daß die Reallöhne bereits 1991 rückläufig waren, antwortete Gottschol: Die hohe Inflationsrate 1991 sei bereits Ergebnis eines zu hohen Tarifabschlusses. Der Gesamtmetall-Chef weiß sogar eine exakte Formel, in welchem Maß die Arbeitenden — und immer nur diese selbst — sich schaden: „Jedes Prozent Lohnerhöhung, das über den Produktivitätszuwachs hinausgeht, vernichtet in den drei darauffolgenden Jahren 200 000 Arbeitsplätze.“

Treuhand und Schuhindustrie

Am 17. 2. demonstrierten 500 Beschäftigte des einst größten Kinderschuhproduzenten der DDR, „Banner des Friedens“, gegen die Zerschlagung der Weißföhrer Schuhindustrie. Die Treuhandverwaltung hat den Beschäftigten die Januar-Löhne noch nicht ausbezahlt. Gefordert wurden Betriebsbesetzung, Weiterführung der Produktion und ein Marsch auf die Treuhandzentrale nach Berlin.

Renten in Ex-DDR

In Dresden kam es am 18. 2. zu einer ersten großen Protestversammlung von mehreren tausend Rentnerinnen und Rentnern. Ziel ihrer Wut ist das „Rentenüberleitungsgesetz“ und die „Rentenerhöhung“ vom Januar 1992: Bei vielen kam es zu einer Senkung der Renten. „Das alles ist erst der Anfang“, hieß es auf einem Spruchband. Und: „Blüm — wir kommen!“

Was kommt demnächst?

Am 27. und 28. Februar ist Kohl in Prag zur Unterzeichnung des „Nachbarschaftsvertrags“. An den gleichen Tagen berät der Vorstand der IG Metall u.a. über die Politik der „Treuhand“. Am 21. und 22. März ist Kohl dann in den USA und besucht Bush in Camp David. Am 5. April sind Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und in Baden-Württemberg.

Mit regionalen Sozialversicherungen auf ausländerfeindlichem Kurs

Die Idee stammt wohl von der Bayerischen Staatsregierung: Um den „fortschreitenden Zentralismus in der Sozialversicherung“ zu stoppen, solle überlegt werden, wie die länderbezogenen Sozialversicherungen gegenüber den bundesunmittelbaren Trägern gestärkt werden können. Das bezieht sich darauf, daß mit einer zunehmenden Zahl von Beschäftigtenverhältnissen auf Angestelltenbasis die Landesversicherungsanstalten für die Rentenversicherung Beitragszahler an die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte verlieren (1990: BfA 12 Mio. Angestellte, LVA 10,7 Mio. Arbeiter gegenüber 1953: BfA 4 Mio., LVA 12 Mio.). Auch bei den Krankenversicherungen nimmt die Zahl derjenigen zu, die bei einer bundesweiten Ersatzkasse oder Betriebskrankenkasse Beiträge zahlen und nicht bei einer Ortskrankenkasse. Die Bayerische Staatsregierung sieht darin einen Verstoß gegen das Grundgesetz, das in Artikel 87 bestimmt, daß die Sozialversicherung Ländersache sein sollen. Inzwischen haben sich eine größere Zahl von Arbeits- und Sozialministern anderer Bundesländer dieser Auffassung angeschlossen und am 6./7. Februar eine gemeinsame Stellungnahme (s. dokumentierte Auszüge) beschlossen.

Kämpft die Bayerische Staatsregierung tatsächlich für mehr Föderalismus? Eine genauere Prüfung der Vorschläge zeigt, daß Skepsis angebracht ist.

Eng verknüpft mit der „Stärkung des Föderalismus“ in der Krankenversiche-

rung ist das Motto „mehr Wettbewerb“. Die bisherigen Strukturen seien kosten-treibend und verhinderten einen echten Wettbewerb, sagen die Ländersozialminister. Statt der Pflicht für bestimmte Beschäftigtengruppen, sich in einer bestimmten Krankenkasse zu versichern, soll eine allgemeine Wahlfreiheit eingeführt werden. Ein Ausgleich der unterschiedlichen Beitragssätze zwischen den einzelnen Krankenkassen soll insoweit durchgeführt werden, als sie aus „Risikostrukturen“ stammen, also nur ein Ausgleich für die unterschiedlichen Anteile von erwerbstätigen (beitragzahlenden) und nichterwerbstätigen (Rentnern, Familienangehörigen) Versicherten. Damit könnten die mit regionalen Schwerpunkten tätigen Konzerne ihren Einfluß auf die Leistungen und Politik der Krankenkassen beträchtlich erhöhen. Bisher hatte eine Kapitalist nur die Möglichkeit, eine eigene Betriebskrankenkasse zu gründen, um Druck auf die Ortskrankenkasse zu machen; würden die Vorstellungen der Bayerischen Staatsregierung Wirklichkeit, wären Drohungen mit einem Wechsel der Krankenkasse wegen zu hoher Beiträge allgemein möglich.

Auch die Vorstellungen zur Stärkung der örtlichen und Landesarbeitsämter sind nur auf den ersten Blick auf eine Schwächung des Zentralismus gerichtet. In Wirklichkeit würde der Konzerneinfluß auf die Verteilung von „Mitteln für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen“ zunehmen. So heißt es in den Überlegungen nicht, daß die örtlich oder regio-

nal am Arbeitsmarkt Beteiligten mehr Kompetenzen erhalten sollen, vielmehr sind es die Landesregierungen, mit denen die regionalspezifischen Erfordernisse „eng abgestimmt“ werden sollen.

Die Auswirkungen in den ostdeutschen Bundesländern sind nicht so einfach einzuschätzen, da dort der Föderalismus aufgrund fehlender Finanzmittel sowieso nur eingeschränkt funktioniert. Der Verdacht liegt aber nahe, daß mit der „Regionalisierung“ Sonderregelungen, wie sie derzeit für die Sozialversicherungen im Osten gelten, auf Dauer zementiert werden.

Auch wenn die Sozialminister von SPD-regierten Ländern den Vorschlägen zugestimmt haben, sollte die Gewerkschaften unbedingt gegen die vorgesehene Regelungen bei der Rentenversicherung protestieren. Die Länder schlagen vor, daß künftig neu ins Berufsleben tretende Angestellte statt bei der BfA bei den Landesversicherungsanstalten versichert werden; daraus wird dann abgeleitet, daß zum Ausgleich für die BfA neue Aufgaben zu schaffen wären: künftig sollten alle ausländischen Beschäftigten bei der BfA versichert werden. Damit wäre die Staatsangehörigkeit zum Versicherungskriterium gemacht und zum Beispiel solche Aktionen wie die Auszahlung von „Rückkehrprämien“ — unter Einbehaltung von Teilen der Einzahlungen in die Rentenversicherung — erleichtert.

Quellenhinweis: *Süddeutsche Zeitung*, 4. 2. und 6. 2. — (alk)

Dokumentiert: „Mehr Föderalismus“

„Die Minister und Senatoren für Arbeit und Soziales der Länder bekräftigen ihren Willen, die föderalen Strukturen in der Sozialversicherung entsprechend dem Grundgesetz zu bewahren und wiederherzustellen...“

Gesetzliche Rentenversicherung
Die Arbeitsgruppe hat ausdrücklich klargestellt, daß die bisherigen Grundsätze der Beitragsgestaltung, des Leistungs- und Anpassungsrechts sowie die Finanzgrundlagen und Finanzausgleiche überhaupt nicht zur Diskussion stehen... Es bestand mehrheitlich dahingehend Übereinstimmung, organisatorische Neueregungen anzustreben, mit denen eine Stärkung der länderbezogenen Rentenversicherung hergestellt werden kann. Ganz überwiegend wurde die Auffassung vertreten, daß ab einem bestimmten Zeitpunkt den Landesversicherungsanstalten auch Angestellte zur Versicherung zugewiesen werden sollten und die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte alle bisher bei ihr versicherten Personen weiter betreut. Ferner soll

geprüft werden, welche neuen Aufgaben die BfA wahrnehmen könnte... **Gesetzliche Krankenversicherung**

Die unterschiedlichen Beitragssätze von heute 8 % bis 16,5 % sind Ausdruck des gegenwärtig bestehenden Solidaritätsdefizits. Deshalb fordert die Arbeitsgruppe eine Stärkung des Föderalismus auch in der Krankenversicherung mit dem Ziel, mehr Solidarität und mehr Wettbewerb als bisher zu erreichen. Dabei hält die Arbeitsgruppe die Herstellung gleicher Wettbewerbschancen zwischen den Krankenkassen für dringend geboten. Wettbewerbsgleichheit ist eine wesentliche Voraussetzung für mehr Wirtschaftlichkeit in der gesetzlichen Krankenversicherung. Die Arbeitsgruppe geht davon aus, daß ein echter Wettbewerb bisher nicht stattfindet und die bisherigen Strukturen kostentreibende Wirkung haben. Deshalb sind die Mitglieder der Arbeitsgruppe davon überzeugt, daß nur über mehr Föderalismus ein wirklicher Wettbewerb in Gang gesetzt werden kann. Die Arbeitsgruppe

fordert, über mehr Wahlfreiheit und den Ausgleich von Risikostrukturen Chancengleichheit bei den Krankenkassen sicherzustellen... **Arbeitslosenversicherung**

Die Mitglieder der Arbeitsgruppe stimmen darin überein, daß die zentrale Organisation der Bundesanstalt für Arbeit erheblich korrekturbedürftig ist. Die zentralen Entscheidungsstrukturen werden den tatsächlichen Anforderungen in den Regionen oft nicht gerecht.

Entscheidungskompetenzen sollten nach unten hin zu den Landesarbeitsämtern, u. U. auch zu den Arbeitsämtern, verlagert werden. Den Landesarbeitsämtern sollten global Mittel für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zugewiesen werden, die in enger Abstimmung mit den zuständigen Landesregierungen entsprechend den regionalspezifischen Erfordernissen einzusetzen sind. Übereinstimmend wurde klargestellt, daß auch in der Arbeitslosenversicherung am einheitlichen Beitragssatz und am einheitlichen Leistungsrecht nicht gerüttelt werden dürfe.

Quelle: Mitteilung des Bayer. Staatsmin. für Arbeit, Familie und Sozialordnung, 10. 2.

Aufsichtsräte von Krupp und Hoesch beschließen die Fusion

Ende letzten Jahres gab Krupp-Chef Cromme bekannt, daß Krupp eine Aktienmehrheit von knapp 51 % an Hoesch in der Hand hat — ohne die von der WestLB gehaltenen Hoesch-Aktien. In dieser Zwangslage billigte der Hoesch-Aufsichtsrat am 14. 2. 1992 die von Cromme beabsichtigte Fusion der beiden Konzerne, der Krupp Aufsichtsrat einen Tag später. Auch die Gewerkschaftsvertreter stimmten zu, nachdem der Krupp-Vorstand einige Forderungen der IG Metall erfüllt hat. Gespräche dazu fanden im letzten Moment auf Vermittlung der nordrhein-westfälischen SPD-Landesregierung statt, die sich damit aktiv als Konzernschied betätigte.

Über 1 Mrd. DM hat der Deal den Krupp-Konzern gekostet. Nicht zuletzt, um die dafür nötigen Gelder aufzubringen, soll die Fusion bis Mitte des Jahres und rückwirkend zum 1. 1. 1992 vollzogen werden. Spätestens Anfang April soll die Krupp GmbH in eine Aktiengesellschaft umgewandelt werden. Anschließend werden die alten Hoesch-Aktionäre mit Krupp-Aktien abgefunden, wobei der Haupteigner mit über 50 %

die Krupp-Stiftung bleiben wird. Die neue Aktiengesellschaft wird dann die Holding des neuen Konzerns, der sich in fünf bis sieben Sparten mit Schwerpunkt Stahlgliedern soll.

400 bis 500 Mio. DM will Cromme durch die Fusion jährlich einsparen. Zusätzlich zu den ohnehin laufenden Rationalisierungsvorhaben sollen zu diesem Zweck 1800 Leute abgebaut werden. Immerhin ist in einer am 13. 2. zwischen der IG Metall und dem Krupp-Konzern abgeschlossenen Vereinbarung über „Eckpunkte zur Fusion Hoesch/Krupp“ festgehalten, daß es aus Anlaß der Fusion keine betriebsbedingten Kündigungen gibt, alle bisherigen Standorte von Hoesch und Krupp „grundsätzlich“ erhalten bleiben und der neue Konzern zwei Firmensitze, Essen und Dortmund, erhält, sofern rechtlich möglich. Ohne den heftigen Widerstand gegen die Fusion gerade bei Hoesch in Dortmund wäre diese Vereinbarung nicht zustande gekommen. Längerfristig schließen die Festlegungen Stilllegungen auch in Dortmund jedoch nicht aus.

Kern der Vereinbarung ist eine Mitbestimmungsregelung, die über das Mitbe-

stimmungsgesetz von 1976 hinaus geht und eine weitgehende Einigung von Anteilseignern und Arbeitnehmervertretern im Aufsichtsrat vorsieht. Zu diesem Zweck wird ein paritätisch besetztes Präsidium eingeführt. Außerdem kann der Arbeitsdirektor nicht gegen die Stimmen der Mehrheit der Arbeitnehmervertreter gewählt werden. Allerdings: Die Montanmitbestimmung, die bei Hoesch als letztem Konzern noch in der Holding galt, ist damit endgültig auf die Stahlgesellschaften beschränkt.

Die Zustimmung der IG Metall zur Fusion ist jedenfalls ein hoher Preis für die Zugeständnisse. Hinzu kommt: Die IG Metall hat sich weit in Crommes Expansionsabsichten einbinden lassen. Der nächste Schritt, diesmal in Richtung Osten, wird vom Krupp-Vorstand seit längerem vorbereitet: Mit dem EKO-Stahlwerk in Eisenhüttenstadt besteht seit 1990 ein Kooperationsvertrag. Nach Angaben der Treuhand hat Krupp bessere Chancen als die Mitbewerber Thyssen, P+S und Hoogovens, das Werk aufzukaufen. Danach wäre der Stahlbereich von Krupp größer als der von Thyssen. — (wof)



Gleich mehrere Bundestagsabgeordnete haben sich in Interviews mit der Berliner Zeitung „B.Z. am Sonntag“ für eine Abschaffung des geltenden Kirchensteuerrechts ausgesprochen. Der FDP-Bundestagsabgeordnete Wolfgang Lüder, der CDU-Abgeordnete Franz Römer und die SPD-Abgeordnete Edith Niehuis sind übereinstimmend der Meinung, das geltende Kirchensteuerrecht müsse aus verfassungsrechtlichen Gründen, wegen der Rechtsangleichung in Europa und der bisherigen Steuerungerechtigkeit abgeschafft werden. Wodurch freilich der bisherige Staatseinzug der Kirchensteuer ersetzt werden soll, lassen die Abgeordneten im Unklaren. (Bild: af/mz)

Der Bundestagsabgeordnete der PDS-Linke Liste aus Thüringen, Prof. Dr. Gerhard Riege, ist tot. Wir dokumentieren auf dieser Seite Stellungnahmen zu diesem traurigen Vorgang. — (rül)

Der Vorsitzende der PDS und der Gruppe der PDS/LL im Deutschen Bundestag, Gregor Gysi, erklärte soeben in Berlin:

Tief bestürzt und schockiert muß ich bekanntgeben, daß der Abgeordnete der Gruppe PDS/LL im Deutschen Bundestag, Prof. Dr. Gerhard Riege, am heutigen Tag, dem 15. Februar 1992, durch Suizid aus dem Leben geschieden ist. Er hat sich erhängt. Es steht außer Zweifel, daß seine Handlung in engstem Zusammenhang mit der Veröffentlichung über seine Kontakte zum MfS in der Zeit von 1954 bis 1960 steht, obwohl diese Kontakte inhaltlich eher bedeutungslos waren und vor 32 Jahren beendet wurden.

Die Mitglieder der Gruppe PDS/Linke Liste im Deutschen Bundestag hatten sich einmütig für weitere Zusammenarbeit und für Solidarität mit Gerhard Riege ausgesprochen. Es hat offensichtlich nicht gereicht, um ihm Angst vor für ihn unerträglicher gesellschaftlicher Achtung zu nehmen.

Auch ich muß darüber nachdenken, ob wir wirklich alles getan haben, um einen so entsetzlichen Schlußstrich unter sein Leben zu verhindern. Irgendetwas muß falsch sein an der gegenwärtigen Aufarbeitung der Vergangenheit.

Mehr kann und will ich dazu heute nicht sagen.

Quelle: Pressedienst PDS/Linke Liste im Bundestag, 15. 2. 1991

Nachruf

Jena, den 16. 2. 1992
Gerhard Riege ist tot. Die Erde ist leerer und kälter geworden. Gerhard Riege hat auch in der letzten Handlung seines Le-

Zum Tode des Bundestagsabgeordneten Prof. Dr. Gerhard Riege (PDS/Linke Liste)

bens das aufrechterhalten, wovon er sich immer wieder leiten ließ: Integrität, Eintreten für Würde und Gerechtigkeit. —

Mit dem letzten, was ihm geblieben war, stellte er sich gegen eine Praxis, die ihm die Grundrechte auf individuelle Prüfung und Verteidigung entzog, verweigerte er sich einer gesellschaftlichen Atmosphäre, in der Verbrechen wie Folter und Freiheitsberaubung, menschliche Entwürdigung wie Bespitzelung oder Denunziation und Zusammenarbeit mit einer Institution der Gesellschaft, für die man war oder in der man einfach lebte, nicht mehr untrennbar sind, in der Betroffenheit, Empörung, Scham, Zorn, Gerechtigkeitsinn oder auch Rache instrumentalisiert werden zur Erledigung von politischen Gegnern oder auch einfach Andersdenkender. Betroffenen und bekommen sehen wir diesen Tod auch noch als tapfere und ehrliche Bilanz seines Lebens wie jenen Riegessen Entwurf einer Thüringer Verfassung, an dem nicht vorbeikommt, wer ein demokratisch verfaßtes Land will. Wir verstehen diesen Tod als den eines Mannes, der sein öffentliches Amt als Stimme für tausende stumme Schicksale auszuüben bemüht war.

Wir, die wir uns angesichts dieses Todes eingestehen müssen, wie nahezu unmöglich es in einer solchen Atmosphäre wird, einem Menschen in Not rückhaltlos beizustehen und gleichzeitig politischen Prinzipien zu folgen, wenden uns an alle, die das menschliche Selbstverständnis entgegenstehende „Die Rache ist mein, spricht der Herr“ nicht überhöhen, die die im Gebet als Voraussetzung für die Vergebung eige-

ner Schuld ausgesprochene Bereitschaft, unseren Schuldigern zu vergeben, nicht zur rituellen Formel erstarrten lassen oder Mozarts Alternative „Und ist ein Mensch gefallen, führt Liebe ihn zur Pflicht“ nicht zur Festspiel-Arie verkommen lassen wollen, die nicht die tiefe Wirkung von Daniil Granins Zweifel an einer Gesellschaft ohne Barmherzigkeit vergessen haben, mit der Frage: Wann halten wir ein? — Soll sie denn ununterbrochen bleiben, diese Kette von Auge um Auge, Zahn um Zahn, aus der sich Gewalt und Herrschaft immer reproduziert haben, soll sie wieder den tödlichen Virus von Unrecht und tausendfachem menschlichem Leid in das Fundament eines Neuanfangs legen?

Für den Landes-
vorstand der
PDS Thüringen
Gabi Zimmer

Für die Fraktion
Linke Liste/PDS im
Thüringer Landtag
Klaus Höpcke

Dr. Ursula Fischer
Mitglied des Deutschen Bundestages

Ruth Fuchs, laut Wahlliste Mandatsnachfolgerin von Gerhard Riege und ehemals eine der bekanntesten Leichtathletinnen der DDR, Mitglied der letzten Volkskammer und des II. Deutschen Bundestages, erklärte gegenüber dem Korrespondenten des „Neuen Deutschland“ nach dem Tod von Prof. Dr. Gerhard Riege:

„Ich werde dieses Mandat nicht annehmen, weil ich Bonn nicht verkraften würde, und plädiere dafür, daß der Stuhl Gerhard Riegess leer bleiben soll. Es soll

eine Mahnung sein gegen die Verlogenheit und Unbarmherzigkeit der bundesrepublikanischen Gesellschaft bei der Aufarbeitung der Vergangenheit.“

Quelle: Pressedienst PDS/Linke Liste im Bundestag, 16. 2. 1992

Gemeinsame Erklärung der Gruppe der PDS/LL im Bundestag und des PDS-Bundesvorstandes

Gerhard Riege lebt nicht mehr. Er wird in seiner ruhigen und bescheidenen Art nie wieder zu uns sprechen. Unsere Bestürzung und Trauer ist nicht in Worte zu kleiden. Gerhard hinterläßt in unserer Gruppe eine Lücke, die nicht zu schließen sein wird, und zwar nicht nur wegen seiner fachlichen Qualifikation als Jurist, sondern wegen der menschlichen Wärme, der Geduld, der Ruhe, der Besonnenheit, der Vernunft, die er ausstrahlte.

Er war einer von jenen, die zuhören konnten, lange zuhören und verarbeiten. Er brauchte sich seiner Biographie nicht zu schämen.

Er hat sich stets für eine eigenständige DDR, für einen Zuwachs an Demokratie und für eine gerechtere Gesellschaft eingesetzt.

Nach den Ereignissen im Herbst 1989 ging er nicht den bequemeren Weg, den viele seiner Kolleginnen und Kollegen einschlugen, den Weg des Verrats seiner Biographie, seiner Überzeugungen, den Weg der Anbiederung an neue Herren und Herrschaftsverhältnisse. Er blieb unbequem.

Es gibt keine Mörder von Gerhard Riege, aber es gibt Schuldige an seinem

Tod. Wer eigentlich hat das Recht, einem Mann wie ihm solche Angst zu machen, ihm solchen Haß entgegenzubringen, daß er in seiner Verzweiflung die Kraft zum Leben und zum Kämpfen verliert?

Wie groß muß diese Verzweiflung gewesen sein, wenn Gerhard auf seine Freunde und sein Glück mit seiner geliebten Ehefrau, mit seinen Kindern und Enkelkindern, auf die er so stolz war und die ihm so viele Freude bereitet haben, verzichtet?

Mit welchem Recht verhalten sich die Gesellschaft, die Medien und eine Vielzahl von Menschen so erbarmungslos?

Nicht nur Trauer erfällt uns, sondern auch Zorn auf jene, die bewußt eine Atmosphäre von Verfolgung, Rache, Denunziation, Haß und Angst schüren.

Wie in der DDR, so ist auch heute der Satz falsch, daß der Zweck die Mittel heiligt. Im Gegenteil: Falsche Mittel zerstören den Zweck.

Aufarbeitung der Vergangenheit ist und bleibt wichtig und richtig, aber nur, wenn sie zu neuen Erkenntnissen und damit zu Verständnis und mehr Menschlichkeit führt.

Das, was gegenwärtig geschieht, ist das Gegenteil von dem. Es verhindert die notwendige Aufarbeitung, es verhindert Erkenntnisse und Verständnis: Politik ist häufig kalt — auch linke Politik. Laßt uns nachdenken, worum wir eigentlich kämpfen — um eine in jeder Hinsicht menschlichere Gesellschaft. Aber ein solcher Kampf verlangt viel mehr Menschlichkeit, auch von uns.

Berlin, 18. 2. 1991

Stasi-Hetze im Bundestag Ein Dokument — ohne Kommentar

Dr. Gerhard Riege (PDS/LL): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Minister Schäuble hat ein Plädoyer für die unbedingte Erhaltung der Kultursubstanz in den Ländern des Beitrittsgebiets gehalten. Das kann ich nur unterstützen. Wir müssen uns aber über die Situation im klaren sein. Im Augenblick vollzieht sich gerade auch auf diesem Gebiet ein solches Maß an Substanzverlust, daß wir besorgt sein müssen, es werde nicht nur wenige Jahren dauern, ehe dieser Prozeß wieder umgekehrt verlaufen wird. ... Die Finanzen, die für kulturelle Aufgaben zur Verfügung stehen — ob im Bereich der Kommunen, ob im Bereich der Institutionen, meinetwegen der Universitäten und Hochschulen — reichen nicht aus. Im Augenblick haben wir eine Fülle von Einschränkungen.

(Dr. Blank (CDU/CSU): Welche Einschränkungen meinen Sie?)
Wenn ich allein an die Praxis der Universität denke, von der ich komme, dann muß ich sagen: Es gibt kaum noch eine Möglichkeit, an dieser Universität in Jena ...

(Schmitz (Baesweiler) (CDU/CSU): Wer hat denn die Leute eingeschlossen? Das waren doch Sie!)
Bis in die jüngste Zeit hat es an dieser Universität Chöre, Orchester, Kulturgruppen der verschiedensten Art gegeben. Darüber müssen wir sprechen.

(Geis (CDU/CSU): Jetzt verteidigen Sie das alte Regime! Ich würde mich an Ihrer Stelle schämen!)

Sie haben unter den gegebenen Bedingungen kaum noch Möglichkeiten der Existenz, Möglichkeiten, sich zu betätigen, wenn sie überhaupt noch existent sind.

(Schmitz (Baesweiler) (CDU/CSU): Lieber einen Chorleiter als 100 Stasi-Leute!)

Darauf muß ich zunächst verweisen: Bis vor kurzem war das Geld da: jetzt ist es nicht mehr vorhanden.

(Geis (CDU/CSU): An Ihnen ist der November 1989 vorbeigegangen!)

Die Funktionsfähigkeit der Länder und der Kommunen durch eine leistungsfähige Verwaltung, durch eine funktionierende Justiz herbeizuführen, ist ein unbedingt zu bejahendes richtiges Postulat.

(Dr. Blank (CDU/CSU): Wo war denn eine funktionierende Justiz? Wo in der DDR? In Bautzen? Was Sie da sagen,

ist ja wohl eine Unverschämtheit!
— Geis (CDU/CSU): Haben Sie da drüben eine funktionierende Justiz erlebt?)

Wir brauchen eine Rechtsausbildung, die einer Veränderung unterliegt, **(Dr. Blank (CDU/CSU): Ein Unrechtsstaat, Terrorjustiz war das!)**

die sich auf die neue Rechtsmaterie der Bundesrepublik einstellt. Das ist natürlich eine unausweichliche Situation ... Was ich in diesem Zusammenhang aber anmerken muß und als kritikwürdig zu bezeichnen habe, ist, daß in dem gleichen Prozeß die undifferenzierte Ausgrenzung aller derjenigen erfolgt, die im akademischen Ober- und Mittelbau bislang an diesen Einrichtungen tätig waren.

(Geis (CDU/CSU): Als Stasi!)
So kann eine Entwicklung nicht erfolgen ... Ich halte es auch nicht für richtig, daß wir eine These kultivieren, die lautet: Wir kommen zu einer neuen Rechtskultur dadurch, daß wir zunächst einmal für nicht ganz kleine Gruppen der Bevölkerung — Mitarbeiter staatlicher Organe, staatlicher Einrichtungen — Gesetzlichkeit de facto außer Kraft setzen. Das zu dieser Seite.

(Dr. Blank (CDU/CSU): Sie sollten das Wort „Recht“ überhaupt nicht in den Mund nehmen! Peinlich so was!)

In einer bestimmten Sphäre betrachte ich den Haushaltsplan, wie er vorgelegt worden ist, als den Plan eines alten Denkers.

(Lachen bei der CDU/CSU)

Trotz grundlegend veränderter politischer Situation, die sich in dem Zerfall der ehemals sozialistischen Staaten ausdrückt, wird, so scheint mir, von der Bundesregierung weiterhin das alte Konzept der inneren Sicherheit festgehalten. Ausdruck dessen ist, daß weiterhin beträchtliche Summen in das Bundesamt für Verfassungsschutz, andere geheimdienstliche Einrichtungen, das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik u.a. gehen.

(Otto (Frankfurt) (FDP): Das von Ihnen vorgehalten zu bekommen, ist ja nun wirklich ein Hammer!)

— Ja, ich weiß, wovon ich spreche.

(Lachen bei CDU/CSU und FDP)

— Wir erstreben eine Welt ohne Geheimdienste.

(Dr. Blank (CDU/CSU): Das kann ich mir denken!)

— Ja, das können Sie sich denken. Aus Erfahrungen, die auch bei uns gemeldet worden sind, wäre ein Streben für eine Welt ohne Geheimdienste etwas, was Förderung verdiente ... Die Realität, die wir hier aus diesem Material sehen können, ist völlig gegenläufig ... Nach allem, was den Menschen in den fünf neuen Bundesländern vor den Wahlen und vor der staatlichen Vereinigung **(Zuruf von der CDU/CSU: Das Volk hat sich vereinigt!)**

zum Teil sehr schnelllebig und vollmundig versprochen wurde, und angesichts dessen, was sich in der Wirklichkeit vollzieht — darüber ist heute schon mehrfach unter unterschiedlichsten Gesichtspunkten gesprochen worden —, ist eine verbreitete Enttäuschung eingetreten, und Verbitterung weitet sich aus ... Es wächst die Entschlossenheit — Leipzig ist dafür nur ein Beispiel —, öffentlich, auf der Straße sozialer Sicherheit, Gleichwertigkeit als deutscher Bürger einzufordern. Das Konfliktpotential nimmt zu,

(Zuruf von der CDU/CSU: Wir sollen in sechs Monaten heilen, was Sie in 40 Jahren kaputtgemacht haben!) und es wird neuen Zuwachs erhalten, wenn Null-Kurzarbeit und Warteschleife **(Schmitz (Baesweiler) (CDU/CSU): Das sind doch Ihre Arbeitslosen! Die SED-Arbeitslosen sind das doch!)**

auch formell in das einmünden, was sie der Sache nach schon längst sind: Arbeitslosigkeit und zum Teil Ausgrenzung ...

(Schmitz (Baesweiler) (CDU/CSU): Ihr habt die Menschen eingesperrt! — Dr. Hirsch (FDP): Wie war Sie denn? Erzählen Sie doch mal! — Gegenruf der Abg. Dr. Höll (PDS/Linke Liste): Ignoranten!)

Es geht hier um das Thema „Effektivität der Arbeit“. Auch das spielte eine Rolle. Die Situation, die jetzt massenhaft gegeben ist, ist eine qualitativ gänzlich andere und von existentieller Bedeutung nicht nur für Hunderttausende.

(Dr. Weng (Gerlingen) (FDP): Dafür sind Sie verantwortlich! — Zuruf von der CDU/CSU: Aber dafür sind Sie frei!)

— Mit dieser Aussage machen Sie es sich etwas zu leicht. Die Mitbürger, die dieses kritische Potential, dieses Kon-

fliktpotential, wie ich sagen möchte, verkörpern, sind von ökonomischen und sozialen sowie, glaube ich, zunehmend auch von politischen Motiven und Erwartungen beherrscht. Es wird — um dies zu sagen, braucht man kein Prophet zu sein — wahrscheinlich einen heißen Herbst geben. Ich setze den Haushaltskomplex Inneres auch in Beziehung zu diesen Tendenzen. Der gesamte Apparat, der geeignet ist, Protestbewegungen zu observieren und niederzuhalten, wird finanziell gut bedacht.

(Dr. Blank (CDU/CSU): Reden Sie von der früheren DDR oder von was? Was man sich hier von so einem Stasi-Heini anhören muß! Unglaublich! — Weitere lebhaftes Zurufe von der CDU/CSU) ... (Gerster (Mainz) (CDU/CSU): Das ist ein Stasi-Bruder! — Dr. Blank (CDU/CSU): So ein Stasi-Bonze da! ... Ich finde es schon bemerkenswert, mit welcher — wir mir scheint — Unverfrorenheit ...

(Dr. Blank (CDU/CSU): Sie hier stehen und hier reden!) ... hier Diffamierungen ausgesprochen werden.

(Gerster (Mainz) (CDU/CSU): Mit wem identifizieren Sie sich denn? Mit der SED? Ist das richtig? Nachfolger der SED!)

Das ehemalige Ministerium für innerdeutsche Beziehungen lebt in dem vor uns liegenden Haushaltsgesetz fort.

(Dr. Hirsch (FDP): Und was lebt in ihnen fort?)

In einem bestimmten Bereich, der nicht frei von revanchistischen Momenten ist, sind Finanzmittel vorgesehen.

Bonn, den 14. 3. 1991. Persönliche Erklärung des Bundestagsabgeordneten Prof. Dr. Gerhard Riege:

Während meiner Diskussionsrede, die ich am Mittwochabend innerhalb der Haushaltsdebatte hielt, haben, wie das Protokoll ausweist, die Abgeordneten der CDU/CSU Dr. Blank, Geis und Gerster mich in einem Maße diffamiert, daß in Form und Inhalt all das übersteigt, was ich bislang in diesem Parlament an den wahrlich nicht wenigen Äußerungen von Intoleranz und Verleumdung kennenlernte mußte. Es widerstrebt mir, die Ausdrücke, deren sich die drei Herren bedient haben, auch nur zu wiederholen. Ich bewerte das Verhalten dieser Abgeordneten als Zeugnis für ein Bestreben, die Stimme von Mitgliedern meiner Gruppe, deren Legitimation und Rechtsstellung nicht geringer als die einer jeden anderen sind, in der parlamentarischen Repräsentation zu unterdrücken. Ich werde mir auch künftig

(Zuruf von der CDU/CSU: Wo?)

Da werden für den Haushaltstitel 68502 — Förderung der historischen Landeskunde in Mitteldeutschland sowie politischer und kultureller Arbeit von Flüchtlings- und Vertriebenenverbänden — über 5 Millionen DM eingesetzt.

(Gerster (Mainz) (CDU/CSU): Na und?)

In diesem Titel atmet für mich nicht der Geist einer neuen internationalen Beziehung und nicht der Geist der Entwicklung der staatlichen Beziehungen in Europa.

(Gerster (Mainz) (CDU/CSU): Das müssen Sie jetzt einmal erklären, warum nicht!)

Vizepräsident Hans Klein: Einen Moment, bitte, meine Damen und Herren.

Herr Dr. Riege, Sie haben Ihre Redezeit bereits weit überzogen. Bitte beachten Sie das doch, daß es dort ein Licht gibt, das Ihnen ein Signal gibt.

Dr. Gerhard Riege (PDS/Linke Liste): Ich habe es nicht gesehen, Herr Präsident, entschuldigen Sie bitte.

Auf diese Momente möchte ich verweisen und auch darauf, daß nicht wenige Institutionen, die in diesem Bereich tätig sind, beträchtliche finanzielle Unterstützung erwarten können. Daß es sich dabei nicht nur um die Förderung von Volkstänzen handelt, wissen wir aus den Debatten in diesem Hause.

(Beifall bei der PDS/Linke Liste)

(Gerster (Mainz) (CDU/CSU): Die Zeit, in der Sie und ihresgleichen allein reden durften, ist vorbei!)

Quelle: Protokoll des Deutschen Bundestages, 13. März 1991 (aus Platzgründen geringfügig gekürzt)

nicht verbieten lassen, das Wort „Recht“ in den Mund zu nehmen und mich um Gerechtigkeit und Gesetzlichkeit zu bemühen; und ich verwahre mich dagegen, daß alle meine Kollegen der Jenaer Rechtswissenschaftlichen Fakultät, Hochschullehrer wie Mitarbeiter, als Stasi-Leute abgestempelt werden. Meine ursprüngliche Hoffnung, in einem Parlament wirken zu können, in dem Unterschied oder Gegensatz politischer Sichten so artikuliert werden können, daß persönliche Würde respektiert wird und daraus ein Beispiel für die Öffentlichkeit unseres Landes erwächst, hat sich nicht erfüllt. Mein Bedauern darüber ist umso größer, als ich zur Kenntnis nehmen mußte, daß der amtierende Präsident keine Veranlassung gesehen hat, die erwähnten Beleidigungen zu rügen.

Quelle: PDS/LL im Bundestag, 14. 3. 91

Liebe Brüder und Schwestern, seit der Aufhebung des Verbots des Pan Africanist Congress of Azania (PAC) hat der PAC eine landesweite Organisation in Azania (Südafrika) aufgebaut. Dies wurde trotz des Fehlens jeglicher Ressourcen erreicht. Um für unsere Mitglieder zu sorgen und unsere dramatische Ausdehnung fortzusetzen, wollen wir weitere regionale Büros in Städten und Ortschaften eröffnen.

Unser Hauptquartier in Johannesburg wird gleichzeitig noch vom Regionalverband Transvaal, der Azanischen Jugendbewegung und dem Verband afrikanischer Frauen genutzt.

Für unser Hauptquartier benötigen wir moderne Büroausrüstung für einen Stab von mindestens 20 Personen für die Bereiche Informations- und Öffentlichkeitsarbeit, Organisation vor Ort, Ressourcen, Haushaltskontrolle, Jugend, Studenten, Frauen, Umwelt, Gesundheit, Auslandsverbindungen, Kultur, Arbeit, Politik, Wirtschaft, Erziehung, religiöse Projekte und rechtliche Angelegenheiten.

Viele Mitglieder des PAC, die durch das rassistische Apartheid-Regime gezwungen wurden, das Land zu verlassen, kommen nun zurück und finden Bedingungen vor, die schlimmer als zuvor sind. Wir vom PAC haben extreme Schwierigkeiten, diese Tausende von Flüchtlingen wieder einzugliedern. Wir begrüßen deshalb jede Hilfe dabei. Dies gilt auch für ehemalige politische Gefangene, von denen viele jahrelange Haft-

Delegation des PAC in der Bundesrepublik: Aufruf zur Unterstützung seines Kampfes

strafen auf der berüchtigten Gefängnisinsel Robben Island hinter sich haben.

In Befolgung der Resolution unseres zweiten Nationalkongresses, der im Dezember 1990 in Johannesburg durchgeführt wurde, wird eine Delegation von vier Mitgliedern des PAC, angeführt durch den Generalsekretär des PAC, Benny Alexander, die Bundesrepublik Deutschland besuchen.

Die Delegation wird Regierungsvertreter, politische Parteien, und Organisationen in Deutschland über die folgenden Entwicklungen in unserem Land unterrichten:

1. Aktuelle politische Entwicklungen in Azania (Südafrika)
2. CODESA — Konvention für ein Demokratisches Südafrika, um die Position des PAC zu erklären, warum wir uns nicht an der sogenannten „Ordnung“, „Entlastung“ des rassistischen Minderheitenregime des Herrn De Klerk beteiligen.
3. Der PAC verfolgt und glaubt an eine Politik des Vertrauens auf die eigene Kraft. In diesem Sinne hoffen wir auch auf materielle Unterstützung von außen für eine Kampagne für eine gewählte verfassungsgebende Versammlung, die

auf dem Grundsatz „Ein Mensch — eine Stimme“ auf einer einheitlichen Wählerliste in einem einheitlichen Staat beruht und von der wir glauben, daß sie bald in Azania errungen werden wird. Es ist nicht notwendig, die Bedeutung dieser Frage zu betonen und die finanziellen Anforderungen, die sich daraus für uns ergeben. Dies ist eine enorme Aufgabe für den PAC, wie ihr, die ihr in eurem Land so oft an demokratischen Wahlen teilnehmt, sicher verstehen werdet.

4. Gewinnung von Unterstützung für Arbeitsgruppen, workshops zu Menschenrechten, Verfassungsproblemen und Fragen der Demokratie.

Wir appellieren an alle fortschrittlichen politischen Parteien und Nicht-Regierungs-Organisationen, an Kirchen und humanitäre Organisationen in ganz Europa, uns bei dieser gigantischen Aufgabe zu helfen.

Grüße vom Kampf für ein nicht-rassistisches, demokratisches Azania

gez. Patricia de Lille,
(Sekretariat der Abteilung für auswärtige Angelegenheiten des PAC)

Veranstaltungen mit dem PAC

Die folgenden Veranstaltungstermine der Delegation stehen bereits fest:

München: Samstag, 21. März, 15 bis 18 Uhr, Gasthaus Taverna Odyssee, Bad Kreuther Straße 8, (U-Bahnstation Innsbrucker Ring).

Schweinfurt: Sonntag, 22. März, DGB-Jugendheim (Eingang über den Hof des Gewerkschaftshauses), Beginn 19 Uhr.

Karlsruhe, Stuttgart: Montag, den 23. März, und Dienstag, den 24. März; die Reihenfolge, Ort und Zeit dieser Veranstaltungen standen bei Redaktionsschluß noch nicht fest.

NRW: Mittwoch, den 25. März, und Donnerstag, den 26. März, sind Veranstaltungen in Nordrhein-Westfalen geplant. Auch hier standen die genauen Termine noch nicht fest.

Göttingen: Freitag, 27. März, Raum wird noch bekanntgegeben.

Hamburg: Sonntag, den 29. März, Fiete-Schulz-Zentrum, Zeughausmarkt 33/34 (Nahe U-Bahn-Station St. Pauli), Beginn 19 Uhr.

Spendenkonto: Christiane Schneider (Kontoinhaberin), Hamburger Sparkasse, Konto Nr. 13 18 47 04 48, Bankleitzahl 200 505 50

Erkklärung des PAC, vorgetragen durch Dr. S. E. M. Pheko, auf der 48. Tagung der UN-Menschenrechtskommission in Genf, 27. Januar bis 6. März 1992, zu den Punkten 5 und 6 der Tagesordnung.

Herr Vorsitzender, trotz des Völkermords an den eingeborenen afrikanischen Menschen durch das südafrikanische kolonialistische Minderheitenregime, trotz seiner Sterilisierung afrikanischer Frauen und der Ausbreitung der Krankheit Aids unter den afrikanischen Menschen in Azania (Südafrika) hat es das Regime durch eine ausgeklügelte Kampagne der Täuschung verstanden, ein Klima der Euphorie und falscher Hoffnungen zu schaffen, wonach es angeblich dabei sei, die Apartheid abzuschaffen.

Im Gegenteil: Das Regime reformiert das Apartheidsystem, trotz der Tatsache, daß dieses niederträchtige System schon in der Konvention der Vereinten Nationen von 1973 über die Unterdrückung und Bestrafung des Verbrechens der Apartheid als Verbrechen gegen die Menschlichkeit eingestuft wurde.

Das Regime hat zum Beispiel herumgepfuscht mit solchen Apartheidgesetzen wie dem Landgesetz von 1913. Aber es behält weiterhin 87 % des gesamten Landes für die weiße, privilegierte Minderheit von 13 % der Bevölkerung. Die Afrikaner dagegen leben als Folge dieses Landraubs weiter im Elend der Armut. Das Regime besteht darauf, daß die Weißen dieses Land „gesetzlich“ angeeignet hätten. Die Wahrheit ist aber, daß dieses Land den Afrikanern durch bewaffnete Aggression, durch Kolonialismus und Betrug geraubt wurde. Bis zum heutigen Tag bleibt dieses afrikanische Land, kolonisiert durch die Briten, ein kolonialer Skandal des Jahrhunderts, der Manipulation des internationalen Rechts und der Vernichtung der wahren Geschichte dieses afrikanischen Landes — von Azania. Dieses afrikanische Land wurde auf koloniale Weise am 20. September 1909 in Südafrika umbenannt — durch ein Gesetz des britischen Parlaments, genannt das „Südafrika-Gesetz“ von 1909.

1991 ermordete das südafrikanische Regime 5475 Afrikaner. Das bedeutet 15 Menschen an jedem Tag — ermordet durch die sogenannte „Gewalt von Schwarzen gegen Schwarze“. Dieses geschieht durch das Buffalo-Bataillon 32 und durch Söldner aus Angola, Koevoets aus Namibia, Renamo aus Mosambik und Selou-„Pfadfinder“ aus dem früheren Rhodesien des Ian Smith. Diese hochtrainierten Mörder werden benutzt, um die afrikanische Bevölkerung zu dezimieren. Sie sitzen in verschiedenen Orten in Südafrika in den Kasernen des Regimes. Einige von ihnen haben als Belohnung für ihre abscheulichen Aktivitäten sogar die südafrikanische Staatsbürgerschaft erhalten. (...)

Die ausgeklügelte Täuschungskampagne des südafrikanischen Regimes und seiner Freunde hat dazu geführt, daß die Sanktionen verfrüht aufgehoben wurden und daß einige Mitglieder der internationalen Gemeinschaft nun an Aktionen teilnehmen, die dazu dienen, das koloniale Apartheidregime zu legitimieren und zu rehabilitieren, anstatt die Opfer des Apartheid, des Kolonialismus vor Völkermord und weiterer Beraubung zu schützen, mit dem Ziel, das Apartheidregime zu reformieren — einem Ziel, das im Widerspruch steht zu der Erklärung der Vereinten Nationen vom 14. Dezember 1989. (...)

Am 6. Januar 1992 veröffentlichte die Zeitschrift *Weekly Mail* in Südafrika neue Beweise, daß Mr. De Klerk weiterhin aus geheimen Fonds schwarze Gruppen unterstützt, damit diese Massenmorde begehen und die wahre Befreiung Azanias zum Scheitern bringen.

Am 27. Januar, dem Tag, an dem die Sitzung dieser Kommission begann, wurde der Generalsekretär des PAC durch das Regime in Pretoria verhaftet. Am gleichen Tag feuerte die Polizei in eine Menge von 1000 Menschen, die gegen die hohen Mieten, Stromgebüh-

ren und wegen anderer Probleme protestierten. Mit Gewalt hinderten die bewaffneten Kräfte des Regimes Tausende von protestierenden Menschen daran, in das Stadion Ennerdale in Johannesburg zu gelangen und eine Rede des Generalsekretärs des PAC, Benny Alexander, zu hören.

Am 29. Januar, zwei Tage, nachdem diese Kommission ihre Beratungen begonnen hatte, wurde das Anwaltsbüro des 2. Vizepräsidenten des PAC, des Rechtsanwalts Dikgang Mosoneke, durch eine Bombenexplosion zerstört. Das Dach seines Büros in Pretoria wurde stark beschädigt. In der Nacht zuvor hatte Rechtsanwalt Mosoneke in einem Fernsehprogramm die Forderung des PAC nach einer demokratisch gewählten verfassungsgebenden Versammlung unter Aufsicht der OAU und der Vereinten Nationen vorgetragen.

Am 14. Januar 1992 wurde ein 60 Jahre alter Afrikaner von einer Gruppe Europäer totgeschlagen, weil seine Hündin mit dem Hund eines europäischen Ehepaars kopuliert hatte. Dieses Opfer von Apartheid und Kolonialismus hinterläßt eine Witwe, Frau Maria Kutoane, und sechs Kinder.

Am 29. Januar 1992 wurden fünf Afrikaner durch Europäer in einem Minibus zusammen mit zwei Petroleumflaschen eingesperrt, der Minibus dann ein Kliff hinabgestürzt. Alle kamen zu Tode. So viel zu den sogenannten „positiven Veränderungen“ in Südafrika.

Im Dezember 1991 entstand aus der ausgeklügelten Täuschungskampagne des südafrikanischen Regimes eine gigantische politische Täuschung, die irreführenderweise „Konferenz für Demokratie in Südafrika“ (CODESA) genannt wird. In Wahrheit ist dies eine Konferenz der Täuschung durch Südafrika, um Apartheid und Kolonialismus in diesem afrikanischen Land zu verlängern.

Patrick Lawrence, ein südafrikanischer Journalist, der für die alten, sogenannten „gemäßigten“ Organisationen eintritt, hat CODESA beschrieben als einen „Staatsstreich durch De Klerk“ (*The Star*, 23. Dezember 1991). (...)

Auch der 2. Vizepräsident des PAC, Rechtsanwalt D. Mosoneke, ein bekannter Rechtsanwalt in Azania (Südafrika), hat erklärt: „Viele ... sind der Ansicht, daß CODESA ein Geschöpf des gegenwärtigen Regimes ist, vollgestopft mit politischen Marionetten, um so die legitime Forderung nach Herrschaft der Mehrheit zu schwächen und so zu sichern, daß der status quo unverändert bleibt.“

Im Zentrum des Kampfes der afrikanischen Menschen von Azania steht die Vernichtung der weißen, kolonialistischen, rassistischen Vorherrschaft, die

Rückgewinnung des Landes und die Errichtung einer nicht-rassistischen, demokratischen Ordnung, frei von wirtschaftlicher Unterdrückung und sozialer Degradation.“

Im Dezember 1990 hat der PAC seine Bereitschaft zu echten Verhandlungen bekräftigt. 1991 setzte der PAC seine Resolution zur Errichtung einer Patriotischen Vereinigten Front in die Wirklichkeit um. Im April gelang es ihm, mit dem ANC über die Bedeutung dieser Patriotischen Vereinigten Front zu sprechen, ebenso im August mit AZAPO und anderen. Folgerichtig wurde im Oktober 1991, finanziert von der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU), in Durban die Patriotische Vereinigte Front geschaffen.

Sie akzeptierte die Errichtung einer demokratisch gewählten verfassungsgebenden Versammlung als ihre Kernforderung.

Zu den in der Patriotischen Vereinigten Front akzeptierten Grundsätzen gehörten:

- Die Allparteienkonferenz zur Vorbereitung der Verfassungsgebenden Versammlung muß unter unabhängiger und neutraler Aufsicht einberufen werden, nicht durch das südafrikanische Regime.

- Der Pan Africanist Congress von Azania (PAC) und der Afrikanische Nationalkongress (ANC) müssen sich auf einen akzeptablen Versammlungsleiter einigen.

- Der Zweck der Allparteienkonferenz zur Vorbereitung der Verfassungsgebenden Versammlung muß darin bestehen, die Modalitäten der Machtübergabe an die Mehrheit auszuarbeiten. Diese Modalitäten müssen sich konzentrieren auf:

- * die Errichtung einer gewählten verfassungsgebenden Versammlung, die auf dem Grundsatz „Ein Mensch, eine Stimme“ beruht, basierend auf einem einheitlichen Verzeichnis aller Wähler;
- * auf Verfassungsgrundsätze innerhalb des Rahmens, wie er durch die Erklärungen der Vereinten Nationen und der OAU von 1989 beschrieben ist;

- * darauf, daß die Internationale Gemeinschaft mitwirkt, beginnend bei der Aufsicht über die Verhandlungen, über die Übergangs-Regierung bis zur Durchführung freier und fairer Wahlen.

- * Die Wiedereingliederung der Bantustans und ein definitives Rahmenwerk wurden ebenso diskutiert.

- Die Übergabe der Macht von der Minderheit auf die enteignete afrikanische Mehrheit muß das Hauptziel des Kampfes sein.

Auf dem Treffen am 29. und 30. November waren PAC und ANC anwesend, um die Entscheidungen der Patriotischen Vereinigten Front vorzutragen. Aber zu seiner Überraschung stieß der PAC bei dem Treffen mit De Klerk auf

eine Versammlung, die durch 14 Gruppierungen aus den Bantustans und dem Drei-Kammern-System (das rassistische „Parlament“ des Apartheidregimes, Anm. d. Red.) vollgestopft war. Die Versammlungsleiter waren zwei Richter des Regimes von Pretoria. Alle Standpunkte, die die Beschlüsse der Patriotischen Vereinigten Front in die Diskussion einbrachten, wurden einzig vom PAC vorgetragen. Dazu gehörte die Frage des neutralen Vorsitzenden, Name und Termin der Konferenz, Liste der Teilnehmer. Der PAC wünschte, daß die Konferenz auch in ihrem Namen sich auf die Verfassungsgebende Versammlung bezog und „Konferenz für eine Verfassungsgebende Versammlung“ genannt wird, unter Aufsicht der OAU und der Vereinten Nationen. Das Regime und seine Verbündeten entschieden, ihr den irreführenden Namen „Konferenz für ein Demokratisches Südafrika“ zu geben ...

Der Präsident des PAC, Clarence M. Makwetu, hat in seiner Neujahrsbotschaft erklärt:

„Der PAC wird den Kampf in allen Formen fortführen, bis eine demokratisch gewählte verfassungsgebende Versammlung zusammengetreten ist, um eine Verfassung für ein freies Azania zu schaffen.“

Die enteigneten Afrikaner werden weiterhin nach wirklichem Fortschritt streben, hin zu einer wahren Demokratie, die in der Lage ist, den Kampf für Befreiung und Selbstbestimmung voranzutreiben ... zu einer afrikanischen Demokratie, frei von Rassismus und wirtschaftlicher Ausbeutung, und schließlich für eine Umverteilung des Reichtums, der Ressourcen, insbesondere des Landes als der grundlegenden Ressource.“

Kein Unterdrücker hat jemals in der Geschichte freiwillig seine Macht aufgegeben. Das südafrikanische Regime wird da keine Ausnahme machen. Wirkliche Veränderungen in Südafrika können nur durch die unterdrückten und enteigneten afrikanischen Massen erreicht werden. Die Einsätze sind zu hoch in diesem afrikanischen Land. Es ist zu reich, um von den Kräften der Unterdrückung, der Grausamkeit, des Rassismus und ihren Agenten verlassen zu werden. Nicht naive und leichtgläubige Menschen werden Apartheid und Kolonialismus in Südafrika besiegen, sondern wachsame und gerechtigkeitsliebende Menschen, die wirklich auf der Seite der 36 Millionen, ihres Landes beraubten Menschen von Azania stehen, die so lange unter dem Kolonialismus und der rassistischen Tyrannei, des Massakern und dem Völkermord gelitten haben.

Ich danke Ihnen, Herr Präsident.

PAC zum weißen „Referendum“

Einer der grundlegenden Widersprüche des PAC gegenüber dem weißen Regime ist seine weiße, rassistische Vorherrschaft. De Klerk hat angekündigt, daß er ein Referendum aller Weißen durchführen will. Das charakterisiert ihn und seine Partei erneut eindeutig als Anhänger der weißen Überlegenheit, die glauben, unsere Gesellschaft könne nur dann in eine Demokratie umgewandelt werden, wenn die weiße Minderheit dies bestätigt. Seine Andeutung, daß er zurücktreten könnte — ein Vorgang, über den wir vom PAC nicht trauern würden — zeigt erneut, daß De Klerk keine Achtung hat

für die riesige Mehrheit der afrikanischen Menschen in diesem Land, die eine demokratische Herrschaft der Mehrheit wünschen und dafür eintreten. Wir weisen den Plan eines weißen Referendums wegen all seiner Folgen für unsere Menschen zurück. Die Notwendigkeit eines solchen Referendums, während gleichzeitig die CODESA-Konferenz stattfindet, ist ein klares Eingeständnis des Herrn De Klerk, daß CODESA ineffektiv ist. De Klerks Ruf nach einem Referendum bedeutet gleichzeitig eine einseitige Aufhebung von CODESA.

gez. D. Mosoneke, Vizepräsident des PAC

Wirtschaftslage und Spannungen in Serbien

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat am Freitag, den 21. 2., die Entsendung von ca. 14000 Soldaten unter UNO-Kommando nach Jugoslawien beschlossen. Die Stationierung ist bisher auf zwölf Monate festgesetzt. Von vorneherein stand fest, daß weder Italien noch Österreich, noch die BRD und auch nicht Griechenland personell an dieser Truppe beteiligt sind. Hier war den Mitgliedern des Sicherheitsrats die politische Interessenlage der erwähnten Staaten an der Balkanregion wohl deutlich genug, daß sie deren personelle Beteiligung ablehnten. Die Zustimmung zu der Entsendung der Truppen war gerade unter den Serben bis zuletzt umstritten. Babic, der Präsident der Krajina (serbisch besiedeltes Gebiet in Kroatien, in dem u. a. die UNO-Truppen stationiert werden sollen), stimmte erst in den letzten Tagen der Entscheidung zu. Das wohl auch nur deshalb, weil ihn in einem umstrittenen Beschluß das Parlament der Krajina für abgesetzt erklärte. Diese Absetzung bezeichnete er als illegal und rief darüber hinaus zum Sturz des serbischen Präsidenten Milosevic auf. Babic versucht den verbreiteten Unmut in der serbischen Bevölkerung gegen die Sozialistische Partei auszunutzen. Er wird dabei von der Führung der Orthodoxen

Kirche unterstützt, die in den letzten Wochen immer unverblümt eine großserbische Position vertritt. Hauptkritikpunkt an der Regierung ist die miserable wirtschaftliche Lage. Das Belgrader Blatt *Vreme* faßt die Krise folgendermaßen zusammen: „... den Bürgern wurde Wohlstand versprochen, während der Lebensstandard um 50 % sank. Die Inflation ist um das Zehnfache gestiegen, die Devisensparnisse der Bürger wurden geplündert.“ Die Entwicklung wird für die alleinregierende Sozialistische Partei Serbiens nun brenzlich, hat doch die in der Opposition stehende bürgerliche Demokratische Partei allein in Belgrad innerhalb weniger Tage 110000 Stimmen für eine Petition gesammelt, in der der Rücktritt der Regierung gefordert wird. Besonders kritisch wird die Situation am 9. März. An diesem Tag will die rechtsmonarchistische Serbische Erneuerungsbewegung (SPO) des ersten Jahrestages der Belgrader Massendemonstration gedenken. Damals gab es bei einem Einsatz der Armee mehrere Tote und Verletzte. Die serbischen Zeitungen befürchten aufgrund der breiten Bewaffnung der Bevölkerung eine gewalttätige Auseinandersetzung und sprechen vom Ausbruch eines „serbischen Bürgerkrieges“. — (hav)

Schweiz: Nachtarbeit für Frauen bald erlaubt

Der Arbeitgeberverband der Schweizer Maschinenindustrie (ASM) will, zum wiederholten Mal, dem geltenden Nachtarbeitsverbot für Frauen den Gar aus zu machen. Der Kapitalistenverband forderte Mitte Februar die Regierung, den Bundesrat in Bern, auf, das in der Schweiz gültige Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) Nr. 89 bis Ende Februar dieses Jahres zu kündigen. Begründet wurde dieser „dringende Appell“ mit der angeblichen „Sorge um die Arbeitsplätze“ im größten Industrie- und Exportsektor des Alpenlandes. Mit der Kündigung des Nachtarbeitsverbots werde der Weg frei, um in absehbarer Zeit die „längst notwendigen Korrekturen an den arbeitsgesetzlichen Rahmenbedingungen vorzunehmen und mitzuhelfen, die Arbeitsplätze zu sichern“, heißt es in dem von den Maschinenbaukapitalisten veröffentlichten Aufruf an den Bundesrat. Der wahre Grund ist das natürlich nicht, der ist wenige Zeilen danach zu finden: Falls die Schweiz auf die Kündigung verzichte, befürchtet der AMS, nehme sie gegenüber den wichtigsten Konkurrenten der Industrie einen „schwerwiegenden Wettbewerbsnachteil in Kauf“. Das Abkommen kann nur alle zehn Jahre

gekündigt werden. Die Aufhebung dieser noch existierenden Schranke gegen die gesundheitsschädigende Nachtarbeit müsse insbesondere auch „mit Blick auf die europäische Integration“ erfolgen, so die Maschinenbaukapitalisten. Der Berner Bundesrat spurte und kündigte das Abkommen prompt. Damit läuft es in einem Jahr aus. Danach sind dann Gesetzesänderungen möglich.

Es ist kein Zufall, daß der Vorstoß gegen das Nachtarbeitsverbot für Frauen kurze Zeit nach dem Urteil des deutschen Bundesverfassungsgerichts erfolgt, in dem diese das Nachtarbeitsverbot für Arbeiterinnen in der BRD für verfassungswidrig erklärt hatten. Die Kapitalisten wollen angesichts einer Allparteienkoalition für „Europa“ — strittig ist lediglich, ob die EWR-Mitgliedschaft ausreicht oder man gleich in die EG soll — die Gunst der Stunde nutzen, um bestehende Standards über die europäische Klinge springen zu lassen. Stark fühlen sich die Kapitalisten besonders deshalb, weil sie Möglichkeiten der Gegenwehr der Lohnabhängigen für schwach halten: Die Schweiz befindet sich in einer Überproduktionskrise, die Arbeitslosigkeit nimmt seit Monaten rapide zu. Quelle: NZZ, 4. 2., 21. 2. — (jög)

Italien: Lohnstandard wird Wahlkampfthema

In Italien nimmt vor der Parlamentswahl am 5. April die politische Auseinandersetzung um den Lohnstandard zu. Am 15. Februar wurde in Mailand das „Komitee für die Verteidigung der Scala mobile“, des teilweisen automatischen Teuerungsausgleichs, gegründet. Beteiligt waren vor allem Gewerkschafter unterschiedlicher politischer Richtungen und Parlamentsabgeordnete der Demokratischen Partei der Linken (PDS), der Partei für die Kommunistische Neugründung (PdRC) und der Grünen (Verdi). Örtliche Komitees sollen nun Unterschriften für eine Gesetzesinitiative im nächsten Parlament sammeln. Da der Unternehmerverband Confindustria angekündigt hat, die im Mai fälligen Teuerungsausgleichszahlungen nicht mehr auszusahlen, soll der Gesetzentwurf schon bei der konstituierenden Sitzung des Parlaments am 23. April eingebracht werden. Das Gesetz soll die Scala mobile mindestens bis zu dem Zeitpunkt verlängern, zu dem zwischen Confindustria, Gewerkschaften und Regierung eine — in monatelangen Verhandlungen bisher nicht gelungene — neue Vereinbarung über die Scala mobile getroffen

wird. Mit dieser Kampagne haben sich nun — nach der Auflösung der Kommunistischen Partei und der Neugründung von PDS und PdRC — Kräfte dieser und anderer oppositioneller Parteien zu einem gemeinsamen Vorstoß in einer wichtigen sozialen Frage zusammengefunden. Gleichzeitig besteht aber weder in der gewerkschaftlichen noch in der politischen Opposition Einigkeit über das Vorgehen. So verlangt z. B. der Vorsitzende des größten Gewerkschaftsverbands CGIL, Trentin, etwas ganz anderes: als „Schocktherapie“ gegen die Inflation einen halbjährigen Stopp bei Preisen und Löhnen. Eine „Regierung mit Einfluß“ — er meint damit eine Regierungskoalition um die Demokratische Partei der Linken und die Sozialistische Partei — soll die Maßnahme durchsetzen. Und Craxi von der Sozialistischen Partei hat unlängst die „Blockade“ oder „Atempause“ bei Löhnen und Preisen aufgebracht. Aber diese Regierungskoalition wird nicht zustandekommen, und die Lohnabhängigen hätten von der „Schocktherapie“ lediglich den Lohnstopp bei weiter steigenden Preisen. — (rok)

Internationale Umschau



Mit rund 10000 Teilnehmern war die Kundgebung zum „Tag der Armee“ am 23. 2. in Moskau bedeutend kleiner als die Demonstration vierzehn Tage zuvor, die ebenfalls von kommunistischen Kräften organisiert worden war. Die russische Regierung hatte den von den Veranstaltern gewünschten Platz verboten und das Verbot mit Polizeigewalt durchgesetzt. In den Kundgebungsreden wurde die Wiederherstellung der Sowjetunion und der Erhalt einer einheitlichen Armee gefordert. — (alk)

Neue Konterguerillamorde in kurdischen Städten

Die türkischen Mordereinheiten der „Konterguerilla“ setzen ihre Morde in den kurdischen Gebieten ungehindert fort. Am 6. Februar wurde der 50jährige Taxifahrer Necim Yarci durch einen Kugelhagel auf sein Taxi ermordet. Am Abend des 10. Februar wurde der Lebensmittelhändler Metin Elekçi, als er seinen Laden abschließen wollte, von einem Spezialteam mit Knüppeln und Ketten auf den Kopf geschlagen. Als er schon halbtot auf der Straße lag, brachen ihm die Soldaten noch alle Rippen und versuchten, ihn zu ersticken. Elekçi starb. In der gleichen Nacht wurde in der gleichen Stadt der Gymnasiast M. Nuri Ekinci von drei Spezialteamleuten ebenfalls mit Knüppeln und Ketten auf den Kopf geschlagen. Er ist schwer verletzt. Am 15. Februar wurde das in Mardin gelegene Dorf Yardere von Sicherheitskräften überfallen, vier Menschen ermordet und 18 weitere verletzt. Im Dorf Peyamli in Erzurum wurden am gleichen Tag zwei Menschen ermordet und vier Frauen von Sicherheitskräften verletzt. Ein SHP-Abgeordneter, der diese Vorgänge untersuchen wollte, wurde von dem Bezirksgendarmeriekommandanten gehindert, die Gegend zu betreten. In Reaktion auf diesen Terror schließen sich kurdische Jugendliche inzwischen gruppenweise der Volksbefreiungsarmee ARGK an. Allein aus dem Zentrum der Provinz Van und umliegenden Dörfern schlossen sich in der ersten Februarwoche 76 Jugendliche der ARGK an. Quelle: Kurdistan-Rundbrief 5/92 — (rül)

Türkische Manöver in Kurdistan und bei Armenien

Die Türkei hat die Truppen an ihren Ostgrenzen, auch im Nordosten, weiter verstärkt. Nach Angaben des Oberkommandos bereiten die Truppen ihre Wintermanöver vor — und wohl auch die militärische Abwehr der für das Frühjahr erwarteten Angriffe der kurdischen Guerilla und der kurdischen Aufstände aus Anlaß des „Newroz“ am 21. März. Die Truppenkonzentration hat aber auch die Beziehungen der Türkei zur Armenischen Republik weiter verschlechtert. Die Armenische Republik fühlt sich durch die türkischen Truppen direkt bedroht. Man erinnert sich hier der furchtbaren Massaker der türkischen Truppen an Armeniern während und nach dem ersten Weltkrieg. Die Türkei hat inzwischen diplomatische Beziehungen zu Aserbaidschan und anderen Schwarzmeer-Anrainerstaaten aufgenommen, weigert sich aber, diplomatische Beziehungen zu Armenien aufzunehmen, solange in der armenischen Unabhängigkeitserklärung auf den türkischen Massenmord an Armeniern Bezug genommen wird. Der türkische Regierungschef Demirel hat bei seinem Besuch in Washington vor einigen Tagen angekündigt, im Fall einer auswärtigen Intervention im Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidschan um Nagorni Karabach werde die Türkei ihren „muslimischen Brüdern“, d. h. den Aserbaidschanern, auch militärisch „zu Hilfe“ kommen. Quelle: Neue Zürcher Zeitung, 19. 2. — (rül)

Österreich, Awacs, Nato und Neutralität

Der österreichische Außenminister Mock, Mitglied der christdemokratischen ÖVP, hat eine Diskussion über die Neutralität ausgelöst. Er hat den Awacs-Aufklärungsflugzeugen der Nato das Überfliegen Österreichs prinzipiell erlaubt. Das sei ein Ausdruck der „Solidarität im Rahmen einer gemeinsamen europäischen Sicherheitspolitik“, begründete er seine Entscheidung. Nachdem es öffentlich Proteste gab, vor allem auch aus der mitregierenden sozialdemokratischen SPÖ, wiegelte Bundeskanzler Vranitzky (SPÖ) ab und stellte die Entscheidung seines Außenministers als Kompetenzüberschreitung dar: Überfluggenehmigungen würden wie bisher nur erteilt, sofern die Flüge humanitären Zwecken dienten oder zur Erfüllung von UNO-Resolutionen erforderlich seien. Aus der ÖVP kamen dann Stimmen, die die Entscheidung Mocks rechtfertigten: Da sich die Nato nicht im Kriegszustand befinde, sei die Erlaubnis für die Awacs-Flüge rechtlich problemlos. Eine der heutigen Zeit angepaßte österreichische Neutralität bestehe vor allem auch in der Bereitschaft, einen Anteil am Aufbau der europäischen Friedensordnung zu leisten. Der Unterschied zu der vor einem Jahr im Zuge des Golfkrieges erteilten Genehmigung sei außerdem, daß die Flugzeuge ausschließlich für die Überwachung und nicht für Transportzwecke eingesetzt würden. Nun meldete sich auch Haider von der rechtsnationalen FPÖ zu Wort. Die Neutralitätsvorstellungen seien überholt und müßten dem Solidaritätsprinzip untergeordnet werden. Österreich könne nicht den EG-Beitritt anstreben und zugleich an der Neutralität festhalten. Nachdem sich in der öffentlichen Diskussion zeigte, daß die Neutralität in der österreichischen Bevölkerung nach wie vor große Unterstützung hat und ein Widerruf, wie ihn die FPÖ anstrebt, politisch nicht durchzusetzen ist, steckte der Außenminister etwas zurück: Die erteilte Überfluggenehmigung diene nur dem System der kollektiven Sicherheit im Rahmen der UNO. Sobald die Golfkrise bereinigt sei und keine Kontrollmaßnahmen mehr erforderlich wären, sei das Thema nicht mehr aktuell. Allerdings werde sich im europäischen Rahmen das Thema Neutralität gewiß wieder neu stellen. Quelle: NZZ, 15. 2. und 20. 2. — (alk)

Wer betreibt die Teilung der Tschechoslowakei?

Die slowakische Länderkammer des Parlaments hat eine Verfassungsänderung abgelehnt, mit der unter anderem die Beziehungen zwischen den Landesteilen neu geregelt werden sollten. Geschlossen ablehnend stimmte die Slowakische Nationalpartei, die offen für eine Separation eintritt, die slowakische Partei der Demokratischen Linken und die mährischen Nationalisten — letztere Parteien sind vorsichtig, weil nach Meinungsumfragen sich die meisten Slowaken für die CSFR aussprechen. Gefährlich sind jetzt Bestrebungen, die auch in der christdemokratischen Regierungspartei Anhänger haben, in den neu auszuarbeitenden Verfassungsentwurf Bestimmungen aufzunehmen, daß sich die Teilrepubliken um die diplomatische Anerkennung durch andere Staaten bemühen dürfen. NZZ, 22. 2. — (alk)



Aus Anlaß des 19. Jahrestages eines Urteils des Obersten Gerichtshofs, der 1973 die Strafverfolgung bei Abtreibungen eingeschränkt hatte, fanden in mehreren Städten der USA am 22. Januar Protestaktionen gegen die zunehmende Strafverfolgung bei Abtreibungen statt. In Washington, New York und anderen Städten demonstrierten Frauenorganisationen und andere fortschrittliche Gruppen. Im Vorjahr hatten Anti-Abtreibungsgruppen den Jahrestag zu demagogischen Aktionen für das „Recht auf Leben“ genutzt. Bild: Protestaktion gegen die Strafverfolgung von Abtreibungen in Chicago, September 1991. — (rül)

Nach Ausweisung Strafverfahren eingestellt

Göttingen. Wirklich besorgniserregend entwickelt sich der „Antifaschismus“ der niedersächsischen Landesregierung und der Umgang der Justizbehörden mit Faschisten und faschistischen Organisationen. Seine volle Zufriedenheit mit dem Ablauf der „Aktion Polacek“ gibt der Vorsitzende des CDU-Stadtverbandes und Generalsekretär der Niedersachsen-CDU, Hartwig Fischer, bekannt. Das kann er auch rundum sein, denn die Aktion liegt ganz auf der Linie, Faschismus zu dulden und weitere Angriffe gegen fortschrittliche Bestrebungen vorzubereiten.

Die FAP, deren Landesvorsitzender Karl Polacek war, bleibt gänzlich ungeschoren. Kein Wort mehr vom Verbot dieser faschistischen Organisation, kein Wort mehr von der Ächtung faschistischer Ideologie. Nachdem jahrelang die Innenminister und die ihnen unterstellte Polizei sowie die Justizbehörden beide Augen bei faschistischem Terror der FAP zugedrückt haben, nutzen sie jetzt die öffentlichen Skandale um Karl Polacek, um die Ausführungsbestimmungen der Ausländergesetze zu schärfen. Weil er österreichischer Staatsbürger sei, habe Polacek nach 27 Jahren in der BRD sein „Gastrecht“ verwirkt, stellt Innenminister Glogowski fest. Die Faschisten mit ihren eigenen Waffen geschlagen?

Es bedurfte einer schriftlichen Weisung des Innenministers an den Kreis Göttingen, um Polacek ins Auto nach Österreich zu setzen. Der Kreis wollte erst den Entscheid des Oberverwaltungsgerichts über den Widerspruch Polaceks gegen die Ausweisung abwarten — so wie es auch im Interesse aller von Abschiebung bedrohten Flüchtlinge und Ausländer ist. An fünf Fingern kann sich jeder abzählen, daß jetzt die CDU kommt und Gleichbehandlung von rechts und links verlangt, mit der Folge, daß die Abschiebungspraxis weiter verschärft wird. Kaum war Polacek in Österreich, stellten die Justizbehörden auf Antrag der Staatsanwaltschaft die gegen Polacek laufenden Strafverfahren ein. So bleibt der Axtthieb Polaceks gegen Andersdenkende ohne Strafe. Die Justiz entledigt sich eines ihr unangenehmen Verfahrens — sie hätte sonst noch ein auf Dauer wirkendes, gesellschaftlich sanktioniertes Unwerturteil über faschistische Terroraktionen fällen müssen.

Auch wenn manche glauben — von der CDU bis zur taz — jetzt aufatmen zu können, wir behaupten, diese „Aktion Polacek“ beeindruckt die Faschisten nicht, aber der nächste von Abschiebung bedrohte Flüchtling wird die Folgen zu spüren bekommen. — (kek)

„Euer Jesus bleibt weiß!“

Norderstedt. In der Nacht zum Mittwoch, den 19. Februar 1992, verließen die Norderstedter Flüchtlinge zusammen mit ihren Unterstützern die Schalom-Kirche und tauchten in der Illegalität unter.

Sie sind damit der unmittelbaren Konfrontation mit der Polizei aus dem Wege gegangen. Zurückgeblieben ist eine erleichterte, aber auch peinlich beschämte Kirche.

In einem Schreiben des Kirchenvorstandes der Schalom-Kirchengemeinde vom 15.2.92 an die Flüchtlinge und ihre Unterstützer hieß es: „Wir haben Sie bis heute in unserer Kirche geduldet. Ein weiteres Dulden ist für uns nicht mehr möglich; deshalb fordern wir Sie ultimativ auf, bis zum 18.2.92, 9 Uhr, die Schalom-Kirche zu räumen. Das gleiche gilt für die Unterstützer der Flüchtlinge. Wir bieten den Flüchtlingen als letzte Möglichkeit am 17.2.92, ab 12 Uhr, eine Fahrt mit dem Bus nach Mecklenburg oder die angebotene Unterkunft an. Sollten Sie unserer Forderung nicht nachkommen, werden wir gegen Sie Anzeige wegen Hausfriedensbruchs stellen, um damit eine Räumung der Kirche zu erwirken.“

Als Unterkunft bietet die Kirche das kircheneigene Heim in Lichtensee (Stor-
marn) an. Der Aufenthalt wird begrenzt auf die Zeit des Verwaltungsverfahrens. Unterstützer werden in dem Haus nicht geduldet. Dazu wird eine Hausordnung und eine Besucherregelung erstellt. Die Flüchtlinge erhalten pro Person und Tag 8 DM und sollen sich selbst versorgen.

Am 17. Februar 1992 verbreitete noch epd, der Evangelische Pressedienst:

„Am Montag mittag hatten sich die Flüchtlinge und ihre Unterstützer bereit erklärt, in die angebotene Unterkunft im evangelischen Kirchenkreis Stormarn umzuziehen, sofern ein Besuchsrecht für die Unterstützer festgeschrieben und zugleich garantiert werde, daß die Flüchtlinge bis zum Abschluß ihrer Asylverfahren in der Unterkunft verbleiben dürften. Diese Forderungen waren für den Kirchenvorstand der Schalom-Gemeinde „nicht akzeptabel“. Über ein Besuchsrecht ließe sich reden, so ein Sprecher. Doch eine Aufenthaltsgarantie dieser Dauer sei „unmöglich“. Das Haus stehe längstens bis zum 30.6.92 zur Verfügung, hieß es.“

Unter welchen Bedingungen die Flüchtlinge inzwischen in der Kirche leben mußten, verdeutlicht folgendes Ereignis:

Fünf Tage dauerte der Hungerstreik, da ging es einigen Flüchtlingen bereits nicht mehr sehr gut, sie hatten unter anderem Kreislaufbeschwerden. Die Kirchenleitung mit ihrem Propst verhielt sich dazu überhaupt nicht. Wohl aber die

Kirchenleute von Schalom. Sie setzten sich mitten in den Kirchenraum und aßen dort, sichtbar für alle, die sich im Hungerstreik befanden. Auf dieses unmögliche Verhalten angesprochen, äußerten die lieben Christen: Der Hungerstreik der Flüchtlinge gehe sie nichts an, und die Flüchtlinge mußten sich schon damit abfinden, daß sich die Kirchenleute die Orte selber aussuchen, an denen sie essen.

Es war wohl dies feine Einfühlungsvermögen der Kirchenleute, das zur Bemalung des Innenraumes der Kirche führte, wo von nun an geschrieben steht: „Euer Jesus bleibt weiß!“

Die Haltung der Flüchtlinge verdeutlicht am besten ihre Erklärung zu ihrem Hungerstreik, den sie seit dem 8. Februar 1992 durchführten:

„... Der Grund, warum wir noch immer diese Umstände in der Kirche ertragen müssen, ist, daß wir uns weiterhin wehren, nach Ostdeutschland geschickt zu werden, nachdem wir Anfang November in Greifswald von „fremdenfeindlichen Fußballfans“ angegriffen worden sind. ...

Was wir in der Schalom-Kirche erdulden, ist die Strafe für unsere Flucht nach Schleswig-Holstein vor den Gewaltausbrüchen gegen Flüchtlinge. Die Erklärungen verantwortlicher Politiker, die Gewalt sei ein Anzeichen für die Ängste großer Teile der Bevölkerung vor einer Zunahme von Asylsuchenden, ist ein deutliches Zeichen, wie Duldung von Gewalt für ein Verdecken rassistischen Terrors arbeitet. ...

Es ist kein Vergnügen für uns, in einer Kirche zu leben, und auch hier besteht die Gefahr eines rassistischen und faschistischen Angriffs. Aber der Unterschied ist, daß wir dann nicht allein und isoliert sein werden wie im Osten. Ferner ist Isolation eine Methode, die Asylverfahren verschlechtert. ... Ihre letzte Drohung ist eine schnelle Abschiebung nur für diese spezielle Gruppe in der Kirche. Einige von uns, die in die Ex-DDR gehen mußten, konnten aus Deutschland fliehen, andere leben wieder in den westlichen Bundesländern, gefährden ihre Asylverfahren und geben wie tausende anderer Flüchtlinge ihren legalen Status auf.

... Wir können immer noch nicht das Risiko auf uns nehmen, nach Mecklenburg-Vorpommern zu gehen, und wir stellen uns der Drohung beschleunigter Asylverfahren, die bis Ende Februar abgeschlossen sein sollen.

Wir haben keine andere Möglichkeit als einen gemeinsamen und unbegrenzten Hungerstreik. Dies heißt, daß wir Flüchtlinge für unsere natürlichen Menschenrechte nichts mehr einzusetzen haben, außer unsere Körper ... — (hel)

Immerhin kein ganz so schlechter Abschluß

Hamburg. Der Druck des „leeren“ Arbeitsmarktes hat dazu geführt, daß bei den Tarifverhandlungen für Beschäftigte in Rechtsanwaltsbüros in Hamburg Gehaltserhöhungen durchgesetzt werden konnten, die zum Teil knapp unter 10 Prozent liegen. Die Tarifgruppe 1 (kurze Einarbeitung) liegt jetzt bei 2 075 DM, die Tarifgruppe 2 (Angelernte) Endstufe bei 2 490 DM, die TG 3 (RA-Gehilfinnen) beginnt mit 2 615 DM. Die Ausbildungsvergütungen betragen 800, 860, 950 DM. Alle Strukturforderungen der RA-Gehilfinnen wie Streichung der untersten Gehaltsgruppe, Besserbezahlung für Arbeiten unter Belastung (Stichwort: Bildschirmarbeit) konnten allerdings nicht durchgesetzt werden. Im Dezember 1992 laufen der Gehalts- und auch der Manteltarifvertrag aus. — (mek)

Aus für AEG-Olympia in Roffhausen

Wilhelmshaven. Am 18.2. beschloß der AEG-Aufsichtsrat das endgültige Aus für die Beschäftigten des AEG-Olympia-Werkes Roffhausen. Die Pressemitteilung, daß AEG „für rund 1 400 der noch knapp 2 700 Arbeitskräfte (...) Beschäftigungschancen über das Ende dieses Jahres hinaus“ (*Frankfurter Rundschau*, 19.2.1992) sieht, ist beschönigend. Insgesamt 500 Arbeitsplätze sollen in Roffhausen erhalten bleiben, weitere 900 Arbeitsplätze sollen „bevorzugt“ Roffhausener Beschäftigten in anderen Daimler-Benz- und Zulieferbetrieben angeboten werden, davon 400 in den Werken der Deutschen Airbus GmbH in Bremen, Varel und Nordenham-Einswarden. Wegen „erheblicher

Kostenvorteile“ wird die Produktion elektronischer Schreibmaschinen in Mexiko fortgesetzt. Der Betriebsratsvorsitzende Holger Ansmann kritisierte die Ergebnisse der Aufsichtsratsitzung als „absolut untragbar“. Er kündigte weitere Kampfmaßnahmen an. — (jot)

Schlechterer Unterricht für ausländische Schüler

Karlsruhe. Ausländische Arbeiterkinder haben in der Förderschule einen Anteil von mehr als 30 Prozent, in der Sonderschule von mehr als 25 und in den Grund- und Hauptschulen von mehr als 16 Prozent der Schüler. Unter den lernbehinderten Kindern in Förderklassen der Grund- und Hauptschulen, in Sonderschulen und Förderschulen sind mehr als doppelt soviele ausländische Kinder — bezogen auf ihren Anteil an der Schülerzahl — als deutsche Schulkinder. Durch Streichung von Mitteln für den schulischen Ergänzungsbereich stehen dieses Jahr statt 1 000 Stunden nur noch 350 für den Förderunterricht zur Verfügung, ergab eine Anfrage des Ausländerbeirats an das Staatliche Schulamt. — (map)

Protest gegen Soltau-Lüneburg-Abkommen

Schneverdingen. Rund 1 000 Teilnehmer zählte die von der Schneverdinger und der Amelinghauser Bürgerinitiative veranstaltete Protestversammlung gegen das Soltau-Lüneburg-Abkommen am 16.1. in Schneverdingen. Die Veranstaltung stand unter den Forderungen „Übungsstopp sofort — Natur statt Panzer! Verbindliche Aufhebung des Soltau-Lüneburg-Abkommens! Finanzielle Sicherstellung der erforderlichen Maßnahmen zur Sanierung und Renaturierung der zerstörten Flächen!“ Haupt-

redner war der niedersächsische Ministerpräsident Schröder. Er unterstützte vorbehaltlos die Forderungen der Initiativen und betroffenen Kommunen und verlangte einen sofortigen Übungsstopp und die endgültige, völkerrechtlich verbindliche Aufhebung des Soltau-Lüneburg-Abkommens. Während er sich auch ausdrücklich gegen die militärischen Tiefflüge in dieser Region wandte, fand die Belastung durch die Bundeswehr- und NATO-Truppenübungsplätze nur in einem Nebensatz kritische Erwähnung. Schröder bemängelte, daß die Bundesregierung die Entschädigungszahlungen für die Region aufgrund der besonderen Manöverbelastungen für 1991 ausgesetzt und für 1992 ganz aus der Haushaltsplanung genommen habe. Er forderte Bundesmittel, u.a. um die Überprüfung der Verseuchungen und deren Sanierung nach Abzug der britischen Truppen finanzieren zu können. Für die Landesregierung kündigte er „Engagement“ bei der Gewinnung von Investoren an. — (sts)

Linde und Jungheinrich wollen Kooperation

Norderstedt. Nach der letzten Aufsichtsratsitzung wurde bekannt, daß die Jungheinrich AG mit ihrem größten Konkurrenten, der Linde AG, einen Kooperationsvertrag eingegangen will. Um der befürchteten japanischen Konkurrenz begegnen zu können, ist geplant, ein gemeinsames Werk zur Fertigung von Elektromotoren für Gabelstapler zu errichten. Größere Stückzahlen als bisher sollen ein japanisches Preisniveau, das bis zu 30 Prozent unter dem europäischen Preisniveau liegt, ermöglichen. Entlassungen von ca. 120 Leuten bei Jungheinrich und vielleicht 200 bei Still stehen an. — (hel)



Bonn: Gegen Neonazis

Bonn. Mit einer angemeldeten Demonstration am 8. Februar versuchten etwa 100 Neonazis — wie schon so oft — demokratische Organisationsformen für ihre braunen Inhalte zu funktionalisieren. Diesmal wollte sich allerdings niemand mit einer Tolerierung oder Verharmlosung der militanten Rechten abfinden. Über 1 000 Menschen waren gegen die Aktion der FAP auf der Straße und machten diese „politische Straßenoffensive“ der FAP zu einem Debakel. Bild: Friedhelm Busse und Norbert Weidner bei der FAP-Aktion. — (u.b.)

OB Rommel schwört Amtsleiter auf Sparkurs in der Stadtverwaltung ein

Stuttgart. Die baden-württembergische Landesregierung, vertreten durch das Regierungspräsidium, will den Stuttgarter Haushalt nur dann genehmigen, wenn die vorgesehene Kreditaufnahme von 529 um 50 Millionen Mark gekürzt wird. OB Rommel nahm dies zum Anlaß, um gemeinsam mit der CDU-Gemeinderatsfraktion einen rigiden Sparkurs in den Stuttgarter Ämtern durchzusetzen. Gefragt sind Einsparungen bei Personal und „freiwilligen Leistungen“. Es soll „abgespeckt und privatisiert werden“, so die CDU-Gemeinderatsfraktion. Warum gerade dort gespart werden soll, erläuterte OB Rommel in einer Rede an die Amtsleiter, die für das Sparprogramm gewonnen werden sollen bzw. denen gedroht wurde, bei der nächsten Versetzung „ausgespart“ zu werden, wenn sie nicht spüren.

Hauptursache der Finanznot seien die finanziellen Belastungen zur Finanzierung des Aufschwungs in den neuen Bundesländern bzw. des Länderfinanzausgleichs, was für Baden-Württemberg ab 1995 eine Abgabe von 8 Mrd. DM bedeuten wird. Daher rührt wohl das Interesse des Regierungspräsidiums an der Haushaltspolitik der Landeshauptstadt.

Das Argument, daß der mittlere Neckarraum als Industriestandort attraktiv bleiben soll, muß herhalten, um gegen die Lohnforderung im öffentlichen Dienst und in der Industrie zu polemisieren. Andererseits wird gemahnt,

die Kapitalisten nicht noch mehr zu verschrecken, indem man ihnen mehr Steuern aufbürdet. Das soll sich gegen Forderungen zur Erhöhung der Gewerbesteuer richten. Außerdem müßten Nahverkehr und Infrastruktur verbessert bzw. neue Wohn- und Gewerbegebiete erschlossen werden. Also bleibt nach Rommel die Straffung der Verwaltung und die Einschränkung „freiwilliger“ Leistungen zum Sparen übrig. Kein Wort zu den geplanten Imagepflegeprojekten wie IGA oder Leichtathletik-WM. Die sind wohl unabdingbar, um als Industriestandort attraktiv zu sein. Nach Meinung Rommels könnte auch mehr in der Verwaltung gespart werden, wenn der Gemeinderat sich nicht mit jedem Antrag beschäftigen müsse, sondern sich auf Wesentliches konzentriert. Gemeint sind Anträge, die die Interessen des einfachen Bürgers widerspiegeln. Das ist ihm alles noch zu demokratisch, er wünscht sich mehr Entscheidungsbezug für die Verwaltung bzw. Unabhängigkeit vom Gemeinderat.

Nachdem Anfang Februar die CDU-Gemeinderatsfraktion mit einem konkreten Sparpaket über die Presse an die Öffentlichkeit trat, sind nun auch Proteste aus Gewerkschaft, SPD und Grünen laut geworden. Die ÖTV-Kreisverwaltung kritisierte vor allem die Art und Weise des Vorgehens und will ein eigenes Gutachten über sinnvolle Einsparungen und Strukturänderungen in der

Stadtverwaltung in Auftrag geben. Die SPD reagierte in ähnlicher Weise. Die Gemeinderatsfraktion der Grünen ist auch mit der Art und Weise, wie gespart werden soll, nicht einverstanden. Bisher sind noch keine Stimmen zu hören gewesen, die sich entschieden dagegen verwehren, daß schlechtere Dienstleistung, höhere Gebühren für die Bürger und schwierigere Arbeitsbedingungen für die städtischen Beschäftigten durch eine Verstärkung des Personalmangels bewußt in Kauf genommen werden sollen. Das kann man auch daran sehen, daß Bürgermeister Lang, der für das städtische Personal zuständig ist, glaubt, mit mehr Wohnungen und Weiterbildung den Personalmangel im sozialen Bereich beheben zu können. Wahrscheinlich sind z.B. im Kindertagesstättenbereich noch zu viele Gruppen mit zwei Erzieherinnen besetzt, und aus Solidarität mit den Bürgern der neuen Bundesländer kann man auf gute Qualität in der Kinderbetreuung verzichten. Die ÖTV-Kreisverwaltung, die das als „nicht beachtet“ kritisierte, unterstellt unbeachtetes Handeln aus der Not heraus.

Es wäre sinnvoll, sich darüber zu streiten, wo das Geld sonst herkommen soll, beispielsweise dahingehend zu wirken, daß Landes- und Bundesregierung den Kommunen mehr Steuergelder zur Finanzierung ihrer Aufgaben überlassen, anstatt immer mehr Abgaben zu verlangen. — (mok)



Oldenburg. Acht zusätzliche freie Tage im Fahrdienst, Verbesserungen bei den Zeitzuschlägen für Feiertagsdienst, Fortschritte bei der stufenweisen Angleichung der Handwerkerlöhne und für eine Neueingruppierung von Angestellten — das ist das Verhandlungsergebnis zwischen der Oldenburger VWG und der ÖTV, nachdem die VWG-Beschäftigten am 21.2.1992 ihre Forderungen mit einem zweistündigen Warnstreik bekräftigt hatten (Bild). — (kar, AGK)

Wirtschaftsförderung auf besondere Art

Stuttgart. Wirtschaftsminister Schauffler war schon im Kabinett Späth tätig, er soll dabei die dort übliche Art der engen Verbindung zu Wirtschaftskreisen allerdings weit über das Maß bürgerlicher Anständigkeit gepflegt haben. Der Minister hatte Anfang der 80er Jahre anwaltliche Beziehungen zu einem Betreiber illegaler Spielcasinos, dessen Tun gedeckt wurde durch Beamte aus dem Landeskriminalamt; vor dem Späth-Untersuchungsausschuß behauptete Schauffler, später keine Kontakte mehr gehabt zu haben. Nun hat sich bei den Grünen ein Zeuge gemeldet, der ihn auch nach Beendigung der polizeilich gedeckten Spielcasino-Tätigkeiten mit dem Betreiber gesehen haben will: Es soll dabei um behördliche Genehmigungen für Prostitutionsbetriebe gegangen sein. Die CDU giftet, die Grünen hätten einen fragwürdigen Zeugen für den Wahlkampf aufgetrieben; verdeckte Zeugen aus dem LKA sagen zugunsten Schaufflers aus. Die CDU ist nervös, verliert doch das katholische Saubermanngehebe des Ministerpräsidenten Teufel an Glaubwürdigkeit. — (alk)

Zwangsarbeiter: Protest gegen „eiskalte Absage“

Stuttgart. In einer Presseerklärung protestiert die Interessengemeinschaft ehemaliger Zwangsarbeiter unter dem NS-Regime gegen die Verweigerung von Entschädigungszahlungen, nachdem den Stuttgarter Nachrichten zu entnehmen war, daß die Bundesregierung und die Konzerne bestehende Ansprüche für verjährt erklären. Zudem sei die formal-

rechtliche Argumentation der Bundesregierung und der Wirtschaft irreführend, da die Ansprüche der ZwangsarbeiterInnen aus den Oststaaten durch das Londoner Schuldenabkommen von 1953 storniert wurden und deshalb bis vor kurzem überhaupt nicht geltend gemacht werden konnten. Quelle: Presseerklärung der Interessengemeinschaft vom 3.2.92 — (evc)

Lüneburg: Protest gegen OVG-Urteil

Lüneburg. Vertreter des Lüneburger Friedensbündnisses, der VVN/BdA und des AstA der Universität übergaben am 11. Februar ein Protestschreiben an den Präsidenten des Obergerichts. Darin wird das jüngste Urteil des OVG Lüneburg angegriffen, das eine Gruppenverfolgung der Kurden leugnet und ihnen damit das Asylrecht verwehrt. Zum Urteil selbst möchte sich OVG-Präsident Schinkel in dem zweistündigen Gespräch nicht äußern — die schriftliche Urteilsbegründung stünde noch aus. Aber er verteidigte das Urteil auch nicht ausdrücklich, sondern verwies, was die Gruppenverfolgung angeht, auf die ausnahmslos ablehnende Rechtsprechung von Bundesverwaltungs- und Bundesverfassungsgericht. Dort wollten sie sich nicht erneut eine Abfuhr holen, solange sie keine neuen Argumente in der Hand hätten. Schinkel bezog sich dabei auf ein früheres Urteil des OVG Lüneburg, das im Falle der Jeziden eine Gruppenverfolgung anerkannt hatte, was dann von den höheren Instanzen nicht bestätigt wurde. Die positive Beachtung der Protestaktion und die Berichterstattung darüber weisen darauf hin, daß die Kritik an der Verfolgung der Kurden durchaus bis in liberale Kreise hineinwirkt. — (ulb)

Flughafen München II: Abfertigung von 14 Millionen Passagieren jährlich

München. Seit Ende der Fünfziger Jahre existiert die Planung des Flughafens München II, um den bisherigen Flughafen München-Riem zu entlasten. Seit August 1969 steht als Standort das Erdinger Moos fest. Der Genehmigungsbescheid vom 8.1.1979 führte zu großangelegten Aktionen von Bürgerinitiativen. Nach Aufhebung des Baustopps am 8.5.1985 begann die Fertigstellung des Flughafens, dessen voraussichtliche Inbetriebnahme am 17.5.1992 erfolgt. Die Kosten für das Projekt werden heute auf 10 Mrd. DM geschätzt. Das für den öffentlichen Nahverkehr dringend benötigte Geld wanderte laut Landesentwicklungsprogramm der bayerischen Staatsregierung in dieses Bauwerk. Nach allen bisherigen Erfahrungen wird dieser sogenannte Weltflughafen und die sich anschließenden weiteren Planungen krasse Auswirkungen auf die Lebensbedingungen und Lebenshaltungskosten der in dieser Region angesiedelten Menschen haben. Trotz zunehmendem Lärm und steigender Luftverschmutzung werden die Mieten explodieren, weil durch die geplanten flughafen-nahen Gewerbesiedlungen die Bodenpreise anziehen werden.

Die trotzdem vorhandene Akzeptanz dieses Großflughafens wird nicht nur durch wirtschaftliche Interessen erzeugt, sondern der Tourismus spielt dabei eine massenwirksame Rolle. Die Deutsche Lufthansa wirbt z.B. für „neue günstige Sondertarife in die USA“. Oder die „SunExpress“ — eine gemeinsame Tochter von Lufthansa und Turkish Airlines — erwartet mehr als

eine Million Urlauber aus Deutschland.

Dies alles macht die Durchsetzung von Forderungen, wie sie z.B. im Landtagswahlprogramm der Grünen gefordert werden — Versteuerung des Kerosins, mindestens 2 DM pro Liter; Einstellung aller Kurzstreckenflüge unter 600 km Distanz, drastische Erhöhung der Gebühren, Nachtflugverbot, Baustop für alle Ausbaumaßnahmen von Flughäfen ... — so schwierig. Wenn Kurzstreckenflüge verboten werden, dann noch am ehesten mit dem Hintergrundgedanken, den Luftraum für eine Ausweitung der lukrativen Interkontinentalflüge frei zu machen.

Der Widerstand der Bürgerinitiativen wird durch verschiedene Beweggründe genährt. Die Lärmbelastung spielt dabei eine wichtige Rolle. Rund 100.000 Bürger sind vom Fluglärm in diesem Gebiet betroffen. Zwar beschloß der Bayerische Landtag 1981 eine Nachtflugregelung für 22 Uhr bis 6 Uhr früh auf maximal 38 Nachtflüge, ließ aber schließlich nach Zurückgehen auf 28 Flüge die Möglichkeit für zusätzliche Flüge wie Postflüge bestehen. Letztinstanzlich wurde schließlich vom Bundesverwaltungsgericht Berlin bestätigt, daß „ein völliges Nachtflugverbot ... mit der Widmung des Vorhabens ... eines internationalen Großflughafens nicht zu vereinbaren“ sei. Ganz offensichtlich wurde der Charakter des neuen Flughafens uminterpretiert, vom „Ersatzflughafen für Riem“ zum „Internationalen Großflughafen“. 1991 entschied sich die Regierung von Oberbayern zu ihrem „Ergänzungsbeschuß“,

wonach zwischen 22 Uhr und 6 Uhr früh maximal 38 Flüge erlaubt sind, zusätzlich weiterer technischer Flüge. In Hinblick darauf, daß der Freistaat Bayern mit 51 % Großbeigier an der Flughafen München GmbH (FMG) ist, dürfte klar sein, wer für die jetzige Lage verantwortlich ist.

Ein weiterer Punkt sind die klimatischen Bedingungen im Erdinger Moos, die das Starten und Landen von Flugzeugen erheblich stören. Es handelt sich beim Erdinger Moos um ein bekanntes Nebelgebiet. In einer Ergänzung zum Gutachten des Deutschen Wetterdienstes vom 10.2.1971 heißt es, daß „bereits bei Abfassung des Vorgutachtens feststand, daß das Erdinger Moos im Vergleich zur Umgebung nebelreich ist und daher ein relativ ungünstiges Flugklima hat“. Diese Gutachten basieren auf zweijährigen Untersuchungen im Schwaigermoos. Im Detail ist zu sagen, daß an 115 Tagen im Jahr 622 Nebelstunden mit geringer Sichtweite auftreten. Das ergibt somit eine Steigerung von München-Riem um 227 %. Daß die erwähnte Grundwasserabsenkung zur Vermeidung von Nebelbildung führt, wird von einem Experten für Fragen der Geländeklimatologie ausgeschlossen. Somit wird das Leben von Menschen hier leichtfertig aufs Spiel gesetzt, da anscheinend nichts gegen plötzlich auftretenden Nebel unternommen werden kann. Ohne das Engagement der Bürgerinitiativen wäre dieser Flughafen sicher noch größer, teurer und etliche Jahre früher gebaut worden. — (dil,joe)



Foto: R. Lehmann

Tarifkampf Banken: Verhandlungen beendet

Hamburg. Am 19.2. erklärte die Große Tarifkommission der Gewerkschaft HBV die Verhandlungen nach einer anderthalbstündigen Farce, die ursprünglich als Verhandlungstermin vorgesehen war, einstimmig für gescheitert. Die DAG-Kommission faßte einen entsprechenden Beschluß. Danach wurden nach etlichen erfolgreichen Urabstimmungen, in denen 85 bis 95 % für Streikmaßnahmen gestimmt haben, der Startschuß für mehrere ein- bis mehrtägige Streiks in westdeutschen Banken gegeben.

Die Arbeitgeber hatten die Verhandlungskommissionen zum 19.2. eingeladen. Dort unterbreiteten sie kein neues Angebot, sondern teilten mit, daß sie einseitige Zahlungen in der angebotenen Höhe von 5 % rückwirkend leisten werden. Sie beharrten auf ihren alten Standpunkt, daß mit den „hohen“ Abschlüssen des vergangenen Jahres — einschließlich Stahlbranche — endgültig gebrochen werden müsse, um die wirtschaftliche Situation nicht zu gefährden.

Der Hauptgeschäftsführer des Arbeitgeberverbandes des privaten Bankgewerbes, Klaus Dutt, hatte bereits im Handelsblatt vom 10.2. darauf verwiesen, daß angeblich die Personalkosten die Banken so sehr drückten, und bei „überzogenen“ Tarifabschlüssen mit Personalabbau gedroht. Im gleichen Atemzug jedoch hatte er sich mit der Begründung gegen weitere Arbeitszeitverkürzung ausgesprochen, daß die Perso-

naldecke der Banken zu dünn sei und die Arbeitslosenquote nur 1,5 % in dem Bereich betrage. Die wirkliche Erklärung gab er selber: Viel lieber wollen die Banken mit ihren Riesenüberschüssen ihre Eigenkapitaldecke erhöhen, um sich gegenüber den europäischen Konkurrenten in der EG besser behaupten und ihren Expansionskurs ausbauen zu können.

Auch im Vorwege zur vorerst letzten Verhandlung hatte der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Banken, Eberhard Martini, Unterstützung geleistet und in einer Presseerklärung die Gewerkschaften verhöhnt, daß der niedrige Organisationsgrad es gar nicht ermögliche, wirksame Streiks durchzuführen.

Die Mitgliederzahl der HBV wächst, die Angestellten diskutieren in der Arbeitszeit und die Warnstreiks werden ausgedehnt — nicht nur in den Zentralen Frankfurt, Berlin und Hamburg, sondern z.B. auch in Dortmund, Oberhausen, Kiel, Wuppertal, Wiesbaden, Traunstein, Saarlouis, Ludwigsburg, Mainz, Regensburg, Nürnberg, Hannover, Münster, Gescher und Borken. In den Großbanken und in allen Bausparkassen sind Urabstimmungen durchgeführt worden; ab dem 24.2. finden Schwerpunktstreiks an empfindlichen Stellen statt. Am Montag streikten in der Zentrale der Commerzbank die technischen Bereiche und legten entscheidende Arbeitsbereiche lahm. — (mod)

Abtrennung des Postdienstes erhöht den Arbeitsdruck

Hamburg. Die Aufteilung der Post in die drei Unternehmen Telekom, Postbank und Postdienst (Brief- und Paketdienst) ist Ausdruck der strategischen Interessen der imperialistischen Konzerne. Am Beispiel des Paketpostamts 2 in Hamburg soll dargestellt werden, welches die Folgen für die sozialen Interessen der Beschäftigten und der Leute sind, die zwar auf die Dienstleistungen der Post angewiesen sind, aber wenig oder gar kein Geld haben.

Das Postamt 2 ist das zentrale Paketverteilzentrum für Norddeutschland. Von den ca. 2.200 Beschäftigten sind ca. 48 % Beamte (sie unterliegen dem Beamtenrecht und haben kein Streikrecht) und ca. 52 % nach Tarif bezahlte Arbeiter. Von den ca. 52 % Arbeitern wiederum sind ca. 40 % Teilzeitarbeitnehmer.

Könnte die Post bisher Defizite, die im Brief- und Paketdienst entstanden, mit Gewinnen aus dem Telefonbereich kompensieren, ist dies heute nicht mehr möglich, weil Brief- und Paketdienst ja jetzt ein eigenständiges Unternehmen sind, das „rote Zahlen“ schreibt.

Dementsprechend nimmt der Rationalisierungsdruck immens zu. Durch Personalabbau und Erhöhung der Produktivität mittels Einsatz modernster Maschinenteknik steigen die Arbeitsetze und der Druck auf die Beschäftigten.

Das Unternehmen Postdienst soll nach dem Willen der Konzerne „kundenorientiert“ arbeiten: Da die Postschalter

um 18 Uhr geschlossen werden, fällt die meiste Arbeit in die Zeit Nachmittag bis früher Morgen. Im „Kundeninteresse“ wird daher im Postamt 2 die Arbeitszeit zunehmend in den Nachmittag und in die Nacht verlagert. (Das jetzt aufgehobene Nachtarbeitsverbot für Frauen gab es bei der Post nicht.) Ein großer Teil der Teilzeitarbeitnehmer muß jetzt also am späten Abend oder in der Nacht arbeiten. In einer 5-Stunden-Schicht müssen pro Arbeiter/in 15-20 Tonnen Gewicht bewegt werden. Die Vorgesetzten kontrollieren, wer wie oft zur Toilette geht oder Pause macht, um bei der Schinderei etwas Erholung zu suchen. Wer da „auffällt“, wird zu einem „Gespräch“ geladen. Wer im Jahr mehr als fünf Kurzerkrankungen hat oder mehr als sechs Wochen im Jahr krank ist, dem werden von der Dienstaufsicht arbeitsrechtliche Schritte angedroht. Kranksein ist schließlich nicht kundenorientiert. Das Maximalgewicht eines Pakets wurde als „Feldversuch“, um neue Kunden zu gewinnen, im Postamt 2 von 20 kg auf 31,5 kg erhöht. Bei diesen Belastungen sind Gelenkschäden und Rückenschmerzen geradezu vorprogrammiert. In der Ladehalle und auf dem Bahnsteig des Postamts 2 sind die Beschäftigten jeglichen Witterungsbedingungen ausgesetzt, in der Packkammer und in einigen anderen Bereichen ist die Luft immer stickig und sauerstoffarm — Kreislaufschwierigkeiten sind die Folge. Die

Stundenlöhne für diese Schwerarbeit liegen zwischen 15,07 DM und 17,20 DM, die Monatslöhne für Vollzeitbeschäftigte zwischen 2.700 DM und 3.400 DM brutto. Davon kann in Hamburg keine Familie leben.

Der Krankenstand ist sehr hoch, die Fluktuation erreicht bei den Teilzeitarbeitnehmer nahezu 100 %. So sehen die Segnungen der Postreform für die Beschäftigten des Postamts 2 aus, von der „Kundenorientierung“ profitieren vornehmlich Konzerne wie Otto (... find' ich sch...), Baader, Schneider, Oppermann etc. Da „unrentable“ kleine Postämter, vorzugsweise auf dem Land, geschlossen werden, wenn sie nicht genügend Umsatz bringen, gucken deren „Kunden“ in die Röhre. Bisher konnten die Menschen, die zwar ein Telefon, aber kein Girokonto besitzen (deren Zahl wird auf drei Millionen geschätzt), ihre Telefonrechnung beim Postamt bezahlen. Dies geht jetzt nur noch in den ca. 25 regionalen „Postservicezentren“, da Bareinzahlungen in den kleinen unrentablen Postämtern für das Unternehmen Postbank zu teuer sind. Diese Menschen sind offensichtlich nicht gemeint, wenn die Bundesregierung die Post „kundenorientierter“ gestalten will. Der Vorstand des Quelle-Konzerns teilte auf der jüngsten Bilanzpressekonferenz mit, er lasse gerade prüfen, inwieweit ein eigener Paketversand billiger kommen werde als die Post. — (ano)

Gegenwärtig werden gravierende Einschnitte in das asylrechtliche Verwaltungs- und Gerichtsverfahren geplant. Zur Rechtfertigung dieser Pläne wird mit einer angeblich hohen Zahl von „Scheinasylanten“, mit einem sog. Asylproblem argumentiert.

Genau besehen gibt es in Deutschland jedoch kein Asylproblem. Im Jahr 1991 wurden in Deutschland 256.000 Asylanträge gestellt. Weltweit gibt es jedoch Flüchtlingsbewegungen ganz anderer Dimensionen. So lebten etwa in Malawi 1991 940.000 Flüchtlinge. Oder: In Somalia lebten vor vier Jahren 146 Flüchtlinge pro tausend Einwohner. In der BRD waren es demgegenüber nur 2,5 Flüchtlinge auf 1000 Einwohner. Nur ein verschwindend geringer Teil aller Migranten gelangt überhaupt nach Deutschland. Im Regelfall wandern nämlich Flüchtlinge aus einem armen Land in ein anderes armes Land.

Reichen Ländern wie der Bundesrepublik Deutschland steht es angesichts dessen schlecht an, ein angebliches Asylproblem derart wie zur Zeit in den Vordergrund zu stellen, nur weil es in einigen Sektoren der Politik Probleme gibt, die durch Umstände verursacht sind, die mit Ausländern und Asylbewerbern wenig oder nichts zu tun haben:

So gibt es etwa Probleme auf dem Wohnungsmarkt. Heute sind in Deutschland etwa 600.000 Menschen obdachlos. Nur zu einem äußerst geringen Teil hängen diese Probleme jedoch damit zusammen, daß Flüchtlinge — die ja in großem Umfang in Sammelunterkünften auf engstem Raum untergebracht sind — als Konkurrenten auf dem Wohnungsmarkt auftreten.

Es gibt Probleme auf dem Arbeitsmarkt. Aber auch diese haben mit Ausländern nur am Rande zu tun, drängt doch gerade in zahlreichen Bereichen die Wirtschaft auf den Zuzug ausländischer Arbeitskräfte, weil keine deutschen Arbeitskräfte zur Verfügung stehen.

Schließlich haben Kommunen Probleme mit ihren Finanzen. Diese resultieren jedoch in erster Linie daraus, daß die Gemeinden die Lasten hausgemachter Armut tragen: Im Jahr 1988 bezogen etwa 3,4 Millionen Menschen Sozialhilfe. Auch die Folgen ungelöster sozialpolitischer Fragen wie v.a. der Pflegeversicherung müssen die Gemeinden ausgleichen. Auch hieran sind die Asylbewerber nicht schuld.

Das sogenannte „Asylproblem“ ist von politischen Kräften erfunden worden, die der Verantwortung für Probleme im eigenen Land oder für von uns selbst in anderen Ländern mitverursachte Probleme ausweichen wollen. Es ist unehrlich und unmenschlich, gerade den Schwachen in der Gesellschaft den schwarzen Peter für die angedeuteten Probleme dadurch zuzuschreiben, daß man sie pauschal des „Mißbrauchs“ des Asylrechts verdächtigt.

Trotz der äußerst restriktiven Vorgaben der Rechtsprechung erreichen nochmals so viele Asylbewerber die gerichtliche Anerkennung (ca. 8%) wie die vor dem Bundesamt (derzeit ca. 7%, insgesamt also ca. 15%). Wenn man sich schließlich vor Augen hält, daß auch von den abgelehnten Bewerbern mehr als ein Drittel ein Bleiberecht erhält und fast ein weiteres Fünftel aus humanitären Gründen geduldet wird, so daß insgesamt weit mehr als die Hälfte aller Asylbewerber letztlich legal bleiben kann, bleibt von einem „Mißbrauch des Asylrechts“ durch die Betroffenen nichts übrig, drängt sich vielmehr der Schluß auf, daß es die staatlichen Stellen sind, die mit dem Asylrecht Mißbrauch treiben, indem sie es ohne Not verkomplizieren und auf dem Rücken der Flüchtlinge symbolische Politik betreiben.

Die anwaltliche Erfahrung mit ausländischer- und asylrechtlichen Mandaten bestätigt diese These.

II. Zu den Absurditäten des geltenden Asylrechts

Die Gesetzgebung, die obergerichtliche Rechtsprechung und die Praktiker im Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge haben sich in den vergangenen Jahren erfindungsreich darum bemüht, das Asylrecht einzuschränken und das Asylverfahren zu beschleunigen. Viele dieser Erfindungen wirken sich jedoch schon im Sinne ihrer Erfinder kontraproduktiv aus.

So hat etwa der Gesetzgeber als Beschleunigungsinstrument die Abweisung von Asylanträgen als unbeachtlich eingeführt. Vorläufiger Rechtsschutz muß in solchen Fällen binnen einer Woche beantragt werden. Per Saldo tritt

Freiburger Anwaltserklärung zur Asylpolitik

eine Beschleunigung allenfalls dann ein, wenn sich die Spekulation des Gesetzgebers bewahrheitet, daß Rechtsmittel nicht wahrgenommen werden. Geschieht dies doch, wehrt sich also etwa ein Asylbewerber gegen die Entscheidung der zunächst zuständigen Ausländerbehörde, müssen Eilverfahren vor dem Verwaltungsgericht durchgeführt werden, die im — häufigen — Erfolgsfall dazu führen, daß nunmehr — nach Ablauf einer Zeitspanne von bis zu einem Jahr — das Anerkennungsverfahren vor dem Bundesamt anläuft. Nach dessen negativem Ergebnis folgt das Klageverfahren, ggf. verbunden mit Anträgen auf einstweiligen Rechtsschutz.

Es gilt mithin: Beschleunigung vervielfacht die Verfahren, und: Beschleunigung verzögert.

Im materiellen Asylrecht hat die Rechtsprechung eine Reihe von Rechtsfiguren geschaffen, die sich durch zweierlei auszeichnen: Sie grenzen Fälle aus, die dem unbefangenen Empfinden nach jedenfalls als gravierende Verfolgung angesehen würden und versehen die ausgegrenzten Fälle mit dem Stigma des Mißbrauchs. Zum andern komplizieren und verzögern diese Figuren das Asylverfahren, da sich über die häufig diffizilen Voraussetzungen, Ausnahmen und Gegenmaßnahmen trefflich streiten läßt. Besonders streitsüchtig ist der Bundes-

hat, äußert sich unter Umständen zuerst bei seiner Einreise gegenüber Grenzbeamten. Einige Zeit später wird er von der Ausländerbehörde angehört. Monate später erklärt er sich gegenüber dem Bundesamt in Zirndorf. Unter Umständen Jahre später bringt er sein Anliegen vor Gericht vor.

Gleichwohl: Die Glaubwürdigkeit des Antragstellers wird „in der Praxis vor allem daran gemessen, ob sich der Asylbewerber in Widersprüche verwickelt. Nachteilig wird regelmäßig auch ein gesteigertes Vorbringen gewertet. Beides ist jedoch im Hinblick auf die Begründetheit der Verfolgungsfurcht von begrenzter Aussagekraft. Fehlerquellen können beim Anwalt, bei der Übersetzung durch den Dolmetscher oder in der Fragetechnik der Behörde liegen. Die lange Verfahrensdauer kann Erinnerungslücken erzeugen. Stützt sich der Asylbewerber hingegen auf schriftliche Notizen oder stereotype Sätze, drängt sich der Verdacht eines präparierten Flüchtlingsschicksals auf. Gesteigertes Vorbringen kann durch psychischen Druck, Verdrängungsmechanismen, Mißtrauen gegenüber Behörden aufgrund schlechter Erfahrungen im Herkunftsland, Verständigungsschwierigkeiten durch unterschiedliche Begriffsinhalte, unter Umständen durch das Bedürfnis, Angehörige im Heimatland zu

sind jedoch politisch geglättet und bagatellisieren Menschenrechtsverletzungen in den Herkunftsländern. So wurde auch schon mehrfach gerichtlich festgestellt, daß das Auswärtige Amt und die deutschen Botschaften und Konsulate aus diplomatischer Rücksichtnahme zu einer Verharmlosung der Situation im Heimatstaat tendieren.

Gleichwohl ist leider in der alltäglichen Praxis eine skeptische Haltung diesen Lageberichten gegenüber nicht verbreitet. Im Gegenteil: Unter Hinweis auf die Berichte des Auswärtigen Amtes wird häufig über anderslautende Gutachten anerkannter Organisationen wie Medico International oder amnesty international hinweggegangen (...).

5. Gruppenverfolgung

Das Asylgrundrecht ist ein Individualgrundrecht. In der Regel kann es nur der in Anspruch nehmen, der in eigener Person politische Verfolgung erlitten hat oder zu erleiden droht. Sieht aber der Verfolgerstaat von individuellen Momenten gänzlich ab, weil seine Verfolgung der durch das asylrechtliche Merkmal gekennzeichneten Gruppe als solcher gilt, so kann eine solche Gruppengerichtetheit der Verfolgung dazu führen, daß jedes Mitglied der Gruppe im Verfolgerstaat eigener Verfolgung jederzeit gewärtig sein muß (sog. Gruppenverfolgung).



Foto: af/mz

beauftragte für Asylangelegenheiten, der jährlich gegen Hunderte vom Bundesamt anerkannte Flüchtlinge Rechtsmittel einlegt und noch dazu mit zahllosen Berufungen und Nichtzulassungsbeschwerden anerkennende Gerichtsurteile bekämpft.

Im folgenden sollen einige besonders problematische Punkte der gegenwärtigen Asylpraxis (...) dargestellt werden.

1. Beweismaß

Im Asylverfahren existieren erhebliche praktische Beweisprobleme, die aus der Tatsache resultieren, daß der Asylsuchende Schutz vor Maßnahmen seines Herkunftsstaates begehrt. Für die Sachverhaltsaufklärung in Bezug auf Ereignisse in den Herkunftsländern stehen zuverlässige Beweismittel oft nicht zur Verfügung. Naheliegenderweise können Einrichtungen des Herkunfts-Verfolger-Staates nicht in Anspruch genommen werden. Schriftliche Unterlagen stehen oft ebensowenig zur Verfügung wie Zeugen. Demnach ist vielfach einziges Beweismittel der Vortrag des Asylbewerbers.

In seiner früheren Rechtsprechung hatte das Bundesverwaltungsgericht der Beweisnot des Asylbewerbers durch Beweiserleichterungen hinsichtlich der sog. „Vorfluchtgründe“ geholfen. Im Jahr 1985 hat es seine Rechtsprechung geändert. Das Gericht muß nun — so das Bundesverwaltungsgericht — die volle Überzeugung von der Wahrheit des vom Kläger behaupteten individuellen Schicksals gewinnen. Dementsprechend wird in der Praxis ein schlüssiger, substantiierter und lückenloser Sachvortrag hinsichtlich der persönlichen Erlebnisse verlangt.

Man muß sich vor Augen halten, wie das Verfahren praktisch abläuft: Der Asylbewerber, der der deutschen Sprache nicht mächtig ist, geschweige denn eine Vorstellung von deutschem Recht

schützen, und ähnliches begründet sein. Auch die in der Praxis üblichen Fragen nach Zahlen und Daten sind nicht unbedingt aussagekräftig, wenn nach dem Lebenskreis des Ausländers ein (kalenderbezogenes) Denken ... nicht üblich ist. So schwierig es also für den mit dem Asylrecht befaßten Beamten oder Richter ist, aus dem Vorbringen des Asylbewerbers eine zutreffende Überzeugung zu gewinnen, so schwierig ist es für den Asylantragsteller, den Anforderungen an den Sachvortrag zu genügen. Dabei scheint gerade der echte Flüchtling benachteiligt, der unvorbereitet ... in der Bundesrepublik Deutschland Zuflucht sucht“ (Julia Dürig, Beweismaß und Beweislast im Asylrecht, S. 61).

Richtig wäre es unter dem Gesichtspunkt effektiven Grundrechtsschutzes, entsprechend der früheren Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts die oft unerfüllbaren Beweisanforderungen herabzusetzen. Der Vortrag eines Asylbewerbers betreffend Tatsachen im Herkunftsland sollte also schon dann zu einer Anerkennung führen können, wenn Behörden oder Gerichte ihn für richtig im Sinne überwiegender Wahrscheinlichkeit halten.

2. Lageberichte des Auswärtigen Amtes

Langjährig im Asylrecht tätige Kollegen teilen mit, daß früher in Baden-Württemberg die Asylanträge erheblich umfangreicher waren. Dies deutet auf standardisierte Umgangsweisen mit den Sachverhalten hin, die sich den Besonderheiten des Einzelfalles tendenziell verschließen. In diesem Zusammenhang ist von besonderer Bedeutung, daß vor dem Bundesamt und den Verwaltungsgerichten zu bestimmten Asylproblemen in der Regel auf der Grundlage der Lageberichte des Auswärtigen Amtes einheitlich entschieden wird, ohne daß das individuelle Vorbringen des Antragstellers eine Rolle spielen würde. Diese Berichte

des Rechtswegs halten wir für verfassungswidrig. Sie widerspräche „einerseits der in Art. 1 GG wurzelnde Grundsatz, daß der Mensch nicht zum bloßen Objekt des Staates gemacht, daß über sein Recht nicht kurzerhand von Obrigkeit wegen verfügt werden darf und andererseits, daß sich aus Art. 20 GG ergebende rechtsstaatliche Gebote möglichst lückenlosen individuellen Rechtsschutzes. Diese beiden Grundsätze enthalten die Grundentscheidung des Grundgesetzgebers, die wesentlich das Bild des Rechtsstaats, wie ihn das Grundgesetz versteht, bestimmen und der Verfassungsordnung ihr besonderes Gepräge geben. Eben diese konstituierenden Elemente sollen nach Art. 79 Abs. 3 GG unabänderlich sein“ (Schlabrendorff/Rupp zu BVerfG NJW 71 275 „Abhörurteil“).

Es spricht viel dafür, daß die geplanten Beschneidungen des Rechtsschutzes auch völkerrechtswidrig wären: Zu den allgemeinen Regeln des Völkerrechts (die auch innerstaatlich verbindlich sind, Art. 25 GG) gehört (nämlich) „die Pflicht des Aufnahmestaates, Fremden angemessenen Rechtsschutz zu gewähren. Der Fremde muß nach Maßgabe und in den Grenzen allgemein eröffneter Rechtswege Zugang zu den Gerichten haben (und) rechtliches Gehör vor einem unparteiischen Richter ... finden können. Das ist ein Mindeststandard“ (Maunz/Dürig/Herzog/Abmann, Art. 19 IV GG, Rdnr. 36).

Auch mit der Genfer Flüchtlingskonvention, der die Bundesrepublik Deutschland beigetreten ist, ist die geplante Einschränkung des Rechtsschutzes schwerlich vereinbar. Der Vertreter des UN-Flüchtlingskommissariats in Deutschland, Koisser, hat beklagt, die vorgesehene Klagefrist sei so knapp bemessen, daß für Flüchtlinge die Gefahr zunehme, bereits aus formalen Gründen abgeschoben zu werden.

Artikel 16 der Konvention hat eigens den Grundsatz des allgemeinen Völkerrechts aufgenommen, wonach jeder Flüchtling freien und ungehinderten Zugang zu den Gerichten hat und insoweit dieselbe Behandlungsweise genießt wie ein Staatsbürger.

Ein besonderes Asylverfahrensrecht, das neben dem allgemeinen Verwaltungsverfahrensrecht gilt, ist angesichts dessen schon heute problematisch. Mit den vorgesehenen Änderungen wird es vollends zum völkerrechtswidrigen Sonderrecht.

Statt der geplanten Asylrechtsbeschränkungen bieten sich die folgenden Maßnahmen an:

- Absenkung der Beweisanforderungen im Asylverfahren;
- Vereinfachung des Asylrechts; erleichterte Anerkennung z.B. bei Kriegsdienstverweigerung, exilpolitischer Tätigkeit und Gruppenverfolgung (z.B. der Kurden);
- Sachgerechte Berücksichtigung der besonderen Probleme des Asylverfahrens bei der Entscheidung über die Bewilligung von Prozesskostenhilfe;
- Abschaffung der Einrichtung des „Bundesbeauftragten für Asylangelegenheiten“;
- Nutzung des vorhandenen ausländischen Instrumentariums zur Legalisierung des Aufenthaltsstatus verschiedener Flüchtlingsgruppen außerhalb des Asylrechts; z.B. unbürokratische Erteilung von Aufenthaltsbefugnissen für Bürgerkriegsopfer und Kriegsdienstverweigerer aus Jugoslawien (...).

IV. Resümee

Wir stellen abschließend fest, daß der „Mißbrauch des Asylrechts“ Folge der in unserem Land bisher betriebenen Ausländerpolitik ist. Solange es nur auf dem Weg des Asylrechts möglich ist, auch nur für die Dauer des Asylverfahrens einen legalen Aufenthalt in der Bundesrepublik zu erreichen, solange werden Menschen, die als Opfer von Bürgerkriegen oder aus Not ihr Heimatland verlassen, zu diesem Mittel greifen.

Für das Problem europäischer wie weltweiter Flüchtlingsbewegungen stellt das Asylrecht jedoch keine taugliche Lösung dar. Wir brauchen eine andere Ausländerpolitik, die die tatsächliche Dimension politischer Verfolgung und die Lebensrealitäten der Flüchtlinge anerkennt. Das Asylrecht dürfen wir nicht länger Politikern überlassen, die ihr Heil in der Ausgrenzung ausländischer Mitbürger suchen.

Freiburg im Breisgau, Januar 1992
Rechtsanwalt Roland Becker; Rechtsanwalt Dr. Andreas Hünlein; Rechtsanwalt Dr. Udo Kesz; Rechtsanwältin Barbara Kupfer; Rechtsanwalt Michael Moos; Rechtsanwalt Michael Schubert; Rechtsanwalt Dr. Konstantin Thum (gekürzt; die vollständige Erklärung kann bezogen werden über: RA Dr. A. Hünlein, Postfach 1066, 7800 Freiburg, mit Dokumenten)

Beschleunigung durch Verweigerung

Regionale Beratung „Linke Opposition vor Ort“

Am 16. November 1991 trafen sich in Mannheim rund 65 Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu einer ersten regionalen Beratung „Linke Opposition vor Ort“. Eingeladen hatten dazu der „Runde Tisch der Mannheimer Linken“, aus Heidelberg Mitglieder der „Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktionäre Gesundheitspolitik Baden-Württemberg“, Mitglieder der Alternativen Liste Wiesloch (AL) und der Weinheimer Linken Liste (Weill). In dem gemeinsamen Einladungsschreiben werden die Zielsetzungen des ersten und der geplanten weiteren Treffen genannt. An den im folgenden abgedruckten allgemeinen Einladungsteil schlossen sich Fragestellungen zu den geplanten Themen und Arbeitsgruppen an: „Kommunale Einwirkungsmöglichkeit auf die örtliche Wirtschaft“ (konnte nicht durchgeführt werden), „Kommunale Sozialpolitik“, „Antifaschismus und Ausländerpolitik“ und „Umwelt- und Energiepolitik in der Kommune“. An der Beratung nahmen Leute teil, die ihre Arbeitsschwerpunkte in den verschiedensten linken Organisationen, Zusammenschlüssen und Parteien haben: in Flüchtlingsinitiativen, Jugendzentren, Mieterbeiräten, in antikapitalistischen und antifaschistischen Arbeitsgemeinschaften, in VVN/BdA, Volksfront, BWK, DKP, PDS — um nur einige zu nennen.

Im Plenum wurden zunächst drei Referate vorgetragen,

aus denen wir nachfolgend auszugsweise zitieren. Dann fanden Arbeitsgruppen statt, die abschließend über ihre Ergebnisse im Plenum berichteten. Alle Beteiligten waren sich darin einig, diese Beratungen fortzuführen und die themenbezogenen Arbeitszusammenhänge zu verstetigen. „Mannheim konkret“, Zeitung der DKP im Gemeinderat Mannheim, schreibt in der Ausgabe Nov./Dez. 91 u.a. zu den Ergebnissen: „In der Konferenz gab es ein sehr breites Spektrum der Darstellung linker Politik. Bemerkenswert, daß in der Tagung vom ‚Streit der Linken‘ in der BRD nichts zu spüren war, umso mehr aber vom Geist, trotz unterschiedlicher Politikansätze und Auffassungen immer den gemeinsamen Konsens zur Entwicklung linker Politik vor Ort zu suchen.“

Die Referate sowie Berichte aus Offenburg, Mannheim, Heidelberg, Wiesloch zur Arbeitsgruppe „Antifaschismus/Ausländerpolitik“ wurden in einer Materialsammlung veröffentlicht. Sie kann bezogen werden über H.-W. Henke, Ludwigsgasse 2 6908 Wiesloch oder über die örtlichen Kontaktadressen. Inzwischen wird die zweite Beratung für den 16. Mai 1992 vorbereitet. Sie soll sich neben der Fortführung der Beratung zu „Antifaschismus/Ausländerpolitik“ mit den Themen „Wohnungspolitik“ und „Privatisierung in der Kommune“ befassen. — (che, tht)

Einladung

Daß die tiefe Krise der „realsozialistischen Gesellschaften“ den „Sieg“ des Kapitalismus zu bedeuten hat, mag nicht nur uns nicht einleuchten.

Daß der Zusammenbruch zentralistischer Planwirtschaft in den osteuropäischen Ländern ausgerechnet ein Argument für den gesellschaftsbeherrschenden Monopolismus der Konzerne sein soll, entbehrt bei nüchterner Betrachtung jeder Logik.

Daß der Kapitalismus — ob als „soziale Marktwirtschaft“ oder als wiederbelebter Manchesterkapitalismus — für die Mehrheit der Bevölkerung in den ehemals realsozialistischen Ländern eine Entwicklungsperspektive bieten wird, nachdem er der Mehrheit der Weltbevölkerung bisher keine geboten hat — wer kann diese Behauptung guten Gewissens vertreten?

Tatsächlich hat doch der Zusammenbruch der zentralistischen Planwirtschaft und die Krise der realsozialistischen Gesellschaften auch kein einziges der bestehenden Probleme „in diesem unserem Lande“ geklärt oder gar gelöst. Stattdessen wurden alle bestehenden nur verschärft und neue geschaffen.

Sicherung der „Festung Europa“, das ist ein neues Schlagwort der konservativen und reaktionären Presse. Sicherung wogegen? — Gegen den „Ansturm“ derer, für die das weltweite kapitalistische Wirtschaften Armut, Hunger, Elend und Unterdrückung bedeutet. In den 2/3 Gesellschaften der kapitalistischen Staaten propagieren dazu nicht nur die Faschisten das neue Herrenmenschenentum.

Unter der Fahne der „Neuen Weltordnung“ rüsten die westlichen Staaten nach dem Golfkrieg zu weiteren Kriegseinsätzen.

Osteuropa soll neu aufgeteilt und mit

EG-Truppen „befriedet“ werden. Die Bundeswehr soll zum weltweiten Einsatz kommen.

Der Anschluß der DDR war nur der Auftakt zu wirtschaftlichen „Erschließung“ des Ostens. Der kostet die lohnabhängige Bevölkerung bereits jetzt Milliarden und dafür werden die Kassen der Kommunen geplündert.

Die Arbeits- und Lebensverhältnisse der Bevölkerung und die Möglichkeiten zur politischen, sozialen und kulturellen Gegenwehr sind entscheidend von der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung der Kommunen und von der Entwicklung in den Kommunen abhängig. Aber ohne demokratische, linke, sozialistische, antifaschistische, alternative, ökologische, soziale, feministische, autonome Opposition werden hier die Themen der öffentlichen Diskussion — ganz zu schweigen von den wirtschaftlichen und politischen Entscheidungen — allein von den herrschenden Kapitalinteressen und der ihnen untergeordneten kommunalen „Standortpolitik“ bestimmt.

Daß linke Opposition

— noch schwieriger geworden ist, als sie schon immer war, angesichts ständig neuer, offen aufbrechender gesellschaftlicher Probleme, — daß sie um so notwendiger ist, je mehr die erdrückende Übermacht der herrschenden Interessen ins Auge sticht — und daß sie gleichzeitig an vielen Punkten gerade deshalb vor dem Aufgehen steht das sind Gründe, warum wir am 16.11. 91 die Durchführung einer regionalen Beratung vorschlagen.

„Vom Treffen und Reden allein wird auch nichts besser...“ — Das stimmt!

Worin soll also der Nutzen einer solchen Beratung liegen?

Wir sind der Meinung, daß die Erfahrungen, Kenntnisse, Interessen linker

Opposition, so bruchstückhaft und zersplittert sie auch vorliegen mögen, zusammengekommen allemal mehr ergeben als das, was gegenwärtig politisch wirksam ist.

In der Region gibt es — wie überall — eine lange Geschichte der unterschiedlichsten Richtungen und Traditionen linker Politik. Dabei haben sich unterschiedliche Schwerpunkte, Erfahrungen, Kenntnisse gebildet: in verschiedenen sozialen Bewegungen und Initiativen, außerparlamentarisch, in Gemeinde- und Stadträten, mehr kommunalpolitisch, mehr betrieblich, mehr wissenschaftlich, mehr literarisch, mehr aktionsorientiert, mehr sozial, mehr kulturell, mehr politisch usw., usf.

Linke Opposition muß sich „vor Ort“ erweisen, und sie kann sich nur aus kooperativer Vielfalt entwickeln, auf diese beiden Erfahrungen gründet sich der Vorschlag für eine regionale Beratung.

Das mögliche Ergebnis einer solchen Beratung sehen wir

* im Erfahrungsaustausch zwischen den verschiedenen Kräften und Strömungen linker Opposition in der Region, der auch fortgesetzt werden sollte;

* in dem Beginn einer Diskussion um ein gemeinsames Eingreifen zu den Kommunalwahlen 1994. Dabei verstehen wir „gemeinsames Eingreifen“ im weitesten Sinne als koordinierte Zusammenarbeit und Öffentlichkeitsarbeit. Das schließt die Diskussion um mögliche konkrete Listenbildungen und -verbindungen zu den Kommunalwahlen in den einzelnen Kommunen mit ein. Aufgrund jeweils unterschiedlicher Bedingungen müssen solche Fragen jedoch letztlich „vor Ort“ geklärt werden.

* in der Schaffung eines Forums, das auch über die Tagesaufgaben hinausgehende Fragen linker Opposition zu diskutieren ermöglicht.

viel von Differenzierungs-, Individualisierungs- und Tendenzen zu neuen Lebensstilen, die auf eine neue politische Kultur hindeuten, die Rede...

Dem Generaltrend der Aufspaltung der gesellschaftlichen Lebensmöglichkeiten entspricht die Herausbildung und Verfestigung von Segmentierungen innerhalb der politischen Landschaft. Den Spaltungs- und Splitterungstendenzen innerhalb des gesellschaftlichen Lebens entspricht der Prozeß der Zerspaltung des wahlpolitischen bzw. des Wählermarktes.

... Es zeichnet sich eine fortschreitende Lockerung des traditionellen Bedingungsgefüges von Sozialstruktur, Konfession und Wahlverhalten ab im Zuge der Auflösung überkommener sozialer, d.h. auch wahlpolitischer Milieus. Seit über zehn Jahren schmilzt die Stammwählerschaft der „Volksparteien“. Der Stammwählerschwund der SPD fällt dabei für „Linke Opposition vor Ort“ besonders ins Gewicht.

Es zeichnet sich zunehmend eine Schere zwischen (wahl-)politisch demotivierten und politisch motivierten Teilen der Bevölkerung ab. Aufgrund der neuen gesellschaftspolitischen Verwerfungen (Zerfall der Milieus, Bindungsschwund sozialdemokratischer Kernschichten) öffnet sich diese Schere immer weniger nach dem klassischen Mu-

Wanderungspolitik und Faschisierung

In ihrem Beitrag „Wanderungspolitik und Faschisierung der Gesellschaft“ befaßt sich Barbara Bütikofer mit der Bevölkerungs- und Arbeitsmarktpolitik der BRD. Sie zeigt, wie die BRD die ausländische Bevölkerung als Manövriermasse ihrer imperialistischen Außenpolitik, ihrer Bevölkerungs- und ihrer Arbeitsmarktpolitik benutzt. Sie weist darauf hin, daß Bündnispolitik gegen reaktionäre Ausländerpolitik sich mit dieser Entwicklung befassen muß. Wir dokumentieren Auszüge.

Daß gegen den ungehinderten Zustrom von Asylbewerbern irgendetwas unternommen werden müsse... ist fast schon zum Allgemeinut geworden. Als der baden-württembergische Ministerpräsident Teufel und der Innenminister Schlee im Frühjahr... erklärten, daß die „Asylantenproblematik“ so dramatisch wie noch nie sei, erschien das in der Öffentlichkeit keineswegs als hohle Phrase und Propaganda... Zur Beurteilung der Frage, was für die BRD „verkräftbar“ oder „nicht verkräftbar“ ist, ist es sinnvoll, sich einen Eindruck zu verschaffen, welchen Umfang Zuwanderung in der Geschichte der BRD angenommen hat und welche Bedeutung sie für die BRD hatte. Nach den Angaben des Statistischen Bundesamtes sind zwischen 1950 und 1990 insgesamt 27 851 912 Menschen („Deutsche“, Arbeitsmigranten, Flüchtlinge) in die BRD zugewandert. Das entspricht einer durchschnittlichen Zuwanderung von 696 297 Menschen pro Jahr. Im gleichen Zeitraum sind 17 326 882 Menschen aus der BRD fortgezogen, durchschnittlich 433 172 pro Jahr. Per saldo haben sich danach zwischen 1950 und 1990 10 525 030 Menschen in der BRD niedergelassen. Die gesamte Geschichte

der BRD ist also davon geprägt, daß sie in gewaltigem Umfang auf fremde Arbeitskraft zugegriffen hat. Sie hat zu diesem Zweck riesige Menschenmassen umgewälzt. Über 45 Millionen Menschen (Zuzüge und Fortzüge zusammen), mehr als zwei Drittel der BRD-Bevölkerung, wurden von ihr in Bewegung gesetzt. Die Tabelle zeigt, wie sich der Anteil der Flüchtlinge an der gesamten Zuwanderung in den letzten 20 Jahren entwickelt hat. Bis 1970 lag er immer unter 1%, erst ab Mitte der 70er Jahre erhöhte er sich, erreichte 1979 7,7% und 1980 mit 14,3% erstmals mehr als 10% der Gesamtzuwanderung. Die Entwicklung der Zuwanderung der Flüchtlinge seit 1980 spiegelt die Bemühungen der Bundesregierung wider, den Anteil der Flüchtlingszuwanderung durch Verschärfungen des Asylverfahrensgesetzes wieder deutlich zu senken. In den Jahren, in denen die Flüchtlingszuwanderung die 10%-Marke überschritten hat, gab es jeweils „Überflutungskampagnen“ (1980, 1986) und verbunden damit Gesetzesverschärfungen. Auffällig ist, daß der Anteil der Flüchtlinge in den letzten beiden Kampagnenjahren nicht einmal die Größenordnung von 1980 und 1986 erreicht hat, sondern bei knapp über 10% lag. Die Tabelle zeigt aber auch, daß es in der zweiten Hälfte der 80er Jahre trotz Gesetzesverschärfungen nicht gelungen ist, die Flüchtlingszuwanderung deutlich und dauerhaft zu senken. Es bleibt festzuhalten: Die Flüchtlinge sind die kleinste Gruppe der Zuwanderer. Ihr Anteil an der gesamten Zuwanderung... hat über einen Zeitraum von 40 Jahren überhaupt nur in 5 Jahren die 10%-Marke überschritten, nur 1986 lag er über 15%

— Barbara Bütikofer, Karlsruhe

Jahr	Zuzüge gesamt	Zuzüge Ausländ. gesamt	Zuzüge Asylbe- werber	Anteil Asylb. an Zuzüge gesamt	Anteil Asylb. an Zuzüge Ausländ.	Anteil Deutsche an Zuzüge gesamt
1970	1 072 442	976 232	8 645	0,8%	0,8%	9,0%
1971	987 685	870 737	5 388	0,5%	0,6%	11,9%
1972	903 076	787 162	5 289	0,5%	0,5%	12,9%
1973	967 907	869 109	5 595	0,5%	0,6%	10,3%
1974	629 786	542 425	9 426	1,4%	1,7%	13,9%
1975	456 112	367 318	9 627	2,1%	2,6%	19,5%
1976	498 667	388 158	11 123	2,2%	2,8%	22,2%
1977	539 898	423 499	16 410	3,0%	3,8%	21,6%
1978	575 904	456 724	33 136	5,7%	7,2%	20,7%
1979	666 716	545 918	51 493	7,7%	9,4%	18,2%
1980	753 436	632 285	107 818	14,3%	17,0%	16,1%
1981	625 053	501 960	49 391	7,9%	9,8%	19,7%
1982	420 754	322 449	37 423	8,8%	11,6%	23,4%
1983	372 027	276 448	19 737	5,3%	7,1%	25,7%
1984	457 093	333 297	35 278	7,7%	10,5%	27,1%
1985	512 108	399 951	73 832	14,4%	18,4%	22,0%
1986	598 479	479 518	99 650	16,6%	20,7%	20,0%
1987	617 037	473 341	57 379	9,2%	12,1%	24,0%
1988	903 892	648 550	103 076	11,4%	15,8%	28,3%
1989	1 522 190	770 771	121 318	7,9%	15,7%	49,4%
1990*	1 785 722	874 641	193 063	10,8%	22,0%	51,1%

* Die Zahlen für 1990 (Zuzüge gesamt) liegen für das letzte Vierteljahr noch nicht vor. Ich habe den Durchschnitt der ersten drei Quartale als viertes hinzuaddiert.

ster Links-Unten und Rechts-Oben. Vielmehr treten die Schemata Rechts — Links und Oben — Unten (wahl-)politisch immer mehr auseinander...

Allerdings scheint sich dabei ein neues Muster politischer Mobilisierung abzuzeichnen: außerparlamentarische und namentlich Vor-Ort-Bewegungen konstituieren sich zusehends nach dem Muster wechselnder Themen (d.h. wechselnder, punktuell-temporärer Koalitionen von Betroffenen). Genau dies verleitet derartigen Bewegungen ihre eigentümliche Instabilität. Sie sind politisch-infrastrukturell derart schwach hinterbaut, daß diese Schwäche selbst die Grünen zusehend zu spüren bekommen, die im übrigen inzwischen auch unter dem Massenphänomen der bewußten Wahlenthaltung leiden.

Es zeichnet sich eine fortschreitende wahlpolitische Selbstausgrenzung eines wachsenden Teils der Bevölkerung (hier handelt es sich um siebenstellige Zahlen!) infolge realer und/oder befürchteter sozialer Ausgrenzungen bzw. andauernder Vernachlässigung ihrer Belange und Interessen durch die offizielle Politik ab. Diese Selbstausgrenzung tritt an den Tag als seit einhalb Jahrzehnten kontinuierlich ansteigende Quote der Nichtwähler, die inzwischen zur stärksten der Parteien aufgestiegen sind.

Das Ansteigen der Nichtwählerquote,

reflektiert exakt realgesellschaftliche Segmentierungs-, Spaltungs- und Politisierungstendenzen...

... Für mich hat die politische Konzeption der sozialen Interessenvertretung solange nicht ausgediegt, wie die, auf die hin diese Konzeption entwickelt worden ist, aufgrund der herrschenden Gesellschaftspolitik systematisch daran gehindert werden. Bereitschaft und Kompetenz für die politische Selbstvertretung ihrer Lebens- und Zukunftsinteressen auszubilden.

Die politische Philosophie der sozialen Interessenvertretung ist nicht zu verwechseln mit sozialer Fürsorge und politischer Vormundschaft. Es geht um die Idee der sozialen Anwaltschaft.

Kommunale Sozialpolitik heißt für mich demnach ganz wesentlich:

a) Einsicht in die Tatsache, daß die soziale Frage über die demokratische Frage entscheidet, b) daß kommunale Politik vor allem auch eine Politik der Hilfe zur Entwicklung von Fähigkeiten zur Selbsthilfe in den unteren sozialen Breitengraden sein muß. Hier lagern politische Gegengifte gegen die Gefahren des Rechtspopulismus.

Auszüge aus: „Kommunale Sozialpolitik, Rechts-Links, Oben-Unten — Zu den Schwierigkeiten „Linker Opposition vor Ort“, Referat von Dr. Friedhelm Kröll, Nürnberg

Kommunale Sozialpolitik Schwierigkeiten „vor Ort“

... Politik vor Ort, in der traditionellen Gestalt parlamentarisch-, repräsentativer Kommunalpolitik, wird zunehmend weniger als Raum politischer Gestaltung denn als Verlängerung des Diktats fernverursachter Großer Politik erlebt. Der kommunale Rotstift wird exakt erfahren als das, was er ist: Ausdruck der Überwälzung sozialer Folgelasten, die höheren Orts entschieden worden sind. Die Politik vor Ort erscheint immer weniger als Funktion kommunaler Selbstverwaltung. Angesichts der Denaturierung der traditionellen Kommunalpolitik zur spielraumarmen Verwaltung von Miß- und Notständen verfestigt sich die je schon tief sitzende Skepsis gegenüber den Gestaltungsmöglichkeiten konventioneller Politik vor Ort. Das Vertrauen in die Handlungsmacht der Kommunen schwindet.

Der wachsende gesellschaftliche Problemdruck ist nicht nur sozial höchst ungleich verteilt. Die ungleiche Verteilung sozialer Lasten und Risiken sowie Chancen manifestiert sich zugleich in sozial-räumlicher Konzentration. Die urbanen

Verdichtungsräume, die Großstädte, bilden die gesellschaftlichen Brennpunkte. Die Entwicklung in den Großstädten reflektiert seismographisch diejenigen gesellschaftlichen Trends, auf die sich „Linke Opposition vor Ort“ einzustellen hat.

Sich zum Zweck politisch wirksamer Veränderung auf gesamtgesellschaftliche Trends angemessen einstellen, bedingt, sich hiervon ein realistisches Bild zu machen. Persönliches Meinen und schönes Wollen ergeben noch keine Politik. Um sich ein realistisches Bild von den laufenden Trends zu machen, können verschiedene Erfahrungs- und Erkenntnisquellen angezapft werden. Eine Zapfstelle bzw. ein Schlüsselindikator für gesamtgesellschaftliche Trends ist immer schon das Wahlverhalten gewesen. Wahlverhalten, Wahlforschung, Wahlsoziologie aber gehören zu den Feldern, die von der Linken traditionell ignoriert, in ihrem politischen Aussagewert zumindest sträflich unterschätzt worden sind.

... In der öffentlichen Diskussion ist

Der Rentenbetrug — Sozialrecht wird zum Strafrecht

Das Leistungsrecht der ehemaligen DDR für Rentner war darauf abgestimmt, für nahezu alle Wechselfälle des Lebens soziale Sicherheit zu garantieren. Wenn auch das Leistungsvolumen gering war, gewährte es jedoch Stabilität und garantierte die erreichten Lebensbedingungen. Setzt man die Kaufkraft der Mindestrente des Jahres 1980, die bei 300 Mark lag, ins Verhältnis zu den Preisen und Kosten in DM, wäre ein Betrag von 670 DM erforderlich gewesen, um die Lebensbedingungen zu sichern. Im Durchschnitt hatte ein Rentner im Beitrittsgebiet im Jahre 1990 ein Sparvermögen von 9000 DM. Es wurde auf 7500 DM umbewertet. Lebensversicherungen wurden halbiert. Das Sparvermögen von Senioren in den Alt-Bun-

desländern war etwa viermal so hoch. Am 1.7.1990 erhielten die Rentner einen Sozialzuschlag von maximal 165 DM. Das entsprach aber nur der Höhe des Sozialhilferegelsatzes und ersetzte nicht einmal den Wegfall der Subventionen für Lebensmittel. Inzwischen wurden die Renten zweimal um 15 Prozent erhöht. Die Mehrbelastungen eines Rentnerhaushaltes sind aber um 37 Prozent höher als die Rentensteigerungen, ohne die Mieterhöhungen und die anderen Tarifierhöhungen, die im zweiten Halbjahr 1991 wirksam wurden.

Fritz Rösler in einer vom Arbeitslosenverband Deutschlands, dem Demokratischen Frauenbund, den Grauen Panther und der Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde herausgegebenen Broschüre

Ein Rentenberatungs-Service informiert!

Leipzig. Ausgehend von unserem Wahlversprechen als PDS — da zu sein für die sozial Schwächsten unserer Gesellschaft — begannen wir am 3. Januar 1992 mit der kostenlosen Überprüfung von Rentenbescheiden der Bürger.

Erfahrungen aus der Bürgerberatung konnte unser Beratungsservice aus den Wohngeldberatungen des vergangenen Jahres aufweisen, so daß vom ersten Tage an eine qualitätsgerechte Beratung ermöglicht wurde. Die dazu erforderlichen Kenntnisse wurden in einer umfangreichen Einweisung — verbunden mit regelmäßigen Weiterbildungen — vermittelt. Für die Organisation bzw. Durchführung dieser Maßnahme trug der aus ehrenamtlich arbeitenden PDS-Mitgliedern gegründete Beratungsservice die alleinige Verantwortung.

Im Rahmen einer Zwischenauswertung nach rund 2000 durchgeführten Beratungen ist es möglich, bestimmte Verallgemeinerungen zu treffen und Schwerpunkte zu benennen, die sich herausgestellt haben. Dazu gehören:

1. Viele Rentner erhalten weniger Rente als vorher!

Das heißt, Sozialzuschlag, Kinderzuschlag, Pflegegeld wurden gestrichen, weil die Rentenversicherungsanstalten für die Zahlung dieser früheren Rentenbestandteile keine Zuständigkeit mehr aufweisen.

Somit haben viele Rentner das Problem zu erkennen, daß unter bestimmten Bedingungen ein weiterer Anspruch auf Sozialzuschlag oder Pflegegeld besteht und diese Ansprüche beim Sozialamt bzw. bei den Krankenkassen neu zu beantragen sind. Viele Bürger benötigen dabei Hilfestellung.

2. Neu zugestellte Rentenbescheide weisen lediglich eine Rentenerhöhung von zwei, drei oder vier Pfennigen aus!

Diese Rentner haben Anspruch auf Rente als technische Intelligenz, Altersversorgung für Mitarbeiter des früheren Staatsapparates oder ähnliche Ansprüche aus Zusatzversorgungssystemen, von denen es 27 verschiedene im Beitrittsgebiet Ost gab. Dabei wurden sich ergebende Rentenerhöhungsansprüche auf Grundlage der gezahlten Beiträge zur Rentenversicherung gegengerechnet den Ansprüchen aus zusätzlichen freiwillig geleisteten Beiträgen zur Rentenversicherung.

Dieses Vorgehen ist unserer Meinung nach verfassungswidrig, da es auf der Anwendung verfassungswidriger Normen beruht. Durch die Erfüllung der rentenrechtlichen bzw. altersversorgungs- und versicherungsvertraglichen Verpflichtungen haben diese Rentner gegenüber der DDR den Anspruch auf Altersabsicherung (Rente) rechtmäßig und redlich erworben.

Die BRD ist (so u. a. laut Bundesverfassungsgericht vom 24.4.1991) Rechtsnachfolger der ehemaligen DDR.

Die Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde (GBM)

36 Verbände wollen inzwischen (Stand Januar) gegen das Rentenüberleitungsgesetz klagen. Die GBM unterstützt und organisiert die Verfassungsbeschwerden. Im folgenden eine Darstellung ihrer Zielsetzung.

Die Gesellschaft wurde am 31.5.1991 gegründet. Sie betrachtet sich vornehmlich als einen Verband, der die Interessen von Millionen sozial und politisch

Somit besteht der Anspruch des Rentners auf Altersversorgung nunmehr gegenüber der BRD. Mithin obliegt es nunmehr dieser, die Verträge über Altersabsicherung und Rentenversorgung zu erfüllen.

Die ausgewiesene Erhöhung der Renten um die genannten Pfennigbeträge ist der Rentenberechnung mittels Computer geschuldet.

Gegen diese Anwendung des Rentenrechts als Strafrecht hilft nur eine Verfassungsklage, welche mit Hilfe eines Widerspruchs zum Rentenbescheid unterstützt werden sollte. Die Organisation einer Verfassungsklage erfolgt über bestehende Vereine und die Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde.

3. Rentner mit Witwenrentenbescheiden

Bei der Erstellung beängstigend vieler Witwenrentenbescheide ist von falschen Daten ausgegangen worden. So fand z. B. der Computer keine Daten mehr über die verstorbenen Ehepartner. Diese Daten wurden nach DDR-Rentenrecht nach erfolgter Witwenrentenberechnung im Zentralcomputer gelöscht.

Anstatt bei den betreffenden Witwen/Witwern nachzufragen, hat die Rentenstelle in Form eines Verwaltungsaktes von sich aus nur 35 Arbeitsjahre bei 75 % Durchschnittseinkommen zur Berechnung angesetzt. Ergebnis dieses Verwaltungsaktes ist es, daß vielen Anspruchsberechtigten ihre zur Bestreitung des Lebensunterhalts dringend erforderliche Witwenrente in der richtigen Höhe vorenthalten wird. Und das soll entsprechend Rentenüberleitungsgesetz bis Ende 1994 rechtens sein, da ein Anspruch auf Neuberechnung vor 1994 nicht besteht.

Dabei ist weiterhin zu bedenken, daß die neu berechneten Regelaltersrenten der Frauen der ehemaligen DDR durch Streichung der Anerkennung vieler, vieler unserer Meinung nach berechtigter Zurechnungszeiten in ihrem Rentenanspruch stark verringert werden. Zwar wird der Differenzbetrag zwischen neuem und altem Rentenanspruch noch einige Zeit als sogenannter Auffüllbeitrag weitergezahlt, zukünftige und im Beitrittsgebiet Ost dringend erforderliche weitere Rentenerhöhungen aber nur auf Grundlage des verringerten Betrages, auf welchen Anspruch nach neuem Recht besteht, erfolgen.

Somit wird unserer Meinung nach ersichtlich, daß viele Witwen nicht bis Ende 1994 auf ihre Neuberechnung warten können. Mit Hilfe von früheren Rentenbescheiden oder notariell beglaubigten Abschriften von Arbeitsbüchern bis hin zu eidesstattlichen Erklärungen (Glaubhaftmachung) werden berechnete Widersprüche nachgewiesen.

Rentenberatungsservice beim PDS-Stadtverband Leipzig

Betroffener des überhasteten und ohne Rücksicht auf die Menschen betriebenen Beitritts der DDR zur BRD und dessen Folgen vertritt. Die GBM vereint Menschen, die sich entschlossen haben, in ihrer Betroffenheit nicht zu resignieren, sondern sich gegen die Verletzung ihrer Menschen- und Bürgerrechte sowie ihrer Menschenwürde zu wehren und sich ihre Selbstachtung nicht rauben zu lassen. Sie wehrt sich gegen den abwie-

Die halbe Wahrheit ist auch gelogen — zur „Neuen Rente“

Mit der 60seitigen Hochglanzbroschüre „Die neue Rente“ aus dem Hause Blüm befaßt sich in der 1. Januar-Ausgabe die *unz, Linke Wochenzeitung in Thüringen*, indem sie einige Aussagen mit der Wirklichkeit konfrontiert.

Die neue Rente — notwendige Fragen

„Am 1. Januar 1992 folgt der Vereinigung Deutschlands die deutsche Renteneinheit.“

— Wieso Renteneinheit? Entspricht der aktuelle Rentenwert (Ost) von monatlich 23,57 DM tatsächlich schon dem Rentenwert (West)?

„Je höhere Beträge in die Rentenversicherung eingezahlt werden und je länger jemand in der Rentenversicherung versichert ist, desto höher ist später die Rente.“

— Wieso beitragsbezogen? 27 Zusatzrentensysteme und vier Sonderrentensysteme der DDR werden ungenügend und die von SED und PDS gar nicht in die Rentenberechnung einbezogen.

„Rente ist ein selbst erarbeiteter, rechtlich geschützter und damit kalkulierbarer Anspruch, der dynamisch den Arbeitsverdienst folgt.“

— Wieso dynamisch? Nach zweimaliger „Anpassung“ wurde jetzt, bei der dritten „Anpassung“, wieder auf das Ausgangsniveau der Renten vor der ersten „Anpassung“ zurückgegangen.

„Auch Leistungen außerhalb der Erwerbstätigkeit, für die keine Beiträge gezahlt werden, führen zu höheren Renten.“

— Und die Kinderbetreuung durch die Frauen? Während in der „maroden“ DDR Frauen Anrechnungszeiten bei der Geburt der Kinder (ein Jahr pro Kind, bei drei und mehr Kindern waren es drei Jahre und mehr) erhielten, werden jetzt pro Kind lediglich 0,75 Punkte angerechnet. In der Endsumme also eindeutig weniger.

„Versicherte, die erwerbs- oder berufsunfähig geworden sind, erhalten auch dann eine auskömmliche Rente, wenn sie

die Altersgrenze noch nicht erreicht haben.“

— Warum enden jetzt bei Erwerbsunfähigkeit die angerechneten Arbeitsjahre mit dem 55. Lebensjahr? In der DDR wurde eine Anrechnungszeit für Frauen und Männer gleich bis zum 65. Lebensjahr vorgenommen. Wo bleibt der Bestandsschutz für die Jahre für die Differenz?

„Für besondere Personengruppen, die bei typisierender Betrachtung im Vergleich zu anderen einen besonderen Beitrag zur Stärkung oder Aufrechterhaltung des politischen Systems der ehemaligen DDR geleistet haben, enthält das Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetz Begrenzungen des bei der Rentenberechnung anrechnungsfähigen Einkommens.“

— Gilt Artikel 3 des Grundgesetzes nicht mehr? „Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.“ Sind die auf Seite 27 der Broschüre in zwölf Punkten benannten Bürger keine Menschen? (1)

„Die Rente ist ein verlässlicher Alterslohn für Lebensarbeitsleistung. Sie ist lohn- und leistungsbezogen.“

— Warum werden erneut Frauen benachteiligt? Denn Frauen, die in den letzten Jahren ihrer beruflichen Tätigkeit ihren Beruf nur teilweise ausüben konnten, werden nur die letzten 20 Jahre im Durchschnittsverdienst angerechnet. Die persönlichen Entgeltpunkte sinken also. In der DDR wurde immerhin dafür die Gesamtdauer des Lebensarbeitsverdienstes angerechnet.

„Der Sozialzuschlag wird längstens bis zum 31. Dezember 1996 gezahlt. Danach übernimmt die Sozialhilfe auch in den neuen Bundesländern die Sicherung des Bedarfs.“

— Warum Streichung von Sozialzuschlägen? Wer 600 DM Netto-Rente erhält, hat keinen Anspruch auf Sozialzuschlag, wenn aus der Addition von Rente und Sozialzuschlag 600,01 DM herauskommen, und warum ab 1997 eine Bedürftigkeitsprüfung, wo bleibt der Bestandsschutz?

(1) Zu den „besonderen Personengruppen“ gehören z. B. in Kategorie 5 „Vollständige Vorsitzende von Produktionsgenossenschaften und Leiter kooperativer Einrichtungen der Landwirtschaft.“

gelnden Zynismus kolonisierender Politiker, daß das einzige, wozu der bevorstehende Rechtsstaat nicht geeignet sei, „nur“ seine Einführung sei. Sie wehrt sich dagegen, daß die Würde der „Osis“ — wie sie ihnen im Warteschleifenurteil des Bundesverfassungsgerichts zugemessen wurde — sich darauf beschränken soll, daß ihr Existenzminimum nicht bedroht werde, da sie ja „zunächst Arbeitslosengeld, später notfalls Arbeitslosen- oder Sozialhilfe“ (VI) erhielten.

Sie wehrt sich dagegen, daß die in den bevorzugten Forschungsgegenständen westdeutscher Sozialwissenschaftler schon festgeschriebenen Prognosen für die Ostgebiete wahr werden, z. B. daß die West-Ost-Wanderung in den neuen Bundesländern zur „Überschichtung und partiell aufgetrockneten Herrschaftsstruktur“ führt, daß „massenhafte Prozesse von Qualifikationsverlusten“, „gravierende Statusverluste“ und „berufliche Abstiegsprozesse“ ablaufen, der Wunsch insbesondere nach „Frauenerwerbstätigkeit“ und „Erwerbsmöglichkeit und Erwerbsmotive weit auseinanderklaffen“ werden. Einen besonders herausgehobenen Forschungsplatz sollen Massenarmutsprozesse einnehmen; einer „repräsentativen Armutsforschung“ solle ein „besonderes Gewicht zugemessen werden“.

Die GBM versteht sich als parteiunabhängig und parteiübergreifend. Sie geht davon aus, daß es viele Motive zum humanen Umgang der Menschen gibt, seien sie von christlicher Sozialethik oder sozialdemokratischen Grundwerten ge-

tragen, seien sie marxistischer, liberaler oder altruistischer (selbstloser, uneigennütziger — Red.) Provenienz. Die Nähe von Parteien und Bewegungen zu unserer Gesellschaft ergibt sich daraus, ob und wie sie sich der drängenden Probleme der Menschen annehmen. Was unser Verhältnis zu unserer Vergangenheit betrifft, so sind wir für sozialhistorische Analyse und nicht für sozialhysterische Anklagen. Wir haben in der Gründungsphase unserer Gesellschaft auch darüber gesprochen, welchen Platz die Menschenrechtsverletzungen der Vergangenheit, derer es sowohl in Deutschland als auch durch Deutsche sowie in aller Welt allein in diesem Jahrhundert mehr gibt, als man zählen könnte, in der Programmatik der GBM haben sollte. Wir sind der Meinung, daß es viele Organisationen gibt, die sich dieser Aufgabe annehmen und mit denen wir gern zusammenarbeiten. Wir glauben jedoch, daß die Singularität der Prozesse heute und die Masse der Betroffenen in den neuen Bundesländern eine eigene Gesellschaft dieser Art verdienen, da viele Menschen in dieser Zeit sonst ohne Sprecher bleiben, die sich durch die Situation nicht ermuntert fühlen, selbst ihre Stimme zu erheben.

Wir glauben uns zu dieser Entscheidung auch moralisch berechtigt, da es unter den Mitgliedern der Gesellschaft, des Kuratoriums, des Vorstandes und der Erstunterzeichner nicht wenige Betroffene von Menschenrechtsverletzungen des Faschismus, des Stalinismus und des kalten Krieges gibt.

Prof. Dr. Wolfgang Richter, Vorsitzender der GBM, am 4.6.91

Die Rentnerinitiative Gera-Stadt berichtet über ihre Tätigkeit

Seit November 1991 nahmen an den von uns — gemeinsam mit anderen Initiativen und Veranstaltern — durchgeführten Foren und öffentlichen Aussprachen ca. 1000 Bürger teil. Wir erläuterten das neue Rentenrecht und informierten sachlich. Den Finger legten wir auf das Positive und Negative im Rentenreformgesetz einschließlich dem Rentenüberleitungsgesetz für die Angleichung der beiden deutschen Rentensysteme. Im November 1991 konnten wir zwar die Bedeutung der Rentengesetzgebung als entscheidenden Teil der Sozialgesetzgebung der BRD benennen: was zu diesem Zeitpunkt noch nicht bekannt und benannt war, das wußten wir auch nicht.

Mit den ersten Rentenbescheiden kam die Ernüchterung und Enttäuschung für viele Rentner. Deshalb entschieden wir, nicht bei der Erläuterung des Rentenreformgesetzes stehenzubleiben, sondern den Rentnern individuell und konkret zu helfen, ihren Rentenbescheid zu verstehen, um überhaupt erkennen zu können, ob alles seine Ordnung hat.

Unsere Sprechstunden, die wir seit 2. Januar durchführten, nutzten bisher rund 350 Bürger. Zu vielen Unklarheiten, Fragen und Problemen konnten wir antworten. Wenn Rentner die Richtigkeit der Rente anzweifeln, nannten wir Mittel und Wege, die zu beschreiten sind. Aus unseren Erfahrungen leiteten wir die Aufgabe ab, die begonnene Arbeit auch in Zukunft weiterzuführen.

formgesetzes stehenzubleiben, sondern den Rentnern individuell und konkret zu helfen, ihren Rentenbescheid zu verstehen, um überhaupt erkennen zu können, ob alles seine Ordnung hat.

Was werden wir in der nächsten Etappe in den Mittelpunkt unserer Tätigkeit stellen?

Jeder, der Rat bei der Lösung seiner Rentenprobleme braucht, kann zu uns kommen. Manche Rentner werden für

Im Dezember 1991 wurde ich Mitglied der GBM.

Noch ein Verein? Ja, noch ein Verein. Wieder Mitgliedsbeiträge? Ja, wieder Mitgliedsbeiträge. Warum also noch ein Verein? Bekannt wurde ich mit der Gesellschaft, als die Rentenreform ins deutsche Haus stand. Da hingen noch die riesigen Plakate „Deutschland wächst zusammen, die Renten wachsen mit“. Persönlichkeiten, die diese Gesellschaft gründeten, wußten anderes. Sie hatten Einblick in das Rentengesetzwerk. Jetzt weiß ich auch, daß die Lösung auf dem Plakat nicht an alle gerichtet war. (Aber da es viele wieder einmal so verstanden hatten, wie geschrieben ... — Vorsichtshalber sind die Plakate verschwunden.)

Die GBM wird eine Verfassungsbeschwerde in Karlsruhe einbringen. Sie vertritt mich, sie vertritt Tausende von Männern und Frauen; sie vertritt jene, die Rentenbeträge wie andere auch zahlen, für die aber das Rentenrecht zum Strafrecht umfunktioniert wurde.

Eine solche Gesellschaft hat sich das Ziel gesetzt, Menschen zu vereinen, die nicht resignieren wollen. Es geht also nicht nur um Renten, es geht um unser gesamtes Leben, es geht darum, unser aller Recht zu vertreten, unsere Würde zu wahren. Persönlichkeiten aus Ost und West treten für uns ein. Eine solche Gesellschaft ist für mich nicht einfach ein „Verein“ wie andere. Wer auch so denkt, es kann jeder Mitglied werden.

Kontaktadresse: Irmgard Dittrich, I.B.-Bacher-Straße 27, O 6500 Gera

Fortsetzung Renten ... S. 10 unten

die Durchsetzung ihres Rechts auch die Sozialgerichtsbarkeit einschalten wollen, kommen aber mit dem vielen Papier nicht oder nicht mehr zurecht. Andere sortieren ihre Rentenunterlagen für eine Überprüfung oder Neuberechnung der Rente und brauchen Hilfe. Und nicht wenige wehren sich, weil für sie das Rentenrecht zum Strafrecht wird. Wie in allen neuen Bundesländern gibt es auch in Gera Rentner, die eine Verfassungsklage beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe anstreben oder sich schon beteiligen.

Die Gründe, Rat zu suchen, sind verschieden. Aber jeder hat begriffen: Man muß sich kümmern, von allein klärt sich nichts! Vielleicht ist die von uns begonnene Initiative auch für andere Genossen Anregung, Probleme, die unsere Bürger haben, aufzugreifen und mit Rat und Tat für andere zu wirken. Bürgernähe ist notwendig!

Irmgard und Horst Dittrich

Kapitalismus ohne Gulasch

Ungarn — Wunder der Marktwirtschaft

Unter der Überschrift „Der Kapitalismus ohne Gulasch“ veröffentlichte die französische Zeitung *Humanité* eine Reportage eines Sonderkorrespondenten, der kürzlich Ungarn besucht hat. Wir entnahmen sie der *uz — unsere Zeit* vom 14. 2. 1991.

Auf der einen und auf der anderen Seite der Straße, die von Miskolc nach Ozd führt, vor den verschneiten Hügeln, ziehen die Häuser mit Gärten, weiter in der Ferne die Gebäude vom Typ „Sozialwohnungsbau“, gebaut in den sechziger und siebziger Jahren, die Supermärkte der staatlichen „ABC“-Kette, Schulen und Fußballplätze vorbei, Zeugen einer noch unlängst vorhandenen Prosperität. An Bord des „Trabant“ des Abteilungs-

die Stahlherstellung, die noch immer das Renommee dieser Stadt von 50000 Einwohnern ist, geht auf die unmittelbare Nachkriegszeit zurück, als die ungarischen Führungspolitiker entsprechend dem sowjetischen Beispiel ihre Kräfte auf den Aufbau einer mächtigen Schwerindustrie konzentrierten. Die Zukunft dieses Industriezweiges, eines Großverbrauchs von Energie, der eine ernsthafte Modernisierung brauchte, war für die kommunistischen Regierungen der letzten Jahre ein Gegenstand von Sorgen. Doch vorsichtiges Vorgehen hat immer vorgeherrscht, da die Politik der Vollbeschäftigung einer der festen Grundsätze des Regimes von Janos Kadar war. Obwohl dieses Prinzip in der letzten Periode etwas beschädigt worden

ren sind gerade 1,5 Milliarden Dollar hereingekommen, im wesentlichen in den Handel und in den Tourismus. Manche Kapitalbeträge haben auch nur eine Hin- und Rückfahrt hinter sich gebracht. Deutschland, dessen politischer Einfluß in der ungarischen Regierung heute entscheidend ist, muß zuerst mit den dramatischen Folgen der Vereinnahmung der Ex-DDR fertig werden. Da bleibt nur eine magere Anerkennung für Ungarn, das eine wichtige Rolle bei der Auslösung der Berliner Ereignisse gespielt hat, indem es den Ostdeutschen im Sommer 1989 seine westlichen Grenzen öffnete...

60 Prozent der Lohnabhängigen haben nichts mehr, wenn sie ihre Grundbedürfnisse (Nahrung, Wohnung, Transport) bezahlt haben. Sie geben nichts mehr aus für Kultur und Freizeit, um so mehr, als der Staat sich aus diesen einst stark subventionierten Bereichen immer mehr zurückzieht. Lehrer entdecken mit Schrecken, daß zahlreiche Kinder unter Unterernährung leiden. Die Lebensbedingungen der Masse der Rentner sind katastrophal: Beinahe zwei Millionen leben unterhalb des Lebensminimums, wobei sie dieses Schicksal mit 1,4 Millionen Menschen teilen, die noch erwerbstätig sind.

Jüngst hat die Stadtverwaltung von Budapest die Entfernung von tausenden Obdachlosen betrieben, die sich bei Einbruch der Dunkelheit in den Bahnhöfen und Metrostationen niederließen. Ihre allzu sichtbare Anwesenheit unterhöhlt den Charme der Stadt und macht für die kapitalistische Restauration eine allzu schlechte Reklame. Ein massenhaftes An-den-Rand-Drängen begleitet die Bereicherung einer winzigen Schicht von Privilegierten, deren Lebensstil dem süßen Leben der westlichen Bourgeoisie in nichts nachsteht.

Im Westen sprach man einst in bezug auf das Ungarn von Kadar vom „Gulasch-Kommunismus“, um ihn dem „Gulasch-Sozialismus“ der Sowjetunion unter Breschnew entgegenzustellen. Heute findet für Millionen Ungarn die Restauration des Kapitalismus ohne Gulasch statt.

Jean-Paul Piérot



Öffentliche Armenspeisung in Budapest

leiters — und aktiven Kommunisten — Karoly Filipcen fahren wir auch an beeindruckenden industriellen Einrichtungen und Halden entlang.

Heute ist dies ein vom Unglück betroffener Landstrich, dem sakrosankten Gesetz des finanziellen Profits geopfert, den die neue Regierung in Budapest vergöttlicht. Keine Rauchfahne kommt mehr aus den hohen Schornsteinen des Chemie-Kombinats. „Stillgelegt“, sagt Karoly mit einem Seufzer. Gleiche Behandlung für die Kohle: „Sie wollen sechs Zechen schließen und Kohle im Ausland kaufen, besonders in Südafrika.“

Die Arbeitslosigkeit, nur noch eine Vorstellung aus dem Märchen während der Jahrzehnte der Politik der Vollbeschäftigung, betrifft ganz oder teilweise mehr als 30 Prozent der berufstätigen Bevölkerung von Ozd. In zwei Jahren hat die „Schocktherapie“ der Rückkehr zum Kapitalismus wirklich Wunder vollbracht: 500000 Arbeitslose im ganzen Land, das nur 10 Millionen Einwohner hat. Bis jetzt bekam der Arbeitslose für die Dauer eines Jahres 75 Prozent seines Lohnes, höchstens aber die dreifache Höhe des amtlich festgelegten Minimallohnes, im zweiten Jahr 65 Prozent. Danach nichts mehr; bleibt die Zuflucht zu kommunaler Sozialhilfe und karitativen Hilfswerken. Doch die Regierung, die der Meinung war, daß so viel Freigiebigkeit „Mißbräuchen“ Vorschub leistet, hat soeben beschlossen, die Dauer der Unterstützung auf sechs Monate zu reduzieren und sie auf das Doppelte des Minimallohnes zu beschränken.

In Ozd war man Hüttenarbeiter, vom Vater auf den Sohn. Schon seit 1884 wurden hier Gewehre fabriziert. Aber

war, stellte es doch immer noch eine Grundlage des sozialen Konsenses von damals dar.

Die Regierung, die heute von Jozsef Antali geführt wird, beabsichtigt, den Hauptteil des Produktionsapparates zu liquidieren. Unfruchtbare Verhandlungen sind mit Schweizer und deutschen Gesellschaften geführt worden. Niemand möchte den gewaltigen Komplex mit seinen rund 14000 Beschäftigten übernehmen. 2000 sind schon draußen. 5000 sind in „technischer Arbeitslosigkeit“. Die Tätigkeit dabei ist Schlafen, oder eher noch Agonie (Todesschlaf).

In einem kleinen Büroraum oberhalb der schweigenden großen Werkshallen machen zwei Techniker Wachdienst. Jozsef, der Schichtleiter, 42 Jahre alt, durchquerte die Tore der Stahlherstellung zum ersten Mal im Alter von 14 Jahren, als Lehrling. Laszlo, 33 Jahre, gleiche Position, begann 1988 zu arbeiten, als er von der Universität kam, wo er Metallurgie studiert hatte. Sie haben ihre Familie gegründet, haben Kinder, haben sich ein Haus in Ozd gekauft. „Wir haben keinerlei Perspektive mehr. Ein Teil von uns kann vielleicht einige Jahre lang das alte Eisen zersägen, um den Platz freizumachen. Die Leute sind verzweifelt. Arbeiter machen Selbstmord.“

Westliches Kapital, von dem das „Demokratische Forum“ an der Regierung so viele hypothetische Wohltaten vorgespiegelt hat, läßt auf sich warten. Die Privatisierungen, von einer Regierungs-Agentur vorangetrieben, vollziehen sich nach einem Verkaufssystem des Meistbietenden. In Wirklichkeit handelt es sich eher um eine Verschleuderung. Die Kapitalisten beeilen sich nicht, in der Produktion zu investieren. In zwei Jah-

Kurz berichtet

CDU kann sich mit Richterwahl nicht abfinden

Berlin. Nachdem der Richterwahlschuß die Richterin Cathrin Junge bestellt hatte, hat die CDU-Mehrheit im Berliner Senat ihre Ernennung abgelehnt und den Ausschuß aufgefordert, seine Entscheidung zu überdenken. Diesen Eingriff wies der Ausschuß zurück. Darauf setzte die CDU im Koalitionsausschuß durch, daß nicht die Richterin ordnungsgemäß berufen wird, sondern folgendes peinliche Verfahren durchgeführt wird: Der Rechtsausschuß des Abgeordnetenhauses hört zur Entscheidungsfindung die Justizminister sämtlicher Ost-Bundesländer an über deren Berufungspraxis für Richter. Damit sollte angeblich eine Einheitlichkeit im Verfahren der Übernahme ehemaliger DDR-Richter erzielt werden. Bis auf Thüringen, von wo niemand erschien, schickten die Bundesländer hohe Beamte der Justiz zur Auskunfterteilung. In keinem Land wäre die PDS-Mitgliedschaft, die die CDU Frau Junge vorwirft, ein Beurteilungskriterium gewesen. Ebenfalls war die Mitwirkung an einem Haftbefehl wegen Republikflucht — der zweite Einwand gegen die Berufung — weder in Brandenburg noch in den drei CDU-regierten Ländern ein Kriterium. Die CDU-Ausschußmitglieder reagierten gereizt: Ob denn die Brandenburgischen Richterwahlschüsse überhaupt Verfassungskonformität garantierten (Mda Krüger), für das Land Sachsen-Anhalt wurde „subjektive Oberflächlichkeit“ bei der Berufung unterstellt. Wegen des Reinfalls im Rechtsausschuß warf der Abgeordnete Ekkehard Wruck (CDU) die Frage auf, ob eine Anzeige wegen der Mitwirkung am Haftbefehl wegen Republikflucht nicht bis zur Klärung die Berufung verhindern würde. Und siehe da, ein Rechtsanwalt hat inzwischen diese Anzeige erstattet. Justizsenatorin Limbach (SPD) erwägt eine Ernennung unter Vorbehalt. Richter MacLean vom Richterwahlschuß verlangt eine Senatsentscheidung, weil es unmöglich sei, daß ein x-beliebiger Bürger mit einer Anzeige ein Ernennungsverfahren stoppen kann. — (chk)

Sondertarifvertrag für ABM-Beschäftigte hat zum Ziel, für diese Beschäftigten finanziell schlechtere Bedingungen festzuschreiben, damit mehr Menschen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen erfaßt werden können. Die Akzeptanz und die Motivation der Betroffenen wird man mit dem Angebot von schlechteren Tariflöhnen nicht fördern, wenn die Höhe des Arbeitslosengeldes sich nicht groß von dem angebotenen Tariflohn unterscheidet. Dazu kommt, daß die Betroffenen nach der AB-Maßnahme ein geringeres Arbeitslosengeld als vorher erhalten. Die Beschäftigten in ABM müssen ihren Lebensunterhalt von ihrem Einkommen bestreiten können. Das durch schlechtere Tarifverträge bedingte Einkommen wird dazu führen, daß mehr Menschen Sozialleistungen (z. B. Wohngeld) beantragen werden. Im öffentlichen Dienst würde es zu einer weiteren Differenzierung des Tarifgefüges kommen. Für die Beschäftigten bedeutet dies, daß gleiche Tätigkeit unterschiedlich bezahlt werden würde. Dies wird zu Unfrieden in den Beschäftigungsdienststellen führen und sich auf die Leistungen des öffentlichen Dienstes auswirken. Eine solche Entwicklung ist mit der gewerkschaftlichen Politik der ÖTV nicht vereinbar. Ein Sondertarifvertrag für ABM-Beschäftigte würde zu einer tarifrechtlichen Verfestigung des zweiten Arbeitsmarktes führen. Einer solchen Entwicklung im öffentlichen Dienst kann die ÖTV nicht den Weg ebnen. Die grundsätzliche Forderung hat daher zu lauten: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit.“ (ÖTV-Presserklärung Nr. 123 — har)

Conti will Werk in Plauen schließen

Hannover. Die Continental AG will die Vogtländische Reifenwerke GmbH im sächsischen Plauen schließen lassen. Die Continental-Tochter Vergölst hatte das Runderneuerungswerk mit 158 Beschäftigten vor eineinhalb Jahren von der Treuhand übernommen. Am 10. 2. wurde bereits mit der Demontage der Produktionsanlagen begonnen. Nach Ansicht der Treuhandanstalt verstößt Continental gegen die geschlossenen Verträge, die den Erhalt von 150 Arbeitsplätzen vorsehen und eine Aufstockung auf 230 Beschäftigte bis 1993 festlegen. Für die Maschinen des Runderneuerungswerks ist bereits ein Käufer aus Norwegen gefunden worden. Die Besetzung des Werks durch die Beschäftigten habe jedoch bislang eine Auslieferung verhindert. „Die Treuhandanstalt sah in der geplanten Schließung einen Vertragsbruch und wollte das Vorhaben über eine einstweilige Verfügung vor Gericht verhindern. Doch in dem Kaufvertrag stehen lediglich Absichtserklärungen. Zudem sind keine Vertragsstrafen vereinbart worden. Nun soll eine einvernehmliche Lösung gefunden werden, die den besonderen sozialen Belastungen vor Ort Rechnung trägt. Gesehen wird offenbar über eine Nachbesserung des Sozialplans.“ — (ret/gea)

Gegen Sondertarifvertrag für ABM-Beschäftigte

Berlin. Der Anstieg der Arbeitslosenzahlen und damit verbundener Kosten lassen Politiker über Möglichkeiten sinnender, wie diese zu senken wären. Bundeskanzler Kohl hat anlässlich der regelmäßigen „Wirtschaftsgespräche“ zwischen Vertretern der Wirtschaft, Gewerkschaften und den ostdeutschen Landesregierungen vorgeschlagen, einen Sondertarifvertrag für ABM-Beschäftigte abzuschließen. Zu diesem Vorschlag hat sich die ÖTV Berlin geäußert: „Die Forderung nach einem

UTOPIE kreativ

Diskussion sozialistischer Alternativen

Wie wird der Osten geistig unterworfen? Durch Präzedenzfälle. UTOPIE kreativ dokumentiert den Streit um Heinrich Fink. Politische Kultur im vereinigten Deutschland heute. Preis: 0,80 DM (einschl. Porto) Umfang: 102 Seiten

Wo andere abschalten, beginnen wir nachzudenken.

Name, Vorname _____

Straße, Nr. _____

PLZ, Ort _____

Datum, Unterschrift _____

Bestellungen an: UTOPIE kreativ, Wallstraße 76-79 D-1020 Berlin, Telefon: 2 70 32 39, Fax: 2 79 32 33

☐ Ich bestelle: die Dokumentation „Politische Kultur im vereinigten Deutschland. Der Streit um Heinrich Fink, Rektor der Humboldt-Universität zu Berlin.“

☐ Ich bestelle: ein kostenloses Probeheft der Zeitschrift UTOPIE kreativ.



Die drastische Zunahme der amtlich registrierten Arbeitslosen ist nicht überraschend gekommen. Insbesondere wurde sie durch den Wegfall der Kurzarbeiterregelung in der Industrie, aber auch durch den weiteren Abbau von öffentlichen Einrichtungen (z. B. Polikliniken, Akademie der Wissenschaften) hervorgerufen. Darüber hinaus befinden sich nach wie vor Hunderttausende in „Beschäftigungsverhältnissen“ wie ABM, berufliche Weiterbildung, Altersübergangs- und Vorruhestandsgeld, die durch das Instrumentarium des Arbeitsförderungsgesetzes finanziert werden. In Berlin-Brandenburg sind dies allein 617000. — Besonders hoch ist auch der prozentuale Anteil von Frauen an der Arbeitslosigkeit. Im Bezirk Brandenburg liegt er bei 60,2%, in Potsdam sogar bei 63,1%. Schlagartige Auswirkung dieser zunehmend unsicheren Existenz ist das Sinken der Geburtenzahl. In Ostberlin sind 1991 nur noch etwa halb so viele Kinder geboren worden wie 1989 (8800 zu 17000). — (har)

Fortsetzung von S. 10

Wir dokumentieren einen Auszug aus der Erklärung des Schutzbundes der Thüringer Senioren und Vorrühständer, mit dem sich dieser an die Parteien im Thüringer Landtag und an die Landesregierung gewandt hat.

Die mit großem Aufwand propagierte Rentenerhöhung per 1. Januar 1992 brachte — wie am 16. Januar 1992 auch im Bundestag zur Sprache kam — für 300 Rentnerinnen und Rentner mit Zusatz- und Sonderversorgungssystemen einen „Mehrbetrag“ von 0,02 bis 0,05 DM. Für 300000 Rentenempfänger wurden die Sozialzuschläge, für weitere 500000 die Pflege- und Blindengelder gestrichen. Das steht im krassen Widerspruch zu den in den neuen Bundesländern immens gestiegenen Lebenshaltungskosten — insbesondere durch die beispiellosen Mieterhöhungen des Jahres 1991, die nur teilweise durch Wohngeld ausgeglichen werden können, weil

Alt — und damit im Abseits? Forderungen zur Verbesserung der Lage alter Menschen

terhin durch die zum Teil drastischen Preiserhöhungen für Energie-, Post- und Telefongebühren, öffentliche Verkehrsmittel und Bundesbahn, Medikamente, Grundnahrungs- und andere Lebensmittel bis hin zu Handwerkerleistungen und anderen.

Schon jetzt sagen Wirtschaftsinstitute und andere Experten für 1992 weitere Preissteigerungen von ca. 12 Prozent voraus. Das alles ist für die Rentnerinnen und Rentner der neuen Bundesländer nicht mehr zumutbar. Wir fordern deshalb:

— die Durchsetzung der Rentenzahlung in den neuen Bundesländern nach den Festlegungen des Einigungsvertrages zwischen der DDR und der BRD;

— die Anhebung der Renten in den neuen Bundesländern auf 80 Prozent und 1993 auf 100 Prozent des realen ver-

gleichbaren Rentendurchschnittes in den alten Bundesländern;

— die Anerkennung aller in der DDR rechtmäßig erworbenen Rentenansprüche;

— die Weiterzahlung aller Zuschläge, die bei Niedrigrenten per 31. Dezember 1991 gezahlt wurden;

— die Aufhebung aller diskriminierenden, dem Strafrecht gleichzusetzenden Festlegungen des Rentenüberleitungsgesetzes gegenüber bestimmten Personengruppen der ehemaligen DDR, da es bis zum heutigen Tag kein völkerrechtlich fundiertes Urteil gibt, nach dem die ehemalige DDR bzw. eine ihrer Parteien und Massenorganisationen als kriminell bzw. verbrecherisch erklärt sind, und es im weiteren ein solches völkerrechtlich fundiertes Urteil auch nicht geben wird. (aus: unz, 1. Februar-Ausgabe)

Ein Film, der die Bedingungen auf einer Baustelle in Großbritannien zeigt: Riff-Raff. Die Baustelle befindet sich in einem ehemaligen Krankenhaus, das zu Wohnungen für die Mittelschicht umgebaut werden soll. Die Gewerkschaft hat als Ergebnis der Thatcher-Angriffe auf die britische Gewerkschaftsbewegung keinen Einfluß. Entsprechend sind die Arbeitsbedingungen. Viele Arbeiter müssen sich als „Freiberufler“ einstellen lassen, d.h. sie müssen sich um ihren Versicherungsschutz selbst kümmern. Der Druck des Arbeitsmarktes und die Hoffnung der Arbeiter, auf diesem Weg um die Einkommensteuer herumzukommen, ermöglicht den Kapitalisten ein solches Vorgehen. Das Arbeitsverhältnis wird jeweils von Woche zu Woche verlängert. Die Arbeiter stam-

Bissig, komisch, traurig über Bauarbeiter: Riff-Raff

men aus allen Gegenden Großbritanniens und des Commonwealth. Auf der Baustelle herrscht dauernde Antreiberei durch die Vorarbeiter, die hygienischen Bedingungen sind unerträglich. In der Küchenbaracke tummeln sich die Ratten, die Toilettenbaracke wird nie gereinigt und ist nach einer Woche unbenutzbar. Der einzige Arbeiter, der offen und direkt für gewerkschaftliche Positionen eintritt, wird entlassen, nachdem er die Beschwerden der Arbeiter bei der Bauleitung vorträgt — er

fordert u.a. Schutzbrillen gegen die herumfliegenden Splitter bei den Abrißarbeiten, eine Absicherung des Gerüsts am Haus und ein Gelände für das oberste Stockwerk. Ein zweiter Arbeiter wird fristlos gefeuert, nachdem er das Funktelefon des Vorarbeiters für ein Ortsgespräch mit seiner Mutter genutzt hat. In seinem Zorn über die Entlassung verprügelt er den Vorarbeiter.

Der Film behandelt nur das Privatleben eines Arbeiters — Stevie. Stevie ist nach einer Gefängnisstrafe wegen Diebstahl

obdachlos. Seine Arbeitskollegen besorgen ihm eine Wohnung, indem sie in einem Block mit leerstehenden Sozialwohnungen eine besetzen. Der Gewerkschafter kennt sich aus, er schließt das Gas und das Wasser an, Elektrizität ist auch vorhanden. In dem Block hausen noch andere „Hausbesetzer“, aber sie behandeln den dort wohnenden Arbeiter verächtlich und versuchen, ihn wieder hinauszuerufen. Stevie träumt selbstironisch von einer selbständigen Existenz als Händler für Boxershorts und

bunte Socken, er betrachtet die Arbeit auf dem Bau als „vorübergehend“, weiß aber, daß er kaum Aussichten hat, jemals andere Arbeitsumstände zu erleben. Er findet vorübergehend eine Freundin, die sich als Sängerin versucht, schmeißt sie aber wieder raus, nachdem er feststellt, daß sie fixt.

Trotz der düsteren Umstände ist der Film voller bissiger, aber solidarischer Komik: so z.B. die Bemühungen des Architekten, den Bauleiter mit Hilfe von zwei Telefonen gleichzeitig zu errei-

chen, oder die Szene, in der ein Arbeiter in der Musterwohnung ein Bad nimmt und dabei von reichen Mohammedanerinnen und einer Maklerin, die die Wohnung besichtigen, überrascht wird, oder die Feststellung von Stevie: „Depressionen sind etwas, das sich die Mittelklasse leistet, wir stehen zu früh auf.“

Der Regisseur Ken Loach will die Würde der Arbeiter und den Respekt vor ihnen wahren.

Da gegen die Vernichtung des gewerkschaftlichen Einflusses kein Gegenmittel zu existieren scheint, ist das Ende anarchistisch-romantisch. Nachdem ein Arbeiter beim Sturz vom ungesicherten Gerüst zu Tode kommt, zünden Stevie und ein befreundeter Arbeiter aus Rache die Baustelle an. Das Hospital verbrennt. Stevie und sein Kollege freuen sich und hauen ab. — (ul)

Nominiert für den „Oscar“: Hitlerjunge Salomon

Nun wurde er also doch noch zum Oscar nominiert: Die amerikanische „Academy of Modern Arts and Motion“ schlug „Hitlerjunge Salomon“ vor, so daß er die Chance hat, für die beste Drehbuch-Bearbeitung ausgezeichnet zu werden. Die deutsche Kommission zur Nominierung des Auslands-Oscars hatte in diesem Jahr überhaupt keinen Beitrag für würdig befunden, was der Atze Brauner, Produzent von „Hitlerjunge Salomon“, der seit Monaten in den USA unter dem Titel „Europa, Europa“ ein Kassenschlager ist, nicht hinnehmen wollte. In Zeitungen, Zeitschriften, Fernsehkommentaren wurde öffentlich gemacht, daß hier mit seltsamen Kriterien vorgegangen worden war und der Verdacht naheliegt, daß die deutsche Jury das leidige Thema deutscher Vergangenheit lieber nicht in die internationale Öffentlichkeit getragen haben will. Denn immerhin erhielt der Film die Kritikerpreise von Boston und New York, den Nationalen Preis der Filmkritik und den Golden Globe. So schlecht kann er also nicht sein. Es liegt auf der Hand, daß andere Gründe dazu geführt haben, daß der Film bei uns nur in einzelnen Programmkinos läuft und eben auch nicht

„Oscar“-würdig schien. Sicher mag der künstlerische Wert des Films umstritten sein, — die hollywoodmäßige Inszenierung ist nicht zu übersehen — aber die Geschichte, die der Film erzählt, ist beeindruckend und in weiten Zügen authentisch, er ist auf jeden Fall sehenswert.

„Hitlerjunge Salomon“ zeigt das Schicksal des Juden Salomon Perel, dessen Familie 1935 vor den Nazis aus Peine ins polnische Lodz flieht. 1939, nach dem Überfall auf Polen, bleiben die Eltern im Ghetto, schicken aber den 14-jährigen Sohn zu seiner Sicherheit ins russisch besetzte Ostpolen, wo er in einem russischen Waisenhaus landet und zum Kommunisten erzogen wird. Infolge eines Luftangriffs fliehen die Insassen des Waisenhauses. Salomon und andere Russen und Polen werden von deutschen Soldaten zusammengetrieben, Juden und Kommunisten werden sofort erschossen. In seiner Not behauptet Salomon, „Volksdeutscher“ zu sein. Man glaubt ihm und er bleibt als Übersetzer bei der Truppe. Später wird er von dem Kompaniechef auf eine SS-Eliteschule geschickt. Salomon Perel sagt rückblickend, diese drei Jahre seien die schlimmsten gewesen:

die Rassenkunde, die ständigen Aufmärsche mit Hakenkreuz, die Marschlieder, die gegrölt wurden: „Wenn das Judenblut vom Messer spritzt ...“ Salomon verliebt sich ausgerechnet in ein fanatisch nationalsozialistisches BDM-Mädchen. Er versucht dem äußeren Zeichen seines Judentums — er ist beschnitten — ein Ende zu machen, er fängt sich dabei nur eine fürchterliche Entzündung ein. Der Sieg der alliierten Truppen beendet sein Martyrium. Man will ihm aber nicht glauben, daß er kein Nazi ist. Im Film trifft er seinen Bruder, der das KZ überlebt hat, im Lager der Alliierten. Er besorgt Salomon eine KZ-Uniform, die ihn vor weiterer Verfolgung rettet. In der Wirklichkeit war es ein jüdischer Auschwitz-Überlebender, der ihm riet: „Sag lieber, du warst im KZ. Die Geschichte mit dem Hitlerjungen glaubt dir kein Mensch.“

Der Salomon Perel von heute steht der israelischen Friedensbewegung nahe. Er tritt strikt für die Rückgabe aller seit 1967 von Israel besetzten Gebiete ein. Seine Autobiographie erscheint Anfang März, „Ich war Hitlerjunge Salomon“, Nicolai-Verlag, 220 Seiten, 28 Mark. — (u.b.)

Ende eines „großen Bosses“: Billy Bathgate

Daß Kriminalität etwas mit sozialen Gegensätzen zu tun hat — insbesondere mit dem Bestreben, aus großer Armut zu entkommen — ist eine Realität, die eine bestimmte Sorte amerikanischer Gangsterfilme von christlich-erbaulichen deutschen Produktionen, die auf die Erbsünde, das Böse im Menschen usw. abfahren, wohlthuend abhebt.

Verzerrt und unrealistisch werden diese Filme dafür meist da, wo sie den — fließenden — Übergang von der Welt des Verbrechens in die Welt des offiziellen kapitalistischen Geschäfts beschreiben. Dieser Übergang — etwa vom illegalen Glücksspiel zum legalen Haus- und Grundbesitzer, der für die Spielbuden, Puffs usw. Miete kassiert, vom illegalen Rauschgift zur offiziellen (Vor- und Hilfsstoffe liefernden) pharmazeutischen und chemischen Industrie usw. — findet nämlich zumeist in diesen Filmen nicht statt. Die Welt der Verbrecher bleibt abgeschottet — die „sauberen“ Geschäftsleute verschont.

Der jetzt in den Kinos anlufende Film „Billy Bathgate“ ist ein Film dieser Sorte — und noch in anderer Hinsicht realistisch. Er schildert nicht nur den Versuch des Billy Bathgate, aus den Slums mittels Verbrechen aufzusteigen. Er schildert auch die Aussichtslosigkeit, die am Ende auf den angeblich „großen Verbrecher“ wartet. Ansonsten ist der Film freilich eher langweilig und ohne sonderlich aufregende Handlung.

Billys Gangsterboß, gespielt von Dustin Hoffman, ist ein „großer Boß“. Sein Name — Dutch Schultz — ist übrigens identisch mit dem eines New Yorker Gangsterbosses aus dem bekannten Film „Der Clou“. Ob Dutch Schultz wirklich gelebt hat oder nur eine Spielfigur ist, ist dem Film aber leider nicht zu entnehmen. Dieser Dutch Schultz kontrolliert Glücksspiel, Prostitution, Alkoholschmuggel usw. in New York und hat — wie auch bei offiziellen Kapitalisten



Der „große Boß“ und seine Leute

üblich, siehe jetzt die Fälle Siemens/München und BASF/Ludwigshafen — dafür die halbe Stadtverwaltung, Polizei usw. gekauft. Aber eben nur die halbe Stadtverwaltung. Höhere Ebenen des Staatsapparates bleiben seinem Einfluß verschlossen. Und so nehmen mit zunehmendem Alter die Probleme zu, die italienische Mafia setzt dem alternenden Boß zu, die Steuerbehörden des Bundesstaates jagen ihn mit immer neuen Steuerforderungen. (Der eine oder andere wird sich erinnern: Auch Al Capone kam am Ende wegen Steuervergehen ins Gefängnis.)

In dieser Situation kommt Billy Bathgate in die Nähe des Bosses und wird in die Bande aufgenommen. Er erlebt seinen brutalen Umgang mit tatsächlichen und vermeintlichen Rivalen aus anderen und der eigenen Bande,

beschützt die (aus reichen Verhältnissen kommende und deshalb, als es brenzlich wird, auch prompt von ihrer Familie in Sicherheit gebrachte) vorübergehende Freundin des Bosses vor dessen Ausfällen und am Ende sogar vor dessen Killer.

Als dann der Schlußangriff auf den alten Boß beginnt — die italienische Mafia vollstreckt die Hinrichtung — kommt Billy nur mit Glück mit dem Leben davon. Den Boß aber erwischt es.

Auch in dieser Hinsicht ist der Film also realistisch: Verbrecher werden — sofern sie nicht nach Zusammenraffung von Vermögen zur rechtlichen Absicherung dieses Reichtums in Form einer Holding- oder Konzernbildung vordringen können — am Ende eben doch erwischt — wenn nicht von der Steuer, dann von der Konkurrenz. — (rll)



Hitlerjunge und Freundin

Politische Berichte

zum Abonnieren — zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte (zutreffendes bitte ankreuzen, Jahres- oder Halbjahresabo bitte anstreichen)

- ☐ 6 Ausgaben für 10 Mark (beilegen) zum Kennenlernen.
- ☐ im Halbjahres- / Jahresabo (26.- bzw. 52.- DM je Einzelabo)
- ☐ im (Halbjahres)-Förderabo (39.- DM je Einzelabo).
- ☐ Halb- / Jahresabo für neue Länder (16,90 bzw. 33,80 DM im Jahr)

☐ Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen.

Name:
Straße:
Postleitzahl/Ort:
Konto-Nr./BLZ:
(Bank) (Unterschrift)

Einsenden an: GNN, Zülpicher Str. 7, 5000 Köln 1 oder regionale Bestelladresse

5/92

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik

— erscheint vierzehntägig.

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Postfach 260 226, Tel.: 0221/21 64 42. Die Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Hüseyin Celibi (über: Kurdistan-Komitee, Hansaring 66, 5000 Köln 1), Christoph Cornides (über: GNN, Waldparkstraße 9, 6800 Mannheim 1), Jörg Detjen (über: GNN, Postfach 260 226, 5000 Köln 1), Martin Fochler (über: GNN, Holzstraße 2, 8000 München 5), Christiane Schneider (über: GNN, Güntherstraße 6a, 2000 Hamburg 76), Herbert Stascheit (über: Kommunalpolitisches Forum Sachsen, c/o GNN-Verlag, Badeweg 1, 0-7144 Schkeuditz), Werner Thümmel (über: GNN, Czernikstr. 5, 1000 Westberlin 62). Verlag: GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/21 16 58, Datentelefon: 0221/24 69 15, Telefax: 0221/21 53 73. Konten: Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50, Kto. Nr. 104 19 507 und Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 370 101 11, Kto. Nr. 11 44 39 36 00. Bezugsbedingungen: Einzelpreis: 1,50 DM. Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 26.- DM (Förderabo 39.- DM), ein Jahresabonne-

ment Politische Berichte 52.- DM (Förderabo 78.- DM). Für Bezieher aus den neuen Bundesländern beträgt der Einzelpreis 1.- DM, das Halbjahresabo kostet 16,90 DM/Jahresabo 33,80 DM. Bestellungen bitte an die regionalen Versandstellen richten. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Alfred Küster; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Diskussion/Dokumentation: Ulrike Detjen; für Aus Ostdeutschland und Osteuropa: Herbert Stascheit; für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux. Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Nachrichtenverband niedersächsischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen. Quellenhinweis: Artikel und Nachrichten der AG Stahl- und Metallindustrie: AGM, der AG Medien in der Volksfront: AGME, des NH Chemische Industrie: AGCH, der AG für Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe: AGD, der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik: AGG, der AG gegen Militarismus und Repression in der Volksfront: AGJ, der AG für antifaschistische Bildungspolitik: AGB, der AG für Kommunalpolitik: AGK, der Antifaschistischen Nachrich-

ten der Volksfront: VF. Druck: Neuer WF Verlag und Druck GmbH, 4300 Essen 1. — Beilagenhinweis: Regelmäßig vierteljährlich: Beilage, Gesammelte Beiträge aus der Diskussion der Linken.

Bestelladressen:
GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H. 5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Postfach 260 226
GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg, Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76
GNN Verlagsgesellschaft Westberlin, Czernikstr. 5, 1000 Westberlin 62
GNN Verlag Niedersachsen/Bremen, Grenzweg 4, 3000 Hannover 1
GNN Verlag Nordrhein-Westfalen, Zülpicher Straße 7, 5000 Köln 1
GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg, Postfach 11 08 22, 6000 Frankfurt 11
GNN Verlagsgesellschaft Bayern, Gutenbergstr. 48, 7000 Stuttgart 1
GNN Verlagsgesellschaft Bayern, Holzstr. 2, 8000 München 5

für Bezieher aus Ostdeutschland
GNN, Badeweg 1, 0-7144 Schkeuditz